



KOMMUNAL

GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH .

GEMEINDEBUND

Neuwahl des
Präsidiums

Seite 22

INFOGRAFIK

Die Fuhrparks
der Gemeinden

Seite 52

URBAN FUTURE

Citychanger
vernetzen sich

Seite 86

Wie Gemeinden helfen können

Zur Unterbringung Geflüchteter werden Quartiere gesucht. Viele Gemeinden helfen bereits. Aber das ist nur eine Schraube, an der gedreht wird.

Seite 14

KÄRCHER



WIR LASSEN NICHTS LIEGEN!

Unser Angebot ist so vielseitig wie Ihre Ansprüche. Kärcher Kommunalmaschinen und kommunale Geräteträger bewerkstelligen überall und zu jeder Zeit anspruchsvolle Aufgaben. Vom Frühjahrsputz über die sommerliche Grünpflege und Laubsaison bis zum Winterdienst: Mit den speziellen Anbaugeräten sind nahezu unbegrenzte Einsatzmöglichkeiten über das ganze Jahr hinweg geboten. Weitere Informationen unter: www.kaercher.at/professional/kommunaltechnik

Einfach scannen und Kärcher Kommunal entdecken!



KRIEG IN DER UKRAINE

UNSERE GEMEINDEN HELFEN



Der 24. Februar markiert eine Zeitenwende in Europa. Mit dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine wurde nach Jahrzehnten wieder Krieg nach Europa getragen. Unglaubliches Leid, sinnlose Zerstörung und der Tod vieler unschuldiger Menschen schockieren uns alle. Auch die räumliche Nähe zu den Kriegshandlungen verstärkt die Betroffenheit der Menschen in unserem Land. Die UNO rechnet mit bis zu 10 Millionen Vertriebenen aus der Ukraine. Alleine in Österreich werden mehr als 200.000 Menschen erwartet, für die es Unterkünfte, Verpflegung, Arbeit, Kinderbetreuung und weitere Unterstützung braucht. Der Österreichische Gemeindebund hat bereits am 28. Februar klar und deutlich erklärt, dass die Gemeinden als Helfer in der Not bereitstehen. Wir spüren seit Beginn eine Welle der Hilfsbereitschaft. Hunderte Tonnen an Sachspenden, Millionen Euro an Geldspenden und Tausende Privatquartiere innerhalb kurzer Zeit zeigen, wie unser Land in der Krise zusammenhalten und gemeinsam helfen kann. Auch wenn die Ungeduld vieler Menschen groß ist, heißt es Ruhe bewahren. Kein Land in Europa war und ist auf diese größte Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg vorbereitet. Alle Stellen in Bund und Land geben ihr Bestes, um diese Herkulesaufgabe zu meistern.

Im Zuge einer Videokonferenz mit mehr als 400 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gemeinsam mit Innenminister Gerhard Karner, Flüchtlingskoordinator Takács und Spitzenbeamten aus dem Innenministerium haben wir am 18. März die unzähligen Herausforderungen der Gemeinden bei der Aufnahme von Vertriebenen klar angesprochen. Neben Quartieren brauchen die Geflüchteten auch Plätze in Kindergärten und Schulen, Arbeitsmöglichkeiten und auch psychische Betreuung. Für viele Gemeinden ist das keine einfache Aufgabe, aber sie ist alternativlos. Es ist unsere moralische Pflicht, den Nachbarn in Not schnell zu helfen. Danke an alle Gemeinden, die rasch und unbürokratisch Hilfe leisten.

Am 23. März hat der Bundesvorstand des Gemeindebundes ein neues Präsidium gewählt. Nach fünf durchaus abwechslungsreichen und herausfordernden Jahren habe ich neuerlich kandidiert und wurde mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Als Stellvertreter fungiert weiterhin Rupert Dworak. Neue Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sind Andrea Kaufmann, Bettina Lancaster und Erwin Dirnberger. Den ausgeschiedenen Stellvertretern Hans Hingsamer, Sonja Ottenbacher und Roswitha Glashüttner danke ich für ihre großartige Unterstützung in den letzten Jahren. Im Namen des gesamten Teams möchte ich mich für das große Vertrauen bedanken und euch allen versprechen, weiterhin eine starke Stimme für alle Gemeinden in unserem Land zu sein.

ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



ES IST UNSERE MORALISCHE PFLICHT, DEN NACHBARN IN NOT SCHNELL ZU HELFEN. DANKE AN ALLE GEMEINDEN, DIE RASCH UND UNBÜROKRATISCH HILFE LEISTEN.“

Feedback, Anmerkungen oder
Kommentare bitte an
leserbriefe@kommunal.at

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,



schon kurz nach Beginn des Krieges in der Ukraine haben sich zahlreiche Gemeinden dazu bereit erklärt, Flüchtlinge zu

übernehmen. Erfahrung mit der Betreuung geflohener Menschen hat man ja in den letzten Jahren sammeln können. Doch die Flüchtlingswelle, die nun auf uns zukommt, wird die bisherige in den Schatten stellen. Daher braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden, um alle Hilfsmöglichkeiten auszuschöpfen und eine gerechte Verteilung sicherzustellen.

Menschen, die sich noch an die Krisen in Ungarn und der damaligen CSSR in den Jahren 1956 und 1968 erinnern können, wissen zu berichten, dass die Hilfsbereitschaft der Österreicherinnen und Österreicher anfangs groß war. Aber schon bald kam Neid gegenüber den Flüchtlingen auf, als etwa bekannt wurde, dass diese beispielsweise gratis mit der Straßenbahn fahren durften. Den Gemeindevertreterinnen und -vertretern wird daher in der aktuellen Situation eine wichtige Rolle zufallen, wenn es darum geht, die Herzen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger offen zu halten und die Welle der Hilfsbereitschaft nicht verebben zu lassen.

Michael Zimmer,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag



FOTO // Marko - stock.adobe.com

/14

Wie Gemeinden den Vertriebenen helfen

Überwältigende Sach- und Geldspenden, Quartiere – die Hilfsbereitschaft der Gemeinden ist enorm



FOTO // ERICH MARSCHIK/

/22

Neues Präsidium

Der Gemeindebund wählte die neue Spitze für die kommenden fünf Jahre



/44

Neue Wege im Straßenbau

Die geänderten Umweltbedingungen haben Auswirkungen

FOTO // Ajax9 - stock.adobe.com



/72

Voller Tatendrang

Michael Riedhart, Bürgermeister von Wörgl

FOTOS / Gemeinde Wörgl

THEMA

Unterkünfte für Hilfesuchende gesucht 16

Eine Videokonferenz mit Hunderten Bürgermeister:innen beantwortet Fragen

Finanzielle Folgen 19

Gemeinden vom Krieg in der Ukraine gleich mehrfach betroffen

Nachbarschaftshilfe 20

Was ist zu beachten, wenn man Geflüchteten Unterkunft gibt?

POLITIK & RECHT

„Wir laufen sehenden Auges in die Katastrophe“ 26

Interview mit Reinhard Waldhör, Vorsitzender der Pflegegewerkschaft

Gemeindegewächkörper als Alternative 28

Sicherheit in Gemeinden ist Gemeindeaufgabe

Es ist ein Kampf für die Demokratie Europas 32

Der AdR bezieht beim Gipfeltreffen geschlossen Stellung für die Ukraine

Wie die EU russische Gasimporte reduzieren könnte 36

Ein 10-Punkte-Plan der IEA zeigt (schmerzhaft) Möglichkeiten auf

GESTALTEN & ARBEITEN

Finanzierungsfrage Problem Nummer 1 bei Fuhrparks 52

Eine KOMMUNAL-Umfrage zeigt interessante Entwicklungen bei kommunalen Fuhrparks auf (Infografik)

In Bildung und Straßen soll viel Geld fließen 62

Der Gemeindeinvestitionsbericht 2022 gibt Aufschluss über geplante Investitionen der Gemeinden

LAND & LEUTE

Schwarze Erfolge trotz zweier Schlappen 76

Die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen in Tirol sind geschlagen

Südtirol und die Aufwertung historischer Ortschaften 84

Im Rahmen des EU-Programms „Next Generation“ gibt es viel Geld

„Die Zukunft ist zurück – Citychanger auch“ 86

Stadtplaner und -entwickler vernetzen sich im schwedischen Helsingborg

Personalien, Termine & Impressum ab 88

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Alpenländischer Kreditorenverband	51	FRC – Finance & Risk Consult GmbH	56
ARGE Forum mineralische Rohstoffe	66	Kommunalvertrieb Pirker	59
Arge Qualitätsgruppe Wärmedämmsysteme	68	Maschinenring	60
Bayer Schilder	50	Pappas	58
BM für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	42	SYN TRAC GmbH	57

KOMMENTAR

STEHT DIE REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE AUF DER KIPPE?



Das politische System in Österreich ist von einer repräsentativen Demokratie geprägt. Die vom Volk gewählten Volksvertreter repräsentieren das Volk. Die Volksvertreter werden gewählt (ob in direkter oder indirekter Wahl) und entscheiden eigenverantwortlich. Dieses System wird auch als parlamentarische Demokratie bezeichnet und herrscht sowohl im Bund beim Nationalrat, in den Ländern mit den Landtagen als auch in der Gemeinde mit den Gemeinderäten vor. Die Volksvertreter leiten ihre Legitimation von der Wahl durch das Wahlvolk ab: die wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen, von denen als Souverän die Staatsgewalt ausgeht. Auch parlamentarische Demokratien kennen Elemente der direkten Demokratie wie zum Beispiel Volksabstimmungen oder Volksbegehren.

Leider ist festzustellen, dass dieses so teuer erkämpfte Recht von den Bürgern und Bürgerinnen immer weniger in Anspruch genommen beziehungsweise manchmal sogar in Frage gestellt wird. Dabei braucht man nur wenige Kilometer nach Osten zu sehen, um zu erkennen, was dieses Recht für uns bedeuten sollte.

Die geringe Wahlteilnahme ist nicht nur ein Phänomen auf Bundes- und Landesebene, sondern trifft auch die Gemeinden. Zuletzt haben bei der Gemeinderatswahl in Tirol 66,6 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen. Im Jahr 2016 waren es noch 71,42 Prozent. Noch dramatischer ist der Rückgang bei der Direktwahl der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen. Bei den Bürgermeister-Stichwahlen ging die Wahlbeteiligung auf 56,86 Prozent zurück.

In einigen größeren Städten fiel sie sogar auf rund 40 Prozent wie etwa in Kufstein oder in Innsbruck (43,47 Prozent bei der Wahl 2018).

„Leider ist festzustellen, dass dieses so teuer erkämpfte Wahlrecht von den Bürgern und Bürgerinnen immer weniger in Anspruch genommen beziehungsweise manchmal sogar in Frage gestellt wird.“

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an leserbriefe@kommunal.at

Das ist insofern bemerkenswert, als doch die Gemeinde und die Bürgermeister als die bürger-nächste Instanz gelten.

Haben Bürger und Bürgerinnen kein Interesse mehr an der Politik? Oder noch schlimmer: Vertrauen sie den gewählten Mandatären und Mandatarinnen nicht mehr? Wie will man dem begegnen? Mehr Partizipation und stärkere Einbindung sind die möglichen Antworten. Die Frage sei gestattet, ob mit derartigen Instrumenten vielmals nur eigenen Interessen zum Durchbruch verholfen werden soll. Vertreten werden oftmals nur Partikularinteressen und der Blick auf das Große und Ganze fällt weg. Beispiele dafür gibt es eine ganze Menge. Auf lokaler, aber auch auf nationaler Ebene. Soll Grünland in Bauland umgewidmet werden, gibt es dagegen Initiativen. Wozu braucht die Gemeinde eine Erweiterung eines Betriebsgebiets? Dies bringt doch nur mehr Verkehr und andere Beeinträchtigungen. Dass daran Arbeitsplätze und Einnahmen für die Gemeinde hängen, interessiert den Einzelnen nicht. Für Klimaschutz und erneuerbare Energien treten die Bürger und Bürgerinnen ein. Viele demonstrieren auch dafür. Aber geht es um die Umsetzung vor Ort, wird von der lokalen Bevölkerung gegen das Vorhaben mobil gemacht. Sei es ein Biomasseheizkraftwerk für Fernwärme, die Errichtung von Windparks oder die Errichtung von großflächigen Photovoltaikanlagen. Die Errichtung von Wasserkraftwerken scheint für viele ein Tabu zu sein, da der Eingriff in den Wasserhaushalt doch gar nicht geht.

Straßenbauprojekte erleiden ein besonderes Schicksal. Jahrzehntlang geplante Projekte werden wegen Protesten einfach abgesagt oder „neu evaluiert“ oder der Bau durch Protestcamps



Die gewählten Mandatare, ob Gemeinderäte oder Nationalratsabgeordnete, repräsentieren den von der Mehrheit getragenen Willen der Bevölkerung.

Dem ist allemal der Vorzug zu geben gegenüber den durch Einzelinteressen getragenen Initiativen.“

verhindert oder verzögert. Gerne nimmt man bei den Protesten auch in Anspruch, für die gesamte Bevölkerung zu sprechen. Nicht mehr der Beschluss der gewählten Mandatare und Mandatarinnen, sondern der von einigen eingebrachte Wille der Zivilgesellschaft soll umgesetzt werden. „Was der Klimarettung dient, ist legitim – und was legitim ist, ist legal“, formuliert es Frank A. Meyer im „Cicero“ (03/2022) für die Situation in Deutschland, die durchaus auch auf Österreich übertragen werden kann. Maßnahmen und Entscheidungen dürften nur in ihrem Sinne getroffen werden.

Genauso wie die städtische Bevölkerung Bedürfnisse und Notwendigkeiten hat, bestehen sie auch für die Bevölkerung, die am Land lebt. Da wird gegen das Auto gewettert, weil man es in der Stadt nicht braucht. Allenfalls für den Ausflug zum Zweitwohnsitz am Wochenende. Dass die Situation für die Landbevölkerung eine andere ist, wird dabei vergessen. Zu Fuß gehen und mit dem Rad fahren wird hier vielfach vorgeschlagen. Das mag für den städtischen Raum gelten, ist am Land aber in dieser Form nicht möglich. Diesen Ausgleich der Interessen können aber einzelne Initiativen nicht bewerkstelligen. Dafür sind die Gewählten zuständig, die den Überblick haben und den Interessensausgleich herbeiführen sollen.

Diesen Ausgleich der Interessen herbeizuführen, ist nicht einfach. Denken wir doch an die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung in den letzten Monaten. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, zur Aufrechterhaltung unseres Gesundheitssystems und zum Schutz vulnerabler Gruppen wurden bekämpft. Sie würden allesamt Eingriffe in Grundrechte darstellen. Was kümmern einen die

Situation der Gesundheitsberufe in den Spitälern und Pflegeeinrichtungen – oder täglich vierzig neue Corona-Tote? „Meine Rechte müssen gewahrt bleiben“, wurde oft skandiert. Dass es für die Entscheidungsträger nicht einfach ist, mit dieser Situation umzugehen, liegt auf der Hand. Selbst die vielen Experten, die von der Regierung beigezogen werden, aber vielmehr alle anderen, argumentieren unterschiedlich und geben anderslautende Empfehlungen.

Hier die richtigen Entscheidungen zu treffen, wird immer schwieriger. Vielleicht ist auch das der Grund, weshalb die Entscheidungshoheit von manchen Ministerien delegiert wird. So wurde etwa ein Klima-Rat eingesetzt, der Vorschläge für Klimaschutzmaßnahmen erarbeiten und vorschlagen soll. Hat das Ministerium nicht mehr die notwendige Fachexpertise oder geht es darum, Entscheidungen damit zu begründen, dass sie doch von der Zivilgesellschaft gefordert werden? Noch stärkeres Ungemach ist von der in Arbeit befindlichen Taxonomie-Verordnung der EU-Kommission zu erwarten. Damit beabsichtigt die EU-Kommission festzulegen, was nachhaltig ist und was nicht, und dies mit Mitteln der Finanzsektor-Regulierung. „Das ist grüne Planwirtschaft und kann nicht funktionieren“, warnt der Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, nachzulesen in der März-Ausgabe des „Cicero“.

Sinkende Wahlbeteiligungen sind ein Warnsignal für repräsentative Demokratien. Die gewählten Mandatare, ob Gemeinderäte oder Nationalratsabgeordnete, repräsentieren aber den von der Mehrheit getragenen Willen der Bevölkerung. Dem ist allemal der Vorzug zu geben gegenüber den durch Einzelinteressen getragenen Initiativen. Es ist Aufgabe der Gewählten, diesen Interessensausgleich herbeizuführen und damit ihre Entscheidungen zu begründen. Dass damit nicht allen recht getan werden kann, liegt auf der Hand. Es muss jedoch auch von den sich lautstark artikulierenden Interessensvertretern akzeptiert werden, dass die stillschweigende Mehrheit ihre Ansinnen so nicht mitträgt. Es sollte nicht so weit kommen, dass die Politik durch die Straße bestimmt wird. ●

.....
HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär
des Österreichischen
Gemeindebundes

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...



THEMA

UKRAINE-KRIEG

Bis zu 200.000 Menschen sollen in den nächsten Wochen aus der Ukraine nach Österreich kommen. Bundesländerquoten bei der Verteilung der Flüchtlinge spielen dabei vorerst keine Rolle.

» Wir müssen davon ausgehen, dass bis Anfang, Mitte April

bis zu 200.000 Menschen nach Österreich kommen werden.“

Gerald Knaus, Migrationsforscher, fordert, dass sich „Österreich auf die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg“ vorbereitet



» Es ist eigentlich völlig egal, ob ein Bundesland ein

paar Prozent mehr oder weniger hat.



Darüber kann ich mir in der ersten Phase keine Gedanken machen.“

Michael Takács, seit März 2022 Flüchtlingskoordinator, zur Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer

QUELLEN: Die Presse, Kleine Zeitung

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

ITALIEN // Ex-Bürgermeister erzählt

Das Buch von Domenico (Mimmo) Lucano erschien in deutscher Übersetzung, kurz nachdem sein Autor am 30. September 2021 in Italien zu mehr als 13 Jahren Gefängnis verurteilt wurde – rechtlich wegen der Förderung illegaler Einreise, politisch als Strafe dafür, dass er Geflüchtete solidarisch aufgenommen hatte.

Lucano war von 2004 bis 2018 Bürgermeister des kleinen kalabrischen Dorfes Riace, das weltweit als Willkommensdorf bekannt wurde. Er wurde 2010 mit dem dritten Platz des World-Mayor-Awards als einer der besten Bürgermeister:innen weltweit geehrt. 2016 nahm ihn das US-amerikanische Magazin „Fortune“ in die Liste der „World’s 50 Greatest Leaders“ auf, zusammen mit Angela Merkel und Papst Franziskus. Im Februar 2017 bekam er den Dresdner Friedenspreis.



» <https://www.pressenza.com/de/2021/12/der-wind-hat-meine-geschichte-geschrieben/>

LONDON // Oligarchen-Villen für Flüchtlinge

Londons Bürgermeister Sadiq Khan hat sich dafür ausgesprochen, ukrainische Flüchtlinge in Immobilien russischer Oligarchen in der britischen Hauptstadt unterzubringen, wie Mitte März mehrere Medien berichteten. Ein Großteil der Wohnungen in London stünden ohnehin leer, sagte Khan beispielsweise dem Sender Times Radio.

Der Labour-Politiker geht davon aus, dass viele Immobilien russischer Superreicher eher zur Geldwäsche gekauft wurden, als um darin zu wohnen. Es handle sich nicht um Wohnungen, sondern um „goldene Backsteine“, so Khan weiter.

„Ich finde, die Regierung sollte sie beschlagnahmen und bevor sie verkauft

werden, sollten sie dazu verwendet werden, Ukrainer unterzubringen“, sagte Khan. Das sei eine Art der „poetischen Gerechtigkeit“.

Die britische Regierung hat ihren lange Zeit als lasch kritisierten Umgang mit russischen Oligarchen in den vergangenen Wochen verschärft. Noch im März soll ein neues Gesetz in Kraft treten, dass es Superreichen aus dem Ausland erschwert, sich beim Kauf von Immobilien und anderen Investitionen in Großbritannien hinter Briefkastenfirmen und Strohmännern zu verstecken.

» www.handelsblatt.com



USA // Angreifer schießt auf Bürgermeister-Kandidaten

Ein Angreifer hat laut einem Bericht in „Der Standard“ im Februar auf einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters in der Stadt Louisville im US-Bundesstaat Kentucky geschossen.

Polizeichefin Erika Shields zufolge wurde der Kandidat Craig Greenberg nur knapp verfehlt –



eine Kugel streifte seine Kleidung. Shields wollte nicht ausschließen, dass der festgenommene Verdächtige aus politischen oder antisemitischen Gründen oder aufgrund einer psychischen Erkrankung gehandelt hat.

<https://www.derstandard.at>

NEUSEELAND // IMPFEGNER ZÜNDEN PROTESTCAMP IN WELLINGTON AN

In Neuseeland haben Anfang März Impfgegner ihr Protestlager vor dem Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Wellington in Brand gesetzt.

Als sich abzeichnete, dass die Polizei die Kontrolle über das vor drei Wochen errichtete Zeltlager übernehmen würde, setzten die Demonstranten das Camp in Brand. Premierministerin Jacinda Ardern unterstützte das harte Vorgehen der Polizei und verurteilte die von den Demonstranten ausgehende Gewalt als „Entweihung“ des Parlamentsgeländes. Vorbild der Proteste war der „Freiheitskonvoi“ kanadischer Lkw-Fahrer.

<https://orf.at/stories/3250378/>

Ihre Landesbank für ganz Österreich!



www.hyponoe.at

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, 3100 St. Pölten, Stand 11/2021, Werbung

KINDERGARTEN. VOLKSSCHULE. LANDESBANK. FEUERWEHRHAUS. RATHAUS.

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive.

Effektive und budgetschonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert – für Gemeinden in ganz Österreich.

Ihr Ansprechpartner:

Leiter Öffentliche Finanzierungen

Dr. Christian Koch: 05 90 910

christian.koch@hyponoe.at

 **HYPO NOE**

GESCHICHTE

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN – AUS UNSEREM ARCHIV

1996: „Es gibt keine Alternative zur Einbindung der Gemeinden“

1997 war das Jahr, in dem der Österreichische Gemeindebund sein 50-Jahr-Jubiläum feierte. In praktisch jeder Ausgabe des KOMMUNAL fanden sich damals Rückblicke auf Meilensteine in der Entwicklung des Gemeindebundes. Einer davon war im Dezember 1996 die Unterzeichnung des „Konsultationsmechanismus“. Dass ein „solches Instrument, das verhindert, dass eine Gebietskörperschaft durch Gesetze oder Verordnungen den anderen ohne deren Zustimmung finanzielle Belastungen aufbürden kann, geschaffen wird, darüber herrschte seit Herbst 1995 Einigkeit. Den Anstoß dazu gaben vor allem die Maastricht-Kriterien, deren Konvergenzziele für alle Gebietskörperschaften gelten.“

Über den Entwurf des Mechanismus gab es einige Differenzen, so war ein Vorschlag des Finanzministeriums „für die Gemeinden nicht akzeptabel, weil er die Gemeinden von einer wirkungsvollen Mitsprache ausgeschlossen hätte“. Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll, damals Vorsitzender der LH-Konferenz, sprach es am 43. Gemeindegtag in St. Pölten deutlich aus: „Es gibt keine Alternative zum Konsultationsmechanismus unter Einbindung aller Gebietskörperschaften, also auch der Gemeinden.“

In weiteren Verhandlungsrunden im Oktober 1996 gab es dann eine Einigung, die für die Gemeinden und die

Städte eine enorme Aufwertung ihrer Interessenvertretungen bedeutete. Erstmals wurde eine 15a-Vereinbarung von den Präsidenten des Städte- und des Gemeindebundes mit unterzeichnet. Das bedurfte sogar einer Änderung der Bundesverfassung.

Auch wenn sich diese Änderung nur auf den Konsultationsmechanismus beschränkt, ist – so KOMMUNAL-Autor Herbert Waldhauser – „nicht unangemessen, von einem historischen Durchbruch zu sprechen. Die Gründerväter des Gemeindebundes hätten jedenfalls vor einem halben Jahrhundert nicht einmal im Traum an so eine Entwicklung zu denken gewagt.“

Vergaberecht
**überraschend
abgefahren
neu
denken.**



Jetzt bewerben und mit uns
Vergaberecht neu denken.

traumjob.schiefer.at

SCHIEFER

VERGABE · RECHT · ANWÄLTE



Die Unterzeichnung des „Konsultationsmechanismus“ im Dezember 1996 war ein kommunaler Meilenstein. Als „Zaungäste“ bei der Unterzeichnung durch Bundeskanzler Franz Vranitzky und Gemeindevorstand Franz Romeder schauten Peter Kostelka, Viktor Klima, Karl Schlögl, Wolfgang Schüssel, Andreas Khol, Rudolf Schwarzböck, Erwin Pröll, Karl Stix und Städtebund-Präsident Michael Häupl den beiden „über die Schulter“.

Die Österreichische Post

SCHNELLER UND GÜNSTIGER BEI IHREN BÜRGER*INNEN

Innovation für Gemeinden: der Hybrid Rückscheinbrief

Die Österreichische Post bietet für Gemeinden zahlreiche Lösungen, um die Kommunikation mit Bürger*innen schneller, zuverlässiger und kostengünstiger zu gestalten. Mit dem Hybrid Rückscheinbrief lassen sich RSa- und RSb-Sendungen einfach und rasch versenden.

Das Besondere am Hybrid Rückscheinbrief: Ihr behördliches Dokument wird wie bisher auf dem Postweg versandt. Anstatt eines physischen Rückscheins wie beim herkömmlichen Rückscheinbrief erhalten Sie eine elektronische Bestätigung.



Bis zu
32% Kosten
sparen!

Noch günstiger im Hybrid Rückscheinbrief-Versandportal

Wenn Sie bis zu 100 Rückscheinbriefe pro Monat versenden, nutzen Sie dafür das Versandportal – ohne zusätzliche Software, einfach online. Hier haben Sie sogar die Möglichkeit, den Rückscheinbrief elektronisch zustellen zu lassen, wenn der*die Empfänger*in elektronisch erreichbar ist – damit sparen Sie noch mehr Kosten für Druck und Porto.

Ihr Nutzen:

- Sie sparen Zeit, weil Sie die elektronischen Rückmeldungen sowie die Zustellnachweise mit Unterschrift in PDF-Format gleich in den elektronischen Akt integrieren können.
- Sie sparen Kosten: maschinenfähige Sendung zum günstigsten Porto.
- Einheitliches Kuvert für RSa und RSb reduziert Kosten und Lageraufwand.



Video unter
post.at/rueckschein

Werbung
Post
Business





FÜR SIE, DIE

**KOMMUNAL
MESSE 2022**

29./30. JUNI 2022 | MESSE WELS
WWW.DIEKOMMUNALMESSE.AT

**G TAG
2022|06**

GEMEINDETAG.AT

Die Kommunalmesse und der Gemeindegtag bieten Ihnen unzählige Möglichkeiten. Netzwerken Sie mit tausenden anderen Gemeinde-Gestaltern, lernen Sie neue Chancen für Ihre Gemeinde kennen und erleben Sie spannende Unterhaltung.



GESTALTER



UNSERE GEMEINDEN.

GESTALTER DER LEBENSÄÄUME

REGIONAL. DIGITAL. INNOVATIV.

GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE. DIE NETZWERKPLATTFORMEN FÜR KOMMUNEN.

KOMMUNAL THEMA

PUTINS KRIEG IN DER UKRAINE

Wieder sind in Europa
Millionen auf der Flucht
vor einem Krieg

FOTO // Marko - stock.adobe.com

WIE GEMEINDEN DEN VERTRIEBENEN HELFFEN KÖNNEN

Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine fordert – vor allem unter der Zivilbevölkerung – immer mehr Opfer. Nicht nur viele Österreicherinnen und Österreicher zeigen sich solidarisch mit der ukrainischen Bevölkerung und wollen helfen – auch die Gemeinden mobilisieren Hilfe, vor allem Unterkünfte und humanitäre Hilfe.

SO KÖNNEN GEMEINDEN DEN FLÜCHTENDEN HELFEN

UNTERKÜNFTE FÜR HILFESUCHENDE GESUCHT

Zur Unterbringung flüchtender Personen werden dringend Quartiere gesucht. Viele Gemeinden und Privatpersonen haben bereits Unterkünfte für hilfsbedürftige Menschen aus der Ukraine angeboten. Aber das ist nur eine Schraube, an der gedreht wird.

TEXT/HANS BRAUN

Seit dem Angriff der russischen Armee am 24. Februar haben rund 3,3 Millionen Menschen die Ukraine verlassen (Stand zur Redaktionsschluss am 20. März). Die meisten fuhren mit dem Zug oder Autos direkt in ein angrenzendes EU-Land. Knapp zwei Millionen – großteils Frauen und Kinder – kamen in Polen an, 230.000 in der Slowakei, 280.000 in Ungarn, knapp 500.000 in Rumänien, 350.000 im kleinen Moldau, das nur 2,6 Millionen Einwohner hat. Bundeskanzler Karl Nehammer kündigte in dem Zusammenhang an, dass Österreich auch 2.000 Vertriebene, die in der Republik Moldau gelandet sind, übernehmen werde. Er verwies darauf, dass bisher kein anderes Land in Europa pro Kopf mehr ukrainische Flüchtlinge aufgenommen habe als die Ex-Sowjetrepublik.

Zu dem Zeitpunkt waren es schon rund 117.000 Flüchtlinge, die in Österreich Schutz suchten, allerdings reiste der überwiegende Teil in andere europäische Länder weiter. Mehr als 30.000 blieben im Land. Und bis längstens Mitte April werden 200.000 Flüchtlinge erwartet, wie beispielsweise Migrationsforscher Gerald Knaus in einem Interview mit der APA warnt.

Registrierung hinkt noch deutlich hinterher.

Wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine tatsächlich in Österreich bleiben wollen, wird in einiger Zeit feststehen. Aber die täglich steigenden Zahlen an ukrainischen Flüchtlingen stellen die heimischen Behörden vor große Herausforderungen, wie Innenminister Gerhard Karner bei einer Videokonferenz am 18. März mit österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern betonte. Mit dabei waren auch Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Andreas AchRAINER, Geschäftsführer der Bundesagentur



„Zur Bewältigung der Herkulesaufgabe, die vor uns liegt, müssen wir in der nächsten Zeit alle an einem Strang ziehen.“

Gerhard Karner,
Innenminister, bei der Videokonferenz mit rund 400 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern

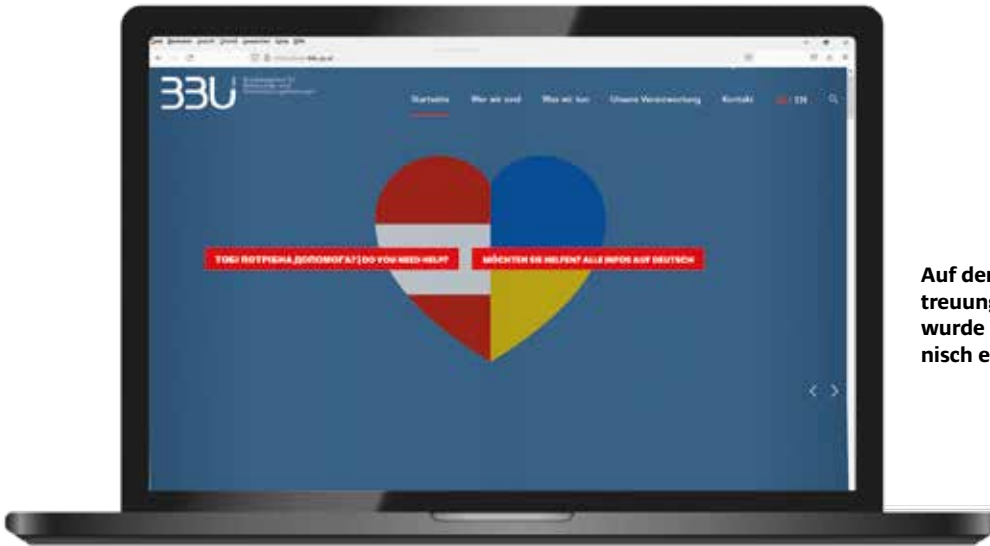
für Betreuung- und Unterstützungsleistungen (BBU), der stellvertretende Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Reinhard Schnakl, BMI-Sektionschef Peter Webinger (Sekt. V/ Fremdenwesen) und der neue Flüchtlingskoordinator Michael Takacs.

Prognosen gehen von 200.000 Menschen aus, die in den nächsten Wochen in Österreich bleiben werden. Das Innenministerium berichtete von großer Hilfsbereitschaft: Hunderte Tonnen an Sachspenden, Millionen Euro an Geldspenden und Tausende Privatquartiere innerhalb weniger Tage seien ein starkes Zeichen des Zusammenhalts. Vor allem bei der Registrierung hat sich ein Stau gebildet, wie Zahlen aus dem Innenministerium zeigen. Seit Kriegsbeginn sind rund 30.000 Flüchtlinge in Österreich geblieben, registriert wurden bisher 9.000.

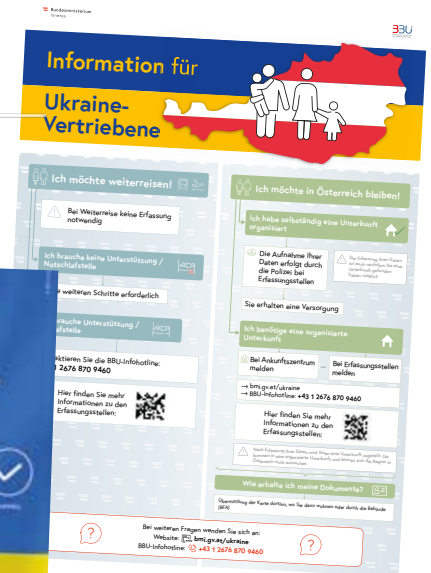
Dazu wurden bislang 34 Registrierungsstellen im Bundesgebiet eingerichtet oder gehen demnächst in Betrieb, weitere sollen folgen. Zusätzlich sollen laut Innenministerium mobile Registrierungsstellen zur Verfügung gestellt werden, um dort den Bedarf abzudecken, wo er gerade entsteht

Die Registrierung ist unter anderem notwendig, um einen Vertriebenenausweis zu bekommen und damit Zugang zum Arbeitsmarkt zu haben. Eine Aufnahme in die Grundversorgung erfolgt bei gegebener Hilfsbedürftigkeit, eine Registrierung ist auch in diesem Fall erforderlich, um Grundversorgungsleistungen vergeben zu können, hieß es vom Ministerium.

Personen in der Grundversorgung erhalten im Falle organisierter Unterbringung monatlich 40 Euro. Bei individueller Unterbringung betragen die Verpflegungsleistungen 215 Euro für Erwachsene bzw. 100 Euro für Kinder.



Auf der Website der Bundesagentur für Betreuung- und Unterstützungsleistungen (BBU) wurde eine Hotline unter anderem auf Ukrainisch eingerichtet.



Welle der Hilfsbereitschaft aus allen Gemeinden und eine Menge an Fragen. Bisher, so Innenminister Karner in der Videokonferenz, seien aus den Gemeinden rund 40.000 Plätze gemeldet worden, Karner sprach in dem Zusammenhang von einer „Welle der Hilfsbereitschaft“. Was Fragen zu Unterbringungen betrifft, hat das BMI bereits Anfang März Fragen und Antworten (FAQ) ausgearbeitet. Lesen Sie dazu den folgenden Beitrag oder die Berichte auf kommunal.at und gemeindebund.at.

Die Quartiere seien aber nur ein erster Schritt. Was noch gebraucht werde, seien vor allem Hilfsgüter. Karner appellierte hier an Geldspenden – so gut und wichtig und großartig die Sachspenden aus den Gemeinden, von Vereinen und der Bevölkerung seien, oft sei mit Geld vor Ort billiger und damit mehr einzukaufen. Zudem sei die Verteilung der Hilfsgüter an die richtigen Stellen oft eine große logistische Herausforderung.

Die rund 400 an der Konferenz teilnehmenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hatten dennoch eine Menge Fragen an die Teilnehmer. Aus Platzgründen ist hier nur eine Auswahl angeführt, auf den Websites des Gemeindebundes und von KOMMUNAL ist eine größere Auswahl zu lesen.

Eine oft gestellte Frage war beispielsweise, ob eine **Überschreitung der zulässigen Gruppengrößen in den Kindergärten** möglich sei, da sich unter den Geflüchteten ja hauptsächlich Frauen und Kinder der verschiedensten Altersstufen befinden würden. Das sei eine Länderentscheidung, so Minister Karner. In Niederösterreich, wo der Innenminister früher selbst Bürgermeister war, sei in diesen Fällen aber eine Überschreitung zulässig. »



Auf der BMI-Website bmi.gv.at gibt es auch Infomaterial als PDF zum Ausdrucken.

Hilfreiche Websites

bmi.gv.at/ukraine

Die Website des Innenministeriums bietet eine Menge Fragen und Antworten zu Unterkünften, Registrierung und Aufenthalt.

bbu.gv.at

Auf der Website der BBU wurde eine Hotline unter anderem auf Ukrainisch eingerichtet.

BBU-Infohotline: +43/1/2676 870 9460

Zusätzlich soll es demnächst eine eigene App geben.

Und für das Einmelden von Quartieren gibt es die E-Mail-Adresse:

nachbarschaftsquartier@bbu.gv.at

meinegemeinde.blog

Der Blog des NÖ Gemeindebundes bietet ebenfalls viele Informationen und zusätzlich spezielle FAQs

KOMMENTAR

„OPERATION SCHNEEFLOCKE“ UND
„PUTINS KRIEG GEGEN DIE UKRAINE“



Es ist jetzt wichtig, wie es **nach dem Krieg weitergeht**

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine wird zwei zerstörte Länder hinterlassen. Die Ukraine wird seit mehr als einem Monat täglich bombardiert und mit Raketen beschossen, zum ersten Mal seit 1945 toben wieder Häuserkämpfe in Europa. Die Schäden sind enorm, die Verluste an Menschenleben katastrophal. Eine riesige Flüchtlingswelle – die größte seit dem Zweiten Weltkrieg – überschwemmt Europa. Aber auch die Russische Föderation, Russland, zahlt einen sehr, sehr hohen Preis. Die beispiellosen Sanktionen werden die russische Wirtschaft und damit die Lebensbedingungen für die Menschen zugrunde richten. Es wird Jahrzehnte dauern, bis sich beide Länder davon erholt haben. Wenn das überhaupt reicht.

Putin dürfte sich mit seinem Angriff auf die Ukraine kolossal verrechnet haben, denn ganz offensichtlich hatte er mit einem Spaziergang gerechnet. Aber in der Regel wehren sich Angegriffene oft erbittert und mit der Sicherheit, das Recht auf ihrer Seite zu haben. Auch aus diesem Grund hatte die vergangenen 200 Jahre kein Angriffskrieg gegen ein Land mehr Erfolg. Und es ist ganz entscheidend, wie mit dem Krieg und vor allem den Besiegten umgegangen

wird – und der Verlierer wird ziemlich sicher Putins Russland sein.

Warum das wichtig ist. Zu gewinnen allein reicht nicht. Das lateinische „Wehe den Besiegten“ („Vae victis“) hatte zuletzt 1918 gegolten – und wir wissen alle, wie das ausgegangen ist, nämlich mit einem weiteren, noch katastrophaleren Krieg. Und mit einer Radikalisierung und Irreleitung der Gesellschaft, unter der wir heute noch leiden. Diese Fehler sollten diesmal unbedingt vermieden werden, und das nicht nur, weil wir es mit einer Atommacht zu tun haben. Die „Operation Schneeflocke“ der Gemeinde Kuchl – die Idee von Vizebürgermeisterin Carmen Kiefer und Bürgermeister Thomas Freylinger, russischen Bürgermeistern einen Brief zu schicken – könnte von der Schneeflocke zum Schneeball werden. Der Brief will an eine einfache Wahrheit erinnern: **Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten Impulsgeber des Friedens sein, das ist die Botschaft des Briefs an die russischen Amtskollegen.**

@ hans.braun@kommunal.at
MAG. HANS BRAUN IST CHEF-
REDAKTEUR VON KOMMUNAL

Auch nach dem Umgang mit dem **Corona-Impfstatus** der Flüchtlinge wurden gefragt. Hier gab es die Auskunft, dass in den Ankunftscentren sowohl Tests als auch Impfungen möglich sind.

Oft wurde nach den **Qualifikationen** der Flüchtlinge gefragt und ob diese erhoben werden. Man würde dadurch besser einschätzen können, wie die Menschen am besten integriert werden könnten. Auch wenn dieser Zugang verständlich sei, so sei derzeit eine solche Erhebung in Interviewform nicht möglich, hieß es. Die Eruerung einer solchen Frage könne erst erfolgen, wenn die Leute in den Quartieren seien.

Und die Sprachbarriere? Dazu reicht der Chat-Beitrag einer Bürgermeisterin bei der Videokonferenz: „Wir haben uns als Gemeinde gebürtige Ukrainer gesucht, die uns beim Dolmetschen sehr, sehr hilfreich sind. Wir haben mittlerweile eine WhatsApp-Gruppe für die Ukrainer und die Quartiergeber und lassen hier die Informationen zentral laufen. Wir waren überrascht, wie viele Personen aus der Ukraine ohnehin schon in der Gegend wohnen.“

Exodus in die EU. Täglich steigt die Zahl der Flüchtlinge, die in Europa Zuflucht suchen. Prognosen sprechen zu Redaktionsschluss von bis zu zehn Millionen Flüchtlinge, die erwartet werden. Das wäre ein Vielfaches mehr als bei der Flüchtlingsbewegung von 2015. Die UNO spricht bereits von der größten Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Hanne Beirens, Direktorin des Migration Policy Institute (MPI) in Brüssel, spricht in einem Bericht auf [news.orf.at](https://www.news.orf.at) von einer „unfassbaren“ Zahl der Flüchtlinge und einer „enormen Geschwindigkeit“, mit der diese ankommen. Auch der Politanalyst Alberto Neidhardt vom Brüsseler European Policy Centre (EPC) sagt: „Die Zahlen und das Tempo, in dem sich die Notlage entfaltet, sind beispiellos.“ Die schiere Anzahl der Geflüchteten stelle derzeit die größte Herausforderung dar, zeigen sich die Experten überzeugt.

Auch aus diesem Grund appellierte Innenminister Karner mehrmals, dass die Frage der Unterbringungsmöglichkeit sehr wichtig sei. Flüchtlingskoordinator Takacs ergänzte, dass eine erste Welle, wo viele der Fliehenden mit Autos gekommen seien, vorbei sei. „Jetzt kommt die zweite Welle, wo die Menschen mit Zügen ankommen werden. Wien leistet hier Großes, rund 80 Prozent der Erstaufnahmen passieren in der Bundeshauptstadt.“

FINANZIELLE FOLGEN DES UKRAINE-KRIEGES

GEMEINDEN SIND MEHRFACH BETROFFEN

Der 24. Februar 2022 stellt nicht nur eine weltpolitische Zäsur und den Beginn großen Leids für Millionen von Menschen dar, sondern leitet in Europa und Österreich auch einen Wirtschaftsabschwung ein. Die Gemeinden werden einnahmenseitig wie auch ausgabenseitig von den ökonomischen Folgen des Ukraine-Krieges betroffen sein.

TEXT // KONRAD GSCHWANDTNER

Nicht erst seit der Corona-Pandemie stellen Gesundheitswesen, Pflege, Kinderbetreuung, Schulerhaltung oder auch Sozialhilfe dynamische Finanzierungsbereiche für die Gemeinden dar. Kurz- bis mittelfristig kommen Kostensteigerungen durch Energie- und Rohstoffpreise, Inflation, Lohndruck und Klimaschutzmaßnahmen hinzu. Darüber hinaus befinden sich zu Redaktionsschluss gut 30.000 Kriegsflüchtlinge in Österreich, die es zu versorgen gilt und denen ebenfalls die Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen sind.

Eintrübung der Konjunktur. Noch vor wenigen Wochen erwarteten die Wirtschaftsforscher (inklusive der ökosozialen Steuerreform) ein gut fünfprozentiges BIP-Wachstum für 2022. Die ersten vier Vorschussmonate (Gemeindeertragsanteile Jänner bis April 2022) sind mit +14 Prozent gegenüber 2021 überaus gut gelaufen. Es ist jedoch zu erwarten, dass Produktionsausfälle aufgrund von Lieferengpässen und die insgesamt hohen Energiepreise zu einer Dämpfung der Konjunktur führen werden. Auch sind Steuerausfälle aufgrund hoher Abschreibungen von jenen heimischen Unternehmen zu erwarten, die stark in Russland und der Ukraine engagiert sind bzw. waren.

Das WIFO wird Ende März seine erste Wirtschaftsprognose unter Einbeziehung des Ukraine-Krieges sowie der beiden nachfolgend angesprochenen Anti-Teuerungspakete vorlegen, die wohl deutlich unter dem bisher für 2022 prognostizierten realen BIP-Wachstum von 5,2 Prozent liegen wird.

ZWISCHEN-ABRECHNUNG ALS LICHTBLICK

In einer nun zumindest mittelfristig wieder angespannteren finanziellen Situation der kommunalen Haushalte kommt das aktuelle Ergebnis der Zwischenabrechnung (Aufrollung des Finanzausgleichsjahres 2021) gerade recht, das coronabedingt in einem noch nie dagewesenen Ausmaß positiv ausfällt. Das Guthaben an Ertragsanteilen (Differenz der 2021 erhaltenen Vorschüsse und der Steuereinnahmen) in Höhe von knapp 374 Millionen Euro ist Anfang April von den Ländern an die Gemeinden zu überweisen:

Burgenland 9,8 Millionen Euro; Kärnten 21,0; Niederösterreich 59,3; Oberösterreich 56,6; Salzburg 22,3; Steiermark 43,5; Tirol 29,5; Vorarlberg 16,1; Wien 116 Millionen.

Entlastungspakete dämpfen Ertragsanteile.

Bereits Ende Jänner stellte die Bundesregierung angesichts der steigenden Energiekosten ein 1,7 Milliarden Euro schweres Entlastungspaket vor, das sich aus einem auf 2022 begrenzten Aussetzen der Ökostrompauschale und des Ökostromförderbeitrags sowie dem sogenannten Energiekostenausgleich von einmalig 150 Euro pro Haushalt zusammensetzt, der bei Geringverdienern doppelt so hoch ausfällt und bei Spitzenverdienern entfällt. Unmittelbare finanzielle Folgen ergeben sich daraus für die Gemeinden aber nicht, was sich jedoch beim sogenannten Energiepaket, das die Bundesregierung am 20. März 2022 vorgestellt hat, anders darstellt. Dieses rund zwei Milliarden Euro schwere und bis Mitte 2023 laufende Entlastungspaket für Haushalte und Unternehmen (Erhöhung Pendlerpauschale, Senkung der Erdgasabgabe und Elektrizitätsabgabe etc.) werden die Gemeinden mit rund 150 Millionen Euro über den Finanzausgleich in Form geringerer Ertragsanteile mitfinanzieren. Ob dies schon das Ende der Fahnenstange ist, wird sich zeigen, denn vielerorts werden noch kräftigere Maßnahmen gegen Teuerungen im Energiebereich und insgesamt gegen die aktuell hohe Inflation gefordert. 



KONRAD GSCHWANDTNER, BAKK.BA., IST FACHREFERENT DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

NACHBARSCHAFTSHILFE

WAS IST ZU BEACHTEN, WENN MAN GEFLÜCHTETE

Das Innenministerium hat Anfang März Fragen und Antworten zur Beherbergung von Menschen aus der Ukraine ausgearbeitet.



An wen können sich geflüchtete/vertriebene Personen aus der Ukraine wenden, wenn sie in Österreich ankommen?



Personen, die aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine Schutz in Österreich suchen, können sich bei Ankunft in Österreich an die seitens der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen GmbH (BBU) eingerichtete Hotline wenden. Unter +43 1 2676 870 9460 ist dort auch mehrsprachiges Personal erreichbar.

Soweit Hilfsbedürftigkeit vorliegt, erfolgt die Aufnahme in die Grundversorgung des Bundes und der Länder. Im Rahmen der Grundversorgung wird neben der Bereitstellung von Unterkünften und Verpflegungsleistungen ebenso die medizinische Versorgung (Krankenversicherung) sichergestellt.



Wo erfolgt die Unterbringung im Rahmen der Nachbarschaftshilfe für Vertriebene? Werden auch private Unterkünfte hierfür herangezogen?



Die Versorgung von hilfsbedürftigen Personen im Rahmen der Grundversorgung wird in partnerschaftlicher Weise durch den Bund und die Länder abgewickelt. Eine Quartierzuweisung durch die Koordinationsstelle der BBU GmbH kann in eine organisierte Unterkunft des Bundes oder in die Ankunftszentren der Länder erfolgen.

Auch im Rahmen der privaten Unterbringung können Leistungen der Grundversorgung, wie Mietzuschuss und Verpflegungsgeld, gewährt werden. Die Kostensätze orientieren sich an jenen der Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG. Die Krankenversicherung ist in diesem Fall ebenso sichergestellt, da die grundversorgten Personen auch krankenversichert sind. Die konkrete Abwicklung erfolgt über die jeweilige Grundversorgungsstelle des jeweiligen Bundeslandes.



An wen ist eine allfällige Unterkunftsnahme in Österreich zu melden (MeldeG)?



Entsprechend dem Meldegesetz haben Personen, die mehr als drei Tage in Österreich Unterkunft nehmen, eine Meldung bei der zuständigen Meldebehörde (Gemeinden/Magistrate) vorzunehmen.

Bei privater Unterbringung hat die Wohnsitzmeldung innerhalb von drei Tagen nach Bezug der Unterkunft gegenüber der Meldebehörde direkt zu erfolgen, wobei die Unterkunftsnahme vom Unterkunftgeber (Eigentümer, privater Vermieter etc.) entsprechend zu bestätigen ist.

Bei Unterbringung im Rahmen eines Beherbergungsbetriebes erfolgt die Meldung nach den diesbezüglichen Bestimmungen (je nach Dauer des Aufenthaltes, z. B. Eintragung Gästebuch) durch den jeweiligen Inhaber.

Im Rahmen der Aufnahme in die Grundversorgung bei organisierten Quartieren wird diese Meldung durch die BBU GmbH bzw. die jeweils zuständige Landes-Grundversorgungsstelle veranlasst.



Wohin können Quartierangebote gerichtet werden?



Unter nachbarschaftsquartier@bbu.gv.at oder dem Online-Formular www.bbu.gv.at/nachbarschaftsquartier können Quartierangebote – auch der Zivilgesellschaft – jederzeit eingemeldet werden, die hilfsbedürftigen Flüchtenden aus der Ukraine als Zufluchtsort dienen können. Diese werden seitens der BBU GmbH zentral gesammelt und an die Bedarfsträger weitervermittelt.

WO UNTERKUNFT GIBT?



Grundversorgungsleistungen



Die Leistungsgewährung aus dem Titel der Grundversorgung, wie die Bereitstellung von Unterbringungsplätzen, Verpflegung, Sicherung der Krankenversorgung etc., erfolgt auf Grundlage der Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG (Bund-Länder, kurz: GVV).

Eine Unterbringung im Rahmen der Grundversorgung kann in organisierten Quartieren, die seitens der Grundversorgungsstellen (Bund oder Land) gewährt werden, oder im Rahmen einer Privatunterbringung erfolgen.

Im Rahmen einer organisierten Unterbringung kommt insbesondere der folgende Kostenhöchsatz bei der Leistungserbringung zwischen den Partnern der Grundversorgung zur Anwendung.

Bevor Sie ein organisiertes Quartier eröffnen, setzen Sie sich bitte mit der jeweiligen Landes-Grundversorgungsstelle in Verbindung.

Grundversorgungsleistungen bei privater bzw. individueller Unterbringung: In der Praxis wird im Regelfall zwischen den hilfsbedürftigen Fremden und dem Vermieter ein Mietvertrag oder Untermietvertrag abgeschlossen. Mit diesem Mietvertrag wendet sich der hilfsbedürftige Fremde an die Landesgrundversorgungsstelle und erhält eine Refundierung.



Krankenversicherung



Grundsätzlich wird die Krankenversorgung im Rahmen der Aufnahme in die Grundversorgung durch die Anmeldung bei der Krankenversicherung und die Übernahme der diesbezüglichen Beiträge sichergestellt. Sofern keine Aufnahme in die Grundversorgung erfolgt, steht Vertriebenen jedenfalls der Zugang zur medizinischen Notversorgung offen.

Es ist weiters vorgesehen, dass sämtlichen Vertriebenen ex lege ein entsprechender Krankenversicherungsschutz zukommen soll. Diesbezüglich steht das Bundesministerium für Inneres im Austausch mit den zuständigen Stellen.



Besteht eine Notwendigkeit der Registrierung bei Inanspruchnahme des Vertriebenenstatus in Österreich? Wo erhalte ich einen Ausweis als Vertriebener?

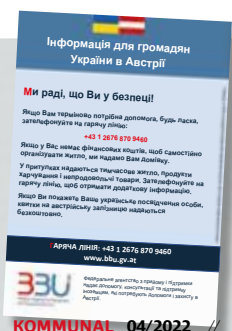


Auf europäischer Ebene wurde mit Durchführungsbeschluss vom 4. März 2022 das Bestehen eines Massenzustroms von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Art. 5 der RL 2001/55/EG und die Einführung eines vorübergehenden Schutzes festgehalten.

Auf Grundlage dessen wird auf innerstaatlicher Ebene eine Verordnung gemäß § 62 AsylG zu erlassen sein, durch die den betroffenen Personengruppen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet zu gewähren ist.

Mehr Infos auf www.bfa.gv.at

und auf der Website des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA).
Hier finden sich nicht nur FAQs für ukrainische Staatsangehörige, sondern auch ein Merkblatt in
Ukrainisch: www.bfa.gv.at/news.aspx?id=7138695A2B6150634156493D



PFLEGE

Die Hilferufe werden immer lauter
Seite 26

SICHERHEIT

Gemeindegewachkörper als Alternative
Seite 28

ADR-GIPFELTREFFEN

Kampf für die Demokratie Europas
Seite 32



Im großen Sitzungssaal im alten niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrengasse fand die Bundesvorstandssitzung statt.



GEMEINDEBUND WÄHLT NEUES PRÄSIDIUM

Am 23. März 2022 wählte der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes im Palais Niederösterreich in Wien nach fünf Jahren ein neues Präsidium. Bundesvorstandsmitglieder sind insgesamt 64 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den zehn Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes. Der Bundesvorstand tritt meist zwei Mal im Jahr zusammen, um wichtige statutarische und inhaltliche Beschlüsse zu fassen.

TEXT // HANS BRAUN

Alfred Riedl, der seit März 2017 Chef der größten Interessensvertretung der österreichischen Gemeinden und Städte ist, wurde eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt. Er will auch in den kommenden Jahren mit aller Kraft daran arbeiten, die Position der Gemeinden und Städte weiter zu stärken. „Die Kommunen sind die Basis der Demokratie und ohne die Gemeinden geht nichts in diesem Land. Das haben wir in den letzten Jahren ganz deutlich gesehen. Die

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister machen tagtäglich exzellente Arbeit im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie kümmern sich um das



höchstpersönliche Lebensumfeld, helfen schnell und unbürokratisch, kennen die Sorgen und Probleme ihrer Bevölkerung und sind meist die ersten und auch einzigen politischen Ansprechpartner. Als Gemeindebund werden wir uns auch weiterhin für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Gemeinden vor Bund, Ländern und der Öffentlichkeit starkmachen. Wir sind die starke Stimme aller österreichischen Gemeinden und Städte“, betonte der wiedergewählte Gemeindebund-Präsident in seinem ersten Statement.

Das neue Präsidium. Für das Amt der vier Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten standen fünf Kandidat:innen zu Wahl. Zu den neuen Vizepräsidentinnen wurden die Präsidentin des

„Wir sind die starke Stimme aller österreichischen Gemeinden und Städte.“

„Ich bin überzeugt, dass wir weiterhin im Sinne aller Gemeinden **parteiübergreifend an einem Strang ziehen.**“

Alfred Riedl



Vorarlberger Gemeindeverbandes und Bürgermeisterin von Dornbirn, Andrea Kaufmann, und die Bürgermeisterin von Steinbach am Ziehberg in Oberösterreich, Bettina Lancaster, gewählt. Der bisherige Vizepräsident und Präsident des NÖ-Gemeindevertreterverbandes Rupert Dworak wurde in seinem Amt bestätigt. Neuer Vizepräsident wurde (der krankheitsbedingt verhinderte) Erwin Dirnberger, der auch Präsident des steiermärkischen Gemeindebundes ist.

„Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den engagierten Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern aus dem ganzen Land. Ich bin überzeugt, dass wir weiterhin im Sinne aller Gemeinden parteiübergreifend an einem Strang ziehen, wenn es um die Interessen unserer Kommunen geht“, dankte Riedl den neu Gewählten für ihre Unterstützung. Und blickte mit Augenzwinkern auf die vergangenen fünf Jahre zurück. „So wie es aussieht, bin ich der einzige Gemeindebundpräsident, der in nur einer Periode gleich fünf Bundeskanzler ‚verbraucht‘ hat.“

Nach der Wahl kam das Tagesgeschäft: Die Herausforderungen. In den kommenden Jahren stehen viele Themen am Programm, die der Präsident im Rahmen der Bundesvorstandssitzung



Gemeindebund-Generalsekretär Walter Leiss, Präsident Alfred Riedl, die Vizepräsidentinnen Andrea Kaufmann und Bettina Lancaster und Vizepräsident Rupert Dworak. Der gewählte vierte Vizepräsident Erwin Dirnberger aus der Steiermark war krankheitshalber verhindert.

auch kurz zusammenfasste. „Von der Hilfe für Vertriebene aus der Ukraine über die Covid-Pandemie, den Ausbau der Kinderbetreuung, die Reform der Pflege, die Energiewende, die Gemeindefinanzen oder den Breitbandausbau – es sind unzählige große und kleine Herausforderungen, die wir in den Gemeinden täglich zu stemmen haben. Als Österreichischer Gemeindebund stehen wir an der Seite aller Gemeinden und Städte und werden bei Bund und Ländern für deren Unterstützung kämpfen“, so Riedl.

Diskussion über „Aktion Schneeflocke“. Nach den innenpolitischen Herausforderungen kam es beim Bericht zu europäischen Themen zu kurzen Diskussionen. Die Aktion „Schneeflocke“ (Briefe von Bürgermeister:innen an russische Kolleg:innen) sei „geopolitisch heikel“, man solle „vorsichtig bei der Positionierung“ sein, so die eine Seite. Als Gegenargument kam die Feststellung, dass „neutral sein nicht heißt, keine Meinung zu haben“. Aber schlussendlich müsse jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin die Entscheidung selbst treffen. 🗳️

Die „Neuen“

Die drei ganz neu gewählten Mitglieder des Präsidiums des Gemeindebundes sind „gestandene“ Kommunalpolitikerinnen und -politiker.

ERWIN DIRNBERGER ist seit 32 Jahren Bürgermeister und seit 15 Jahren Präsident des Gemeindebundes Steiermark. Dirnberger begann seine politische Karriere von 1978 bis 1983 als Obmann der Jungen Volkspartei in Sankt Johann-Köppling und übernahm 1986 die Funktion des Ortsparteiobmanns der ÖVP. Seit 1990 hatte er das Amt des Bürgermeisters der Gemeinde Sankt Johann-Köppling inne und ist seit 2015 Bürgermeister der Fusionsgemeinde Söding-Sankt Johann. 1996 wurde er zum ÖVP-Bezirksparteiobmann Voitsberg gewählt. Zudem vertritt er die ÖVP seit 1996 im Landtag und ist Bereichssprecher für Gemeinden sowie für Bau- und Raumordnung. Seine politischen Schwerpunkte sieht er in den Bereichen Gemeinden, Ländlicher Raum sowie der Region Voitsberg.



ANDREA KAUFMANN war von 2009 bis 2013 Landesrätin in der Vorarlberger Landesregierung und ist seit 2013 Bürgermeisterin der Stadt Dornbirn. Ihre ersten politischen Erfahrungen sammelte Andrea Kaufmann Anfang der 90er-Jahre in der JVP Dornbirn. Anschließend wurde sie in der JVP in den Landes- und Bundesvorstand gewählt. Seit dem Jahr 2003 ist Kaufmann Landesobmannstellvertreterin im Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund. Bevor sie in die Landespolitik wechselte, war die Dornbirnerin in ihrer Heimatstadt als Stadträtin für Kultur, Familie und Bildung tätig. Im November 2020 wurde sie zur Präsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbandes gewählt – und ist damit die erste Frau auf einem Gemeindebund-Spitzenposten.



BETTINA LANCASTER ist seit 2009 für die SPÖ Bürgermeisterin der Gemeinde Steinbach am Ziehberg im oberösterreichischen Bezirk Kirchdorf.

Sie ist seit 2003 in der Kommunalpolitik tätig, bis 2009 war sie im Gemeindevorstand, seit 2009 ist sie Bürgermeisterin. 2017 wurde sie zur SPÖ-Bezirksparteivor-sitzenden im Bezirk Kirchdorf gewählt. Seit dem 12. Februar 2019 ist sie vom Oberösterreichischen Landtag entsandtes Mitglied des Bundesrates. Nach der Landtagswahl 2021 wurde sie zu Beginn der XXIX. Gesetzgebungsperiode neben Dominik Reisinger als Bundesrätin bestätigt.



PFLEGE: DIE HILFERUFE WERDEN IMMER LAUTER

„WIR STEUERN SEHENDEN AUGES AUF EINE KATASTROPHE ZU“

Im Grunde wissen wir seit mindestens 20 Jahren, dass wir uns dem Thema Pflege dringendst widmen müssen. Zu wenig Personal, zu viel Bürokratie, ständig steigende Kosten – diese Liste ließe sich fortführen. Mittlerweile sind wir an einem Punkt, wo der Stillstand gefährlich wird, wie Reinhard Waldhör, Vorsitzender der Gesundheitsgewerkschaft in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst GÖD, im Interview mit KOMMUNAL meint.

KOMMUNAL: Es gibt zu wenig Pflegeplätze und die Kosten steigen ständig, um nur zwei Punkte anzusprechen. Wie dringend ist es tatsächlich und was wären die wichtigsten Schritte, die getan werden müssten?

REINHARD WALDHÖR: Je nach Lesart fehlen uns bis 2030 76.000 bis 115.000 zusätzliche Pflegekräfte. Die Pflegereform steht ja auch im Regierungsprogramm – allerdings nur auf dem Papier. Die Taskforce Pflege wurde zwar vorgestellt, aber dann ist auch da nichts mehr passiert.

Es geht dem Pflegepersonal auf allen Ebenen sehr schlecht: in den Kliniken genauso wie in Pflegeheimen, im extramuralen Bereich sowie auch im Freiberuf. Wir wissen, es kommt eine riesige Pensionierungswelle auf uns zu. Die Baby-Boomer bewegen sich in Richtung Ruhestand. Wir kennen auch den zusätzlichen Bedarf, der aufgrund der demografischen Entwicklung auf uns zukommt, und laufen sehenden Auges in diese Katastrophe hinein.

Wir brauchen dringend Strategien, wie wir mehr Menschen dazu bewegen können, einen Pflegeberuf zu ergreifen. Der ständige Personal-mangel ist raschest zu beheben. Das geht nur mit verstärkter Ausbildung, daher sind auch die Ausbildungsbedingungen rasch zu verbessern.

In Niederösterreich und Tirol hat man mit Bonuszahlungen einen Vorstoß gewagt: Wer sich in eine Ausbildung begibt, erhält 420 bzw. 450 Euro pro Monat, sofern er sich verpflichtet, in diesem Bundesland einige Zeit die Tätigkeit zu verrichten. Studiengebühren und Schulgelder werden ebenfalls übernommen. Das sind erste Schritt, um die Ausbildung zu attraktivieren.

Dieses Interview musste redaktionell gekürzt werden, lesen Sie den Volltext auf

[kommunal.at/
pflege-die-hilferufe-
werden-immer-lauter](https://kommunal.at/pflege-die-hilferufe-werden-immer-lauter)

Wir bräuchten aber noch gemeinsam mit dem AMS ein rasches Paket für Querein- und Berufsumsteiger, damit sich jene, die aus anderen Bereichen in die Pflege einsteigen wollen, während der Ausbildung ein gutes Leben leisten können. Wir wissen, dass gerade Querein- und Umsteiger die sind, die dann stabil im System bleiben.

Einhergehend damit braucht es Maßnahmen im Bereich der Arbeitsbedingungen. Etwa veränderte Personalschlüssel, die an die Veränderungen angepasst sind, die mit den Menschen passieren. Keine Nachtdienste alleine, weil die in den Abteilungen von Pflegeheimen mit zum Beispiel dementen Menschen sehr aufwendig sind.

Meine Kolleg:innen wünschen sich mehr Zeit am Patienten, am Bewohner, am Klienten – um ihrer Pflegetätigkeit in einer angemessenen Qualität nachkommen zu können. Derzeit ist es durch den Personal-mangel eher so, dass Pflege mit der Stoppuhr passiert.

Viele Gemeinden schauen, dass die Leute so lange wie möglich in den gewohnten vier Wänden bleiben können oder mit Wohnungen für ältere Personen, die in die Pflege gehen müssen, leichter betreibbar sind.

Das ist absolut zu befürworten. Wir wissen, dass die Menschen am liebsten so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben.

Man sollte ein System im Bereich „Mitaltern des Wohnen“ schaffen. Diejenigen, die Wohnraum schaffen, sollten dessen Mitentwicklung in das Alter gleich mitdenken. Im Wohnungsbau passiert das zum Teil schon, aber wo es noch relativ wenig Feedback gibt, ist das klassische



FOTO // GÖD

Eigenheim. Es gibt zwar viele Bungalows, die ebenerdig sind, und damit glaubt man, man sei barrierefrei, doch das ist es nicht. Da gehören viele andere Dinge mitgedacht, die man oft erst später einbaut. Da gilt es Bewusstsein zu schaffen.

Es gilt auch Strukturen in Gemeinden zu schaffen, wie man Betreuungsformen gestalten kann, sowohl im Ehrenamt als auch professionell. Eine Dorfstruktur, wie es sie früher gegeben hat, gibt es meist nicht mehr. Heute ist auch die Vereinsamung der Leute ein Problem. Die Familien sind kleiner und nicht mehr da.

Wie stehen Sie zum Konzept der Community Nurses?

Ich halte es für absolut wichtig, das in Schwung zu bringen, weil es genau die Informationsdreh-scheibe ist, die man aus meiner Sicht in den Gemeinden braucht. Zwischen den Kommunen, zwischen den Gemeindeärzten, den Angehörigen, den Bewohnerinnen und Bewohnern und all den anderen, die es betrifft. Auch im Bereich Prävention und Bewusstseinsbildung kann man die Maßnahmen sehr fachkundig treffen.

Die Finanzierung sehen Sie auf Bundesebene?

Ja, nachdem sie der Bund quasi ins Leben gerufen hat und damit in der Kommune diese Erwartungshaltung weckt. Nachdem die Bürger:innen es drei Jahre lang gewohnt sind und auch die Bürgermeister:innen es gewohnt sein werden, diese Struktur zu haben, wird der Wunsch auch weiterhin bestehen. Zu hoffen bleibt, dass das Kabinett auch nach dem 31. Dezember 2024

**Reinhard Waldhör,
Vorsitzender der Gesundheitsgewerkschaft in der
Gewerkschaft Öffentlicher
Dienst GÖD**

ZUR PERSON Reinhard Waldhör

1968 in Allentsteig geboren, Lehre als Bandagist & Orthopädiemechaniker (Abschluss: 1988). Beruflich war er OP-Gehilfe im KH Eggenburg, dann zwei Jahre im Evangelischen Spital Wien und ab 1994 im Krankenhaus Allentsteig. Seit 1996 ist er Personalvertreter im KH Allentsteig, ab 2000 in Horn. Seit 2002 ist er in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) in der Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) engagiert, seit 2006 Funktionär der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD).

hinter der Maßnahme steht. Gegenwärtig gibt es eine hundertprozentige Refundierung aus Europa. Irgendwann könnte der Bund dann auch einmal in die eigene Tasche greifen, um so etwas zu finanzieren.

Bei vielen Bürgermeister:innen verursacht das Bauchweh, denn das kennt man: Erst gibt es eine Anschubfinanzierung, dann ist der Stichtag da, alle sind daran gewöhnt, jeder will es haben und die Gemeinden müssen schauen, dass sie da irgendwie einspringen.

Ich habe das Glück, bei einem Projekt im Waldviertel, das 13 Gemeinden umfasst, beratend tätig zu sein. Da wissen die Bürgermeister ganz klar, dass es dieses Risiko gibt. Natürlich kann in einem Worst-Case-Szenario das Projekt am 31. Dezember 2024 enden. Die 13 Bürgermeister der Region, die in dem Projekt tätig sind, sind aber schon sehr davon überzeugt, dass man Finanzierungsmöglichkeiten finden wird.

Wie motiviert man junge Menschen, einen Pflege-Job zu ergreifen?

Die Pflege ist ein absolut krisensicherer Job. Wir brauchen aber auch eine Situation, durch die sie attraktiver wird. Zudem ist nicht jeder für diesen Job geeignet. Wir sehen, dass durchaus Menschen in den Pflegeassistentenausbildungen drinnen sitzen, weil das AMS dafür eine Förderung hergibt, und die nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung keinen Tag in dem Beruf arbeiten. Wir müssen die Richtigen aussuchen und in diesem Fall trifft uns die Demografie. Wenn wir den Bedarf an professionell pflegenden Menschen über das Jahr 2030 hinaus mit Inländern decken wollen, dann müsste jeder Fünfte, der geboren wird, 2030 in die Pflege gehen. Das schaffen wir nicht.

Wir brauchen gezielte und gute Programme, um Menschen aus dem Ausland dazuzuholen. Und ganz klar sei gesagt, nicht von den benachbarten europäischen Ländern, weil die alle das gleiche Problem haben. Europa ist einfach alt. Wir müssen uns dort umschauen, wo es viele Junge gibt, und wir müssen uns dort umschauen, wo es auch ethisch passt. Vor allem die Senioren akzeptieren nicht gleich jede ausländische Pflegeperson. Da geht es um sehr viele intime Dinge, da braucht man Feingefühl. ❁

SICHERHEIT IN GEMEINDEN

GEMEINDEWACHKÖRPER ALS ALTERNATIVE

Gemeinden haben zahlreiche Aufgaben wahrzunehmen. So vielfältig der Aufgabenbereich ist, so vielfältig sind auch die Möglichkeiten und Formen der Aufgabenbewältigung. Der Einsatz von Gemeindevachen ist eine davon.

TEXT // BERNHARD HAUBENBERGER

Örtliche Sicherheitspolizei, örtliche Straßenpolizei, örtliche Veranstaltungspolizei, örtliche Sittlichkeitspolizei, örtliche Marktpolizei u. v. m. – das Spektrum der Angelegenheiten, die die Gemeinden in eigener Verantwortung und frei von Weisungen zu besorgen haben (Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs), ist groß: von der Überwachung der Einhaltung der Vorgaben in Hundehaltengesetzen, wie etwa der Leinen- oder Maulkorbpflicht, über die Ahndung der Verletzung des öffentlichen Anstands, die Überwachung der Einhaltung von Kurzparkzonenregelungen, die Bewilligung und Überwachung von Veranstaltungen, bis hin zu den Aufgaben im Gewerberecht (Sperrstunden) und zahlreichen Aufgaben auf Grundlage der Straßenverkehrsordnung (§ 94d StVO).

Eine Möglichkeit, diese Aufgaben zu bewältigen, ist der Einsatz von Gemeindevachen, wobei man hier zwischen schlichten Gemeindevachen und Gemeindevachkörpern unterscheiden muss. Im Gegensatz zu Gemeindevachen sind Gemeindevachkörper bewaffnete oder uniformierte oder sonst nach militärischem Muster eingerichtete Formationen, denen Aufgaben polizeilichen Charakters übertragen sind (Art. 78d B-VG). Um als Wachkörper im Sinne der Bundesverfassung Geltung zu erlangen, muss die Gemeinde- oder Stadtpolizei eine gewisse Formationsstärke aufweisen, wobei allgemein anerkannt ist, dass lediglich drei Personen zu wenig sind.

Geschwindigkeitsüberwachung nur über Gemeindevachkörper. Ein erheblicher Unter-

schied zwischen schlichten Gemeindevachen und Gemeindevachkörpern ergibt sich auch dadurch, dass nur Angehörige eines Gemeindevachkörpers von Bund und Ländern (Bezirksverwaltungsbehörden) ermächtigt werden können, weitere Aufgaben bzw. Aufgaben außerhalb des eigenen (und damit des übertragenen) Wirkungsbereichs der Gemeinden wahrzunehmen. Insoweit Angehörige eines Gemeindevachkörpers Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinden wahrnehmen, werden sie funktional für die ermächtigende bzw. zuständige Behörde tätig.

So sehen auf Grundlage des Art. 118a Abs. 1 B-VG zahlreiche Materiengesetze die Mitwirkung der Angehörigen eines Gemeindevachkörpers (mit Zustimmung der Gemeinde) vor – so etwa das Kraftfahrzeuggesetz, das Sicherheitspolizeigesetz (sicherheitspolizeilicher Exekutivdienst), das Fremdenpolizeigesetz, aber auch die Straßenverkehrsordnung. Gemäß § 94c Abs. 3 StVO kann nur einer Gemeinde, die über einen Gemeindevachkörper verfügt, die Handhabung der Verkehrspolizei (§ 94b Abs. 1 lit. a) und damit die Überwachung der Einhaltung straßenpolizeilicher Vorschriften (etwa Geschwindigkeitsbeschränkungen) übertragen werden. Dabei können alle oder nur bestimmte Angelegenheiten der Verkehrspolizei hinsichtlich aller oder nur einzelner Straßen übertragen werden.

Darüber hinaus kann unmittelbar aufgrund des Art. 118a Abs. 2 B-VG die Bezirksverwaltungsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde Angehörige eines Gemeindevachkörpers ermächtigen, an der Handhabung des Verwaltungsstrafgesetzes mitzuwirken.



Es gibt österreichweit in nur rund 35 Gemeinden Gemeindevachkörper (Stadtpolizei, Gemeindepolizei, Ortspolizei), die meisten davon in Tirol und Vorarlberg, aber wie am Bild beispielsweise auch in Amstetten.



MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND.



Anzahl der Gemeindegewachkörper überschaubar. Wenngleich die Einrichtung einfach ist (gemäß Art. 118 Abs. 8 B-VG ist die Errichtung eines Gemeindegewachkörpers oder eine Änderung seiner Organisation lediglich der Bundesregierung anzuzeigen), gibt es österreichweit in nur rund 35 Gemeinden Gemeindegewachkörper (Stadtpolizei, Gemeindepolizei, Ortspolizei), die meisten davon in Tirol und Vorarlberg. Zumeist handelt es sich dabei um größere Gemeinden – das ist in Anbetracht des Aufwands, den die Einrichtung eines Gemeindegewachkörpers mit sich bringt, auch nachvollziehbar (Infrastruktur, Ausrüstung, Ausstattung, Fahrzeuge, Schulung etc.).

Nachdem die Einrichtung eines eigenen Gemeindegewachkörpers, der jedenfalls aus mehr als drei Personen bestehen muss, aus Kostengründen für kleinere Gemeinden nicht infrage kommt, stellt sich die Frage, ob in diesem Bereich auch Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation bestehen.

Hervorzuheben sind dabei Gemeindeverbände und Verwaltungsgemeinschaften.

Gemeindegewachkörper im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit? Mit der B-VG-Novelle „zur Stärkung der Rechte der Gemeinden“, die am 1. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, wurden die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Gemeinden deutlich erweitert: So wurde die Beschränkung von Gemeindeverbänden auf die Besorgung einzelner Aufgaben ebenso aufgehoben wie die Beschränkung von – durch Vereinbarung gegründeten – Gemeindeverbänden auf die Besorgung von Aufgaben des eigenen Wirkungsbereichs. Zulässig sind daher Gemeinde-

verbände, die mehrere Aufgaben (Mehrzweckverbände) und zugleich Aufgaben wahrnehmen, die dem eigenen und dem übertragenen Wirkungsbereich angehören (Mischverbände).

Ein weiterer Punkt, den die B-VG-Novelle umfasst, betrifft den „Abschluss von Vereinbarungen mehrerer Gemeinden über ihren jeweiligen Wirkungsbereich“. Darunter sind unter anderem Verwaltungsgemeinschaften zu verstehen, die ebenso Angelegenheiten des eigenen wie auch des übertragenen Wirkungsbereichs umfassen können.

Bedeutender Unterschied zwischen diesen beiden Kooperationsformen ist die Tatsache, dass ein Gemeindeverband die ihm von den Mitgliedsgemeinden übertragenen Angelegenheiten im eigenen Namen und durch eigene Organe wahrnimmt. Hingegen wird bei einer Verwaltungsgemeinschaft kein eigener Rechtsträger gebildet – die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit bleibt bei derjenigen Gemeinde, für die die Verwaltungsgemeinschaft tätig wurde.

Eine Frage, die bislang unbeantwortet blieb, ist jene, ob ein bestehender Gemeindegewachkörper einer Gemeinde etwa im Wege einer Verwaltungsgemeinschaft auch für andere Gemeinden tätig werden kann. Solange die zu besorgenden Angelegenheiten jene des eigenen Wirkungsbereichs sind, sollte einer derartigen Kooperation nichts im Wege stehen. Im Falle von Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereichs (Übertragung der Handhabung der Verkehrspolizei) wird es wohl auf den Übertragungsumfang und auf den Übertragungsakt der ermächtigenden bzw. übertragenden Behörde ankommen.

Ob und inwieweit ein Gemeindeverband zwecks Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben einen Gemeindegewachkörper einrichten darf, ist gänzlich unbeantwortet. Zwar hegte das Bundeskanzleramt vor etlichen Jahren Zweifel ob der Zulässigkeit der Gründung eines Gemeindegewachkörpers durch einen Gemeindeverband. Mit der deutlichen Erweiterung der Kooperationsmöglichkeiten und des Aufgabenportfolios von Gemeindeverbänden (keine Beschränkung mehr auf einzelne Aufgaben) könnte sich das durchaus geändert haben. Abgesehen davon, dass die Einrichtung eines Gemeindegewachkörpers selbst eine Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinden ist, ist weder dem Bundes-Verfassungsgesetz noch der – in diesem Bereich eher spärlichen – Literatur Gegenteiliges zu entnehmen. ❖

GEMEINDEWACHEN UND GEMEINDEWACHKÖRPER

Die Unterscheidung zwischen Gemeindegewachen und Gemeindegewachkörpern ist insofern von Bedeutung, als ein Gemeindegewachkörper im örtlichen Wirkungsbereich einer Landespolizeidirektion nicht errichtet werden darf – sohin ist in fast allen Statutarstädten die Einrichtung von Gemeindegewachkörpern nicht gestattet.

Dieses sogenannte Konkurrenzverbot hat historische Gründe und geht auf die Ereignisse im Jahr 1927 (Brand des Justizpalastes) zurück, die fast bürgerkriegsähnliche Zustände annahmen.

Die explosiven Gegensätze der politischen Lager waren letztlich ausschlaggebend dafür, dass die Polizeigewalt des Bundes gestärkt und das Konkurrenzverbot beschlossen wurde. Nicht zuletzt aufgrund dieses Konkurrenzverbots gibt es etwa in Wien oder Linz keine eigene Stadtpolizei, sondern eigene Einrichtungen wie Ordnungsämter bzw. Ordnungswachen, die bestimmte Aufgaben wahrnehmen.

FRAUENTAG 2022

FRAUENANTEIL IN DER KOMMUNALPOLITIK STEIGT STETIG

Aktuell stehen den österreichischen Gemeinden so viele Frauen vor wie noch nie: 202 Bürgermeisterinnen gibt es nach den Tiroler Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 27. Februar, das entspricht einem Anteil von 9,7 Prozent.

TEXT // EMINA AYAZ

Die Forcierung von Frauen auf allen politischen Ebenen ist ein wichtiger demokratischer Pfeiler. Die Demokratie lebt davon, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen da vertreten sind, wo über sie entschieden wird. Mit einer größeren Beteiligung von Frauen in der Politik wird eine ausgeprägtere Darstellung vieler Lebensrealitäten sichergestellt. Doch nicht nur die inhaltliche Qualität steigt mit der Diversität, auch der Umgang miteinander verbessert sich in gemischten Teams.

Nach den Tiroler Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 27. Februar ist nun auch klar, dass die einwohnerkleinste Gemeinde Österreichs – Gramais in Tirol – eine Bürgermeisterin (Stefanie Krabacher) bekommt. So werden nun die kleinste und die zweitgrößte Gemeinde Österreichs (Graz) von Frauen regiert. Bei den Tiroler Bürgermeisterwahlen standen insgesamt 63 Kandidatinnen zur Wahl. Damit traten um 40 Prozent mehr Frauen an als noch bei der letzten Wahl vor sechs Jahren. „Es sind aber nicht nur die Bürgermeisterinnen. Auch in der zweiten Reihe – im Gemeinderat, in der Amtsleitung und in den verschiedenen Gremien und Vereinen – gibt es viele engagierte und kompetente Frauen. Es freut uns, dass immer mehr Frauen kommunale Führungstätigkeiten übernehmen wollen. Aber natürlich gibt es noch viel zu tun. Im Österreichischen Gemeindebund setzen wir daher auch mit der ersten Bundestagung für Bürgermeisterinnen Ende März in Wien einen weiteren Schritt in Richtung mehr Frauen in Führungsverantwortung auf lokaler Ebene“, so

Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl.

Die Anzahl der Ortschefinnen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Während der Frauenanteil unter den Bürgermeistern vor zehn Jahren mit 119 bei nur fünf Prozent lag (von damals 2.357 Gemeinden), standen vor fünf Jahren 146 Bürgermeisterinnen den österreichischen Gemeinden vor – ein Anteil von sieben Prozent (bei 2.100 Gemeinden). Im Herbst 2021 erreichte die Anzahl der Bürgermeisterinnen in Österreich erstmals die 200er-Marke.

Auf diesem langen Weg waren viele Pionierinnen wichtige Meinungsbildnerinnen und übernahmen auch Vorbildfunktionen für viele Frauen. Lisbeth Kern leitet die Gemeinde Petzenkirchen in Niederösterreich schon seit November 1996 – sie ist mit fast 25 Dienstjahren von allen aktuell amtierenden Bürgermeisterinnen am längsten im Amt. Die zweitlängste Amtszeit hat Friederike Reismüller aus Forchtenstein (Burgenland), die im Oktober 1997 gewählt wurde.

„Es zeugt von Beständigkeit und Stabilität, wenn einer Bürgermeisterin das Vertrauen der Bevölkerung zum wiederholten Male ausgesprochen wird. Aber wir dürfen nicht auf den Nachwuchs vergessen. In den österreichischen Gemeinden gibt es viele motivierte junge Frau-



„Es freut uns, dass immer mehr Frauen kommunale Führungstätigkeiten übernehmen wollen. **Aber natürlich gibt es noch viel zu tun.**“

Alfred Riedl,
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



EMINA AYAZ IST REDAKTEURIN BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND



Bürgermeisterinnen-treffen 2021 in Sankt Anton an der Jeßnitz: Österreichs Ortschefinnen stärken einander durch Vernetzung.

Das Präsidium des Gemeindebundes setzt mit den beiden starken Vizepräsidentinnen Andrea Kaufmann und Bettina Lancaster ein positives Zeichen.

BÜRGERMEISTERINNEN IN ÖSTERREICH



Nur knapp zehn Prozent der österreichischen Ortschefs sind weiblich, damit liegt Österreich nicht im Spitzenfeld Europas.

en, die wir fördern und für die Politik vor Ort begeistern wollen“, betonen die Vizepräsidentinnen des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeisterin Sonja Ottenbacher und Bürgermeisterin Roswitha Glashüttner.

Die meisten Ortschefinnen gibt es derzeit in Niederösterreich (74), gefolgt von Oberösterreich (47), der Steiermark (23) und Tirol (20). Im Burgenland gibt es aktuell 13, in Kärnten 10, in Salzburg 9 und in Vorarlberg 6 Bürgermeisterinnen.

Doch warum sind „nur“ knapp zehn Prozent der österreichischen Ortschefs weiblich? Ein Blick ins Jahr 2021 könnte Licht ins Dunkel bringen. Im Zentrum einer Umfrage des Österreichischen Gemeindebundes standen im vergangenen Jahr Herausforderungen der heimischen Ortschefinnen und möglicher Verbesserungsbedarf des Bürgermeisterinnenamtes. Eines der Ergebnisse: Nur rund 24 Prozent der Bürgermeisterinnen sind mit der sozialen Absicherung des Amtes zufrieden, die übrigen empfinden die Regelungen zu Gehaltsfortzahlung, Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung und Karenz als wenig bis gar nicht zufriedenstellend. Über 80 Prozent wünschen sich eine Karenzregelung für das Amt.

Die Umfrage zeigt darüber hinaus, dass etwa die Hälfte der Befragten das Bürgermeisterinnenamt nebenberuflich ausübt – und das obwohl die Umfrage bestätigt, dass diese Tätigkeit ein Vollzeitjob ist. Mehr als die Hälfte der befragten Frauen gibt an, über 41 Stunden pro Woche für ihre Gemeinde im Dienst zu sein, fast 28 Prozent der Befragten wenden bis zu 40 Stunden in der Woche für das Amt auf. Dementsprechend geben fast 80 Prozent an, dass sie über wenig bis gar keine Freizeit verfügen. Die Hälfte der befragten Bürgermeisterinnen hat außerdem Kinder im Betreuungsalter – etwa 55 Prozent von ihnen geben an, dass sie sich die Familienarbeit mit ihrem Partner teilen, gefolgt von 34 Prozent, die angeben, den größten Anteil der Familienarbeit zu übernehmen. Das zeigt uns, dass Frauen nach wie vor komplexen Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind.

Der Österreichische Gemeindebund setzt sich seit Jahren für Frauenförderung in der Kommunalpolitik ein und lud von 31. März bis 1. April 2022 zur ersten Fachtagung für Bürgermeisterinnen in Wien (Bericht folgt). Das alljährliche Bürgermeisterinnentreffen findet heuer von 3. bis 5. Juli in Pörschach am Wörthersee statt. 📍



DAS 9. EUROPÄISCHE GIPFELTREFFEN DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN (ADR)

„DER KAMPF FÜR DIE UKRAINE IST DER **KAMPF FÜR DIE DEMOKRATIE EUROPAS**“

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron als aktueller EU-Vorsitzender und EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola sprachen beim 9. Gipfeltreffen des AdR vor rund 3.000 lokalen und regionalen europäischen Führungspersonlichkeiten, die das Marseiller Manifest annahmen und Forderungen zur Zukunft der EU stellten.

● Vitali Klitschko, Bürgermeister der belagerten ukrainischen Hauptstadt Kiew, war beim Plenum des AdR in einer Liveübertragung zugeschaltet.



Europäischer Ausschuss
der Regionen

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Der Europäische Ausschuss der Regionen ist die EU-Versammlung regionaler und lokaler Vertreter aus allen 27 Mitgliedstaaten. Er wurde 1994 nach der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht gegründet und hat die Aufgabe, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in den Entscheidungsprozess der EU einzubeziehen und sie über die EU-Politik zu informieren. Das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission konsultieren den Ausschuss in Politikbereichen, die Regionen und Städte betreffen. Um im Europäischen Ausschuss der Regionen sitzen zu können, müssen seine 329 Mitglieder und deren 329 Stellvertreter entweder ein Wahlmandat innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung in ihren Heimatregionen und -städten politisch rechenschaftspflichtig sein. Auf der Website cor.europa.eu finden Sie weitere Informationen, unter anderem zu den nationalen Delegationen.



LINKS ZUM 9. GIPFELTREFFEN DES ADR

Auf cor.europa.eu/en/summits/2022/Pages/media.aspx finden sich Vorträge, Round Tables und Workshops zum Nachsehen sowie der Link zu den Fotos auf flickr, zum **Manifest von Marseille** der Kommunal- und Regionalpolitiker sowie zur **Solidaritäts-Deklaration** des AdR mit der Ukraine. Die Berichte und die Reise nach Marseille wurden mit Unterstützung des AdR möglich.



Die rund 2.000 Delegierten des 9. Gipfeltreffens des AdR setzen in einer Demonstration vor dem Rathaus von Marseille ein deutliches Zeichen der Solidarität mit der Ukraine. Marseilles Bürgermeister Benoît Payan bei seiner Rede.



Die österreichischen Delegierten: Kärntens LH Peter Kaiser, EU-Gemeinderat Peter Kurri aus Wr. Neustadt und Hannes Weninger, Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes im AdR.

TEXT // HANS BRAUN

Während des 9. Europäischen Gipfeltreffens der Städte und Regionen in Marseille am 3. und 4. März waren sich lokale und regionale Führungspersonlichkeiten aus ganz Europa in ihrer Solidarität mit der Ukraine im Krieg gegen Russland einig und verpflichteten sich, das ukrainische Volk zu unterstützen. Da der Krieg in der Ukraine zeigt, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, formuliert das vom Gipfel angenommene Manifest von Marseille seine Forderungen, die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der europäischen Demokratie zu stellen.

Bei der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Europäischen Ausschusses der Regionen an Vitali Klitschko, den Bürgermeister von Kiew (kommunal.at/ehrenmitgliedschaft-fuer-kiew-im-ausschuss-der-regionen), in Marseille sagte Apostolos Tzitzikostas, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen und Gouverneur der griechischen Region Zentralmakedonien: „3.000 Menschen in Marseille und 1,2 Millionen regionale und lokale Führungspersonlichkeiten in der EU stehen zur Ukraine und gegen die Invasion Russlands. Wir sind vereint, um unseren Nachbarn zu helfen, die Klimakatastrophe zu bewältigen, Extremismus zu bekämpfen und den territorialen Zusammenhalt zu fördern. Unser Manifest von Marseille fordert ein Europa, das schützt und das Leben der Bürger verbessert. Es ist Zeit für eine stärkere EU-Demokratie, die die Menschen in jeder Region, Stadt und jedem Dorf in den Mittelpunkt stellt.“

Emmanuel Macron, Präsident der Französischen Republik, übermittelte eine Botschaft an die Delegierten (wegen der Situation in der Ukraine konnte er nicht wie geplant persönlich teilnehmen):

„In einer Zeit, in der Frankreich und Europa Entscheidungen über entschiedene Unterstützung und massive Sanktionen treffen, weiß ich, dass die europäischen Gebiete die gleiche Stärke zeigen. Sie sind es, die unser Europa ausmachen, die uns zu einer Macht des Friedens machen, zu einer Macht im Dienste der Freiheit und der Gerechtigkeit machen. Gemeinsam zeigen wir die besten Gesichter Europas. Ein geeintes, enges, faires, demokratisches Europa. Diese Zeiten zeigen auch, wie sehr wir unsere europäische Souveränität stärken müssen. Kommunen haben ihren Platz in dieser gemeinsamen Arbeit.“

Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, nahm persönlich am Gipfel teil und betonte: „Regionen und Städte sind das schlagende Herz unserer Union. Den regionalen und lokalen Regierungen kommt eine klare Rolle bei der Sicherstellung der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit im Alltag der EU-Bürger zu. Wir wissen, wie wichtig lokale Bürgermeister:innen und Gouverneure der Regionen sind, um unser gemeinsames Projekt, unsere gemeinsamen Werte und Prinzipien zu fördern und zu pflegen. Wir dürfen nicht in Selbstzufriedenheit verfallen. Wir müssen wachsam bleiben. Unser Europäisches Haus der Demokratie ist kostbar. Wir werden es beschützen.“

Vasco Alves Cordeiro, Erster Vizepräsident des AdR, sagte: „Der Krieg in der Ukraine und unsere Diskussion hier über die europäische Demokratie sind eng miteinander verbunden. Wir können nicht den Fehler machen, die beiden zu trennen, unser Manifest und das, was wir wiederbeleben wollen, ist eigentlich das, was von der russischen Aggression in der

Renaud Muselier, Präsident der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur und sozusagen einer der Gastgeber des Gipfeltreffens im südfranzösischen Marseille, und **Apostolos Tzitzikostas**, Präsident des AdR, bei einer Pressekonferenz zur Deklaration der Solidarität mit der Ukraine.



Europaministerin **Karoline Edtstadler** war im Plenum „Neue Wege der repräsentativen Demokratie“ per Video zugeschaltet.



Landesrat **Martin Eichinger (NÖ)** saß mit **Kieran McCarthy** (links) aus dem irischen County Cork im Café Europe des ELL-Netzwerks und antwortete auf Fragen der jungen Regionalpolitiker:innen.



Die Zukunft der Demokratie in Europa und die Beteiligung der Jugend stehen ganz oben auf der Agenda des AdR. **Céline Geissmann**, Vizepräsidentin der ELL (The European Local Leaders, eine Jugendorganisation von Land- und Stadtpolitiker:innen unter 40) und Vizebürgermeisterin von Strasbourg.



Ukraine angegriffen wird. Dieser Krieg zeigt uns, dass wir Demokratie nicht als selbstverständlich hinnehmen können.“

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Demokratie und Demografie, **Dubravka Šuica**, sagte: „Wir können unsere Demokratie niemals als selbstverständlich ansehen, wir müssen jeden Tag und auf allen Ebenen gemeinsam daran arbeiten. Regionen und ihre Veranstaltungen ermöglichen es der EU, Bürger in allen Ecken Europas zu erreichen. Als ehemalige Bürgermeisterin (von Dubrovnik, Anm. d. Red.) unterstütze ich Ihre Forderung nach einer stärkeren Beteiligung der lokalen und



» **Es ist Zeit für eine stärkere EU-Demokratie**, die die Menschen in jeder Region, Stadt und jedem Dorf in den Mittelpunkt stellt.“

Apostolos Tzitzikostas, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

regionalen Gebietskörperschaften an der europäischen Demokratie.“

Die Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), die österreichische Juristin **Christa Schweng**, sagte: „Was wir heute mit den erschreckenden Entwicklungen in der Ukraine erleben, ist ein Angriff auf alle Werte, die uns als Gemeinschaft zusammenhalten. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass ‚Europäer zu sein‘ in erster Linie bedeutet, an einer Reihe von nicht verhandelbaren Werten festzuhalten, wie der Achtung der Freiheit, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte – all dies mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Männern und Frauen, im Mittelpunkt. Organisationen der Zivilgesellschaft sind der Beton unseres gemeinsamen Hauses der europäischen Demokratie.“

In der Erklärung des Gipfels zur Ukraine wird die EU aufgefordert, ukrainische Flüchtlinge umfassend zu unterstützen. Die Erklärung verurteilt aufs Schärfste die unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression von **Wladimir Putin** gegen die Ukraine und fordert die EU auf, ukrainischen Bürgern, die das Land verlassen, dringend den Flüchtlingsstatus nach dem EU-Asylgesetz zu gewähren.

Obwohl der Krieg in der Ukraine die Debatte dominierte, fanden auf dem zweitägigen Gipfel weitreichende Diskussionen über die Zukunft Europas, die Erholung nach der Pandemie und den Zusammenhalt statt – Schlüsselemente des am Ende des Gipfels verabschiedeten Manifests. Das Marseiller Manifest enthält Vorschläge zur Stärkung der demokratischen Legitimität der EU, einschließlich der Forderung, dass ihre Regionen, Städte und Gemeinden – durch den Europäischen Ausschuss der Regionen – schrittweise über ihre derzeitige beratende Funktion hinaus zu einer verbindlichen Rolle in einer begrenzten Anzahl von Politikbereichen aufgewertet werden: eine klare territoriale Dimension bei gleichzeitiger Vermeidung zusätzlicher Komplexität in der EU. ●

DIE „JUNGEN“ BEIM 9. GIPFELTREFFEN DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN:

JUNGE NICHT NUR „DULDEN“, SONDERN AGIEREN LASSEN

Wie junge gewählte Politikerinnen und Politiker die Lage sehen, was notwendig wäre und wie sie internationale Events empfinden, darüber sprach KOMMUNAL mit einigen von ihnen beim 9. Gipfeltreffen des Ausschusses der Regionen (AdR).

TEXT // HANS BRAUN

Was motiviert junge gewählte Politiker:innen zur Teilnahme an einem europäischen Event wie einem Gipfeltreffen des AdR? „Ich finde es schön und bereichernd, vor allem nach den vergangenen beiden Jahren, wo praktisch immer nur virtuelle Treffen möglich waren“, befindet die 27-jährige Sophia Kircher, Vizepräsidentin des Tiroler Landtages. „Gerade in einer Situation wie jetzt in der Ukraine braucht es ein starkes und solidarisches Auftreten in Europa.“

Überhaupt wurde der ganze Event Anfang März vom Krieg in der Ukraine überlagert. Während praktisch laufend Manifeste und Statements gegen Putins Krieg verabschiedet und Solidarität mit der Ukraine bekundet wurden, wurden auch eine Reihe von wichtigen Zukunftsthemen wie die Entwicklung der Demokratie und mehr Beteiligung der Frauen an der (Kommunal-)Politik behandelt. Sophia Kircher: „Ich bin der festen Überzeugung, dass es wichtig und richtig ist, junge Leute am Verhandlungstisch sitzen zu haben. Es ist zu wenig, Jungen nur hin und wieder die Möglichkeit zu geben, eine Rede zu halten. Man muss sie auf allen politischen Ebenen wie Bund, Land und Gemeinde ernst nehmen, sie anhören und in die Entscheidungen, die getroffen werden, miteinbeziehen.“

„Wir reden ja gerade heute (4. März, Anm. d. Red.) über Demokratie und die Bausteine der Demokratie – was eines meiner wesentlichen Anliegen ist“, stellt Peter Kurri fest. „Zum Beispiel finde ich, dass unsere Rechte als Bürger der Europäischen Union etwa auch das Wahlrecht beinhalten müssen. Also wenn ich die Niederlassungsfreiheit ausnütze, sollte ich auch einen Landtag oder den Nationalrat wählen dürfen.“



Sophia Kircher (27), Vizepräsidentin des Tiroler Landtages und Obfrau der Jungen ÖVP Tirol, Simon Salzer (28), Jugendgemeinderat der SPÖ in Nickelsdorf, und Peter Kurri (36), EU-Gemeinderat der SPÖ in Wiener Neustadt.

Voll des Lobes über das **YEP-Programm** ist Simon Salzer, Gemeinderat im burgenländischen Nickelsdorf. „Ich halte es für extrem wichtig für junge Mandatar:innen, sich einzubringen und mit den etablierten Politiker:innen mitzudiskutieren, Vorschläge einzubringen und einfach mitreden zu können.“

Sophia Kircher ergänzt: „Es ist auch sehr wichtig, Frauen die Teilnahme am politischen Leben zu ermöglichen, sie zu befähigen und ihnen gut zuzusprechen. Da gibt es ja bereits sehr viele positive Beispiele – es ist trotzdem noch ausbaufähig. Es ist einfach wichtig, politische Ämter paritätisch zu besetzen.“

Dieser Beitrag wurde redaktionell gekürzt – lesen Sie das ganze Gespräch auf kommunal.at/junge-nicht-nur-dulden-sondern-auch-agieren-lassen

YOUNG ELECTED POLITICIANS

Das Programm Young Elected Politicians (YEP) ist ein Netzwerk von Politikern, die nicht älter als 40 Jahre sind und ein Mandat auf regionaler oder lokaler Ebene in der EU innehaben. Eine Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen für die Teilnahme am Programm wird jedes Jahr veröffentlicht.

YEPs haben die Möglichkeit, über die YEP-Community mit anderen jungen Politiker:innen in Kontakt zu treten, an Schulungen zu EU-Themen und an vom AdR organisierten Aktivitäten teilzunehmen, darunter Treffen mit Berichterstattern, vom AdR organisierte Veranstaltungen und Seminare sowie andere Kommunikationsaktivitäten.

Das YEP-Programm 2022 ist ein Beitrag zum Europäischen Jahr der Jugend. Link zur Website: <https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/Yeps.aspx>

WIE WIR DIE ERDGASIMPORTE AUS RUSSLAND INNERHALB EINES JAHRES REDUZIEREN KÖNNEN

SCHMERZHAFTE KOMPROMISSE STEHEN INS HAUS

Die IEA stellte am 3. März der Europäischen Union einen 10-Punkte-Plan zur Verfügung, um die Abhängigkeit von russischen Lieferungen um mehr als ein Drittel zu verringern und gleichzeitig den europäischen Grünen Deal zu unterstützen – mit Notfalloptionen, um noch weiter zu gehen. Einiges davon wird in Österreich nicht unbedingt gut aufgenommen werden.

TEXT // HANS BRAUN

Die Europäische Union könnte ihre Importe von russischem Erdgas durch eine Kombination von Maßnahmen, die mit dem europäischen Green Deal vereinbar wären und die Energie-sicherheit und -erschwinglichkeit unterstützen würden, innerhalb eines Jahres um mehr als ein Drittel reduzieren, wie die Analyse der Internationalen Energie Agentur IEA zeigt.

Die Abhängigkeit Europas von russischem Erdgas wurde durch die Invasion Russlands in der Ukraine erneut deutlich unterstrichen. Ein 10-Punkte-Plan der IEA zur Verringerung der Abhängigkeit der EU umfasst eine Reihe ergänzender Maßnahmen, die in den kommenden Monaten ergriffen werden können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stehen in vollem Einklang mit dem European Green Deal der EU und ihrem „Fit for 55“-Paket und ebnen den Weg für weitere Emissionsreduzierungen in den kommenden Jahren.

2021 importierte die Europäische Union 155 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland, was etwa 45 Prozent der EU-Gasimporte und fast 40 Prozent ihres gesamten Gasverbrauchs entspricht. „Niemand macht sich mehr Illusionen. Russlands Nutzung seiner Erdgasressourcen als wirtschaftliche und politische Waffe zeigt, dass Europa schnell handeln muss, um bereit zu sein, im nächsten Winter mit erheblichen Unsicherheiten über die russischen Gaslieferungen konfrontiert zu werden“, sagte IEA-Exekutivdirektor Fatih Birol. „Der 10-Punkte-Plan der IEA bietet praktische Schritte, um die Abhängigkeit Europas von russischen Gasimporten innerhalb eines Jahres um mehr als ein Drittel zu verringern und gleichzeitig die Umstellung auf saubere Energie auf sichere und erschwingliche Weise zu unterstützen. Europa muss die dominierende Rolle Russlands auf seinen Energiemärkten schnell reduzieren und die Alternativen so schnell wie möglich hochfahren.“

Kadri Simson, EU-Kommissarin für Energie, sagte: „Die Verringerung unserer Abhängigkeit von russischem Gas ist eine strategische Notwendigkeit für die Europäische Union. In den letzten Jahren haben wir unsere Versorgung bereits erheblich diversifiziert, indem wir LNG-Terminals (LNG steht für Flüssigerdgas – auf Englisch: liquefied natural gas, Anm. d. Red.) und neue Verbindungsleitungen gebaut haben. Aber Russlands Angriff auf die Ukraine ist ein Wendepunkt. Die Kommission wird einen Weg

vorschlagen, wie Europa so schnell wie möglich unabhängig von russischem Gas werden kann. Die Analyse der IEA skizziert eine Reihe konkreter Schritte, die wir in Richtung dieses Ziels unternehmen können. Es ist ein sehr aktueller und wertvoller Beitrag zu unserer Arbeit.“

Zu den wichtigsten Maßnahmen, die im 10-Punkte-Plan der IEA empfohlen werden, gehören der Verzicht auf den Abschluss neuer Gasverträge mit Russland und die Maximierung der Gasversorgung aus anderen Quellen. Die Beschleunigung des Einsatzes von Sonne und Wind, die Nutzung vorhandener emissionsarmer Energiequellen wie Kernenergie und erneuerbarer Energien sowie verstärkte Energieeffizienzmaßnahmen in Haushalten und Unternehmen sind weitere Punkte.

Zusammengenommen könnten diese Schritte die russischen Gasimporte der Europäischen Union innerhalb eines Jahres um mehr als 50 Milliarden Kubikmeter oder mehr als ein Drittel reduzieren, schätzt die IEA. Dabei wird die Notwendigkeit einer zusätzlichen Wiederauffüllung der europäischen Gasspeicher im Jahr 2022 berücksichtigt. Viele der im Plan empfohlenen Maßnahmen – darunter die Intensivierung von Energieeffizienzmaßnahmen, der beschleunigte Einsatz erneuerbarer Energien und der Ausbau emissionsarmer Quellen für die Flexibilität des Stromsystems – sind Schlüsselemente der IEA-Roadmap zu Net Zero bis 2050.

Die IEA-Analyse stellt fest, dass der EU auch noch andere Wege offenstehen, wenn sie die Abhängigkeit von russischem Gas noch schneller reduzieren möchte oder muss – allerdings mit erheblichen Kompromissen. Die wichtigste kurzfristige Option wäre die Abkehr vom Gasverbrauch im Stromsektor durch eine verstärkte Nutzung der europäischen Kohleflotte oder durch die Verwendung fossiler Brennstoffe wie Öl in bestehenden Gaskraftwerken.

Die Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas wird für die EU nicht einfach sein und erfordert eine konzertierte und nachhaltige politische Anstrengung in mehreren Sektoren sowie einen intensiven internationalen Dialog über Energiemärkte und -sicherheit. Es gibt vielfältige Verbindungen zwischen den politischen Entscheidungen Europas und umfassenderen globalen Marktgleichgewichten. Eine verstärkte internationale Zusammenarbeit mit alternativen Pipeline- und LNG-Exporthäusern »



» Die Verringerung unserer Abhängigkeit von russischem Gas ist **eine strategische Notwendigkeit für die Europäische Union.**“

Kadri Simson, EU-Kommissarin für Energie



» **Niemand macht sich mehr Illusionen.** Russlands Nutzung seiner Erdgasressourcen als wirtschaftliche und politische Waffe zeigt, dass Europa schnell handeln muss.“

Fatih Birol, IEA-Exekutivdirektor

– und mit anderen großen Gasimporteuren und -verbrauchern – wird von entscheidender Bedeutung sein. Eine klare Kommunikation zwischen Regierungen, Industrie und Verbrau-

chern ist ebenfalls ein wesentliches Element für eine erfolgreiche Umsetzung. Als weltweit führende Energiebehörde wird die IEA weiterhin als Anlaufstelle für den globalen Dialog darüber dienen, wie eine sichere und nachhaltige Energiezukunft gewährleistet werden kann.


DIE 10 PUNKTE DER IEA

1. Unterzeichnen Sie keine neuen Gaslieferverträge mit Russland. [Auswirkung: Ermöglicht eine größere Diversifizierung des Angebots in diesem Jahr und darüber hinaus]
2. Ersetzen Sie russische Lieferungen durch Gas aus alternativen Quellen. [Auswirkung: Erhöht die nichtrussische Gasversorgung um rund 30 Milliarden Kubikmeter innerhalb eines Jahres]
3. Führen Sie Mindestverpflichtungen für die Gasspeicherung ein [Auswirkung: Erhöht die Widerstandsfähigkeit des Gassystems bis zum nächsten Winter]
4. Beschleunigen Sie die Einführung neuer Wind- und Solarprojekte. [Auswirkung: Reduziert den Gasverbrauch um sechs Milliarden Kubikmeter innerhalb eines Jahres]
5. Maximieren Sie die Stromerzeugung aus Bioenergie und Kernenergie. [Auswirkung: Reduzierung des Gasverbrauchs um 13 Milliarden Kubikmeter innerhalb eines Jahres]
6. Erlassen Sie kurzfristige Steuermaßnahmen für Markttagengewinne, um schutzbedürftige Stromverbraucher vor hohen Preisen zu schützen. [Auswirkung: Senkt Energierechnungen, selbst wenn die Gaspreise hoch bleiben]
7. Beschleunigen Sie den Ersatz von Gaskesseln durch Wärmepumpen. [Auswirkung: Reduziert den Gasverbrauch um weitere zwei Milliarden Kubikmeter innerhalb eines Jahres]
8. Beschleunigen Sie Verbesserungen der Energieeffizienz in Gebäuden und Industrie [Auswirkung: Reduziert den Gasverbrauch um fast zwei Milliarden Kubikmeter innerhalb eines Jahres]
9. Ermutigen Sie die Verbraucher zu einer vorübergehenden Reduzierung der Raumtemperatur um ein Grad Celsius. [Auswirkung: Reduziert den Gasverbrauch um etwa zehn Milliarden Kubikmeter innerhalb eines Jahres]
10. Intensivieren Sie Bemühungen zur Diversifizierung und Dekarbonisierung der Quellen für die Flexibilität des Stromsystems [Auswirkung: Lockerung der engen Verbindung zwischen der Gasversorgung und der Stromversorgungssicherheit Europas]

Zusätzliche Kraftstoffumschaltoptionen. Wie schon gesagt: Der EU stehen andere Wege zur Verfügung, wenn sie die Abhängigkeit von russischem Gas noch schneller reduzieren möchte oder muss – jedoch mit beträchtlichen Kompromissen. Die wichtigste kurzfristige Option wäre die Abkehr von der Gasnutzung im Stromsektor durch einen erhöhten Rückgriff auf Europas Kohleflotte oder den Einsatz von alternativen Brennstoffen – vor allem Flüssigbrennstoffen – in bestehenden Gaskraftwerken.

Da diese Alternativen zur Gasnutzung die Emissionen der EU erhöhen würden, sind sie nicht im hier beschriebenen **10-Punkte-Plan** enthalten. Sie könnten jedoch relativ schnell große Gasmengen ersetzen. Die IEA schätzt, dass eine vorübergehende Umstellung von gas- auf kohle- oder ölbefeuerte Erzeugung den Gasbedarf für Strom um etwa 28 Milliarden Kubikmeter reduzieren könnte, bevor es zu einem allgemeinen Anstieg der energiebedingten Emissionen in der EU kommt.

Der größere Anteil dieses potenziellen Rückgangs der Gasnachfrage wäre durch die Umstellung von Gas auf Kohle möglich: Zusätzliche 120 TWh in der Kohleerzeugung könnten die Gasnachfrage um 22 Milliarden Kubikmeter in einem Jahr senken. Zusätzlich zu den Möglichkeiten, mit Biomethan zu fahren, kann fast ein Viertel der EU-Flotte von Gaskraftwerken alternative Brennstoffe nutzen – fast alle in Form von flüssigen Brennstoffen. Die Nutzung dieser Fähigkeit könnte weitere sechs Milliarden Kubikmeter Erdgasbedarf pro Jahr ersetzen, abhängig von ausreichenden finanziellen Anreizen zum Wechseln von Brennstoffen und der Verfügbarkeit dieser Brennstoffe.

Wenn diese Brennstoffumstellungsoption zusätzlich zur vollständigen Umsetzung des 10-Punkte-Plans vollständig ausgeübt würde, würde dies zu einer jährlichen Verringerung der EU-Gasimporte aus Russland um insgesamt mehr als 80 Milliarden Kubikmeter oder deutlich mehr als die Hälfte führen, was immer noch zu einem bescheidenen Rückgang der Gesamtemissionen führten würde. 



Maximierung der Stromerzeugung aus Bioenergie und Kernenergie: Das Kernkraftwerk Dampierre das aus vier Druckwasserreaktoren besteht, liegt in der französischen Gemeinde Dampierre-en-Burly im Département Loiret in der Region Centre-Val de Loire, etwa 55 Kilometer östlich der Stadt Orléans am Ufer der Loire.

FOTO // JackF - stock.adobe.com



DER LINK ZUR IEA-STUDIE

www.iea.org/news/how-europe-can-cut-natural-gas-imports-from-russia-significantly-within-a-year

Lesen Sie mehr über die 10 Punkte der IEA unter kommunal.at/die-zehn-punkte-zur-reduzierung-der-abhaengigkeit-von-erdgas

POLIZEIBundesministerium
Inneres

GEMEINSAM KÖNNEN WIR MEHR SICHERHEIT ERREICHEN!

Polizeiarbeit im Wandel der Zeit.

Ziel von „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ ist, Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Sicherheit in ihrer Gemeinde oder Stadt mitwirken zu lassen, sowie den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei zu verbessern.



Alle Infos unter
[gemeinsamsicher.at](https://www.gemeinsamsicher.at)
und in der **mobilen App**

ARBEITSBESUCH

DEMOKRATISCHER NAHVERSORGER ZU BESUCH IN BRÜSSEL

Seitdem Belgien Anfang März auf Code Gelb umgestellt hat, beginnt langsam wieder das normale Leben. Nicht nur im Alltag, sondern auch bei der Arbeit.

TEXT // DANIELA FRAISS

Der Präsident des niederösterreichischen Gemeindebundes, Hannes Pressl, eröffnete sozusagen Mitte März die Europa-saison mit einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Brüssel, bei dem er nicht nur EU-Abgeordnete, Kommissionsvertreter und den österreichischen EU-Botschafter traf, sondern im Rahmen zweier Podiumsdiskussionen und eines Fachgesprächs auch ganz konkrete Anliegen der Gemeinden demonstrierte. Organisiert wurde das Ganze vom Land Niederösterreich und Landesrat Martin Eichtinger, der dem Brüsseler Publikum zahlreiche Best Practices aus Niederösterreich näherbrachte.

Must-have Breitband (Ländlicher Raum): Die vom Verbindungsbüro des Landes Niederösterreich organisierte Podiumsdiskussion zur Ortskernstärkung bot Gelegenheit, im Rahmen der Keynote nicht nur Best Practices aus Ardagger anzusprechen, sondern auch Forderungen an Europa zu richten: dass nämlich die Mehrwertsteuerrichtlinie interkommunale Zusammenarbeit nicht behindern darf, Raumordnung ureigenste kommunale Aufgabe ist und eine echte Folgenabschätzung europäischer Regeln den ländlichen Raum umfassend berücksichtigen muss. Vitale Ortskerne brauchen politisches Engagement, Umnutzung von Bestandsgebäuden und innovative Konzepte für Geschäftslokale. Und ohne flächendeckendes Breitband geht gar nichts mehr.

Bürger mitnehmen – Hausfrauen fragen (Grüner Deal): Es gibt natürlich unglaublich viele gute Ideen, wie man Europa nachhaltiger, grüner



und energieeffizienter machen kann. Präsident Pressl gab aber zu bedenken, dass die Gemeinde dort an ihre Grenzen stößt, wo der Bürger nicht mitmacht, sei es aus Bequemlichkeit, sei es aus Angst vor Veränderung. Die von ihm zitierte Hausfrau steht für die Entscheidungsträger in den Familien, die möglicherweise bewusster angesprochen werden müssen, wenn der Grüne Deal flächendeckend wirken soll.

Im Wirkungsbereich der Gemeinde passiert bereits jetzt sehr viel, die Wirtschaftlichkeit aller Maßnahmen hat jedoch Priorität. Für private Verhaltensänderungen sind Anreize und Förderungen wesentlich, was man derzeit beim „Raus aus dem Öl“-Bonus in Niederösterreich beobachten kann, der von Landesrat Eichtinger vorgestellt wurde und in der Gemeinde Ardagger einen Ansturm auf Installationsbetriebe ausgelöst hat.

Die beiden Veranstaltungen im Niederösterreichbüro waren wohl nicht nur wegen der hochkarätigen Podien gut besucht – durch die Bank freute man sich, Kollegen und Ansprechpartner endlich wieder in echt zu sehen. Jetzt ist es wieder möglich.

Am Podium beim Workshop „Green Deal or no Deal“: Claudia Crawford, Leiterin Konrad Adenauer Stiftung Wien, Peter Löffler, Vertreter EU-Kommission, Verena Ringler von der Agora European Green Deal, Hannes Pressl und Michael Losch, Sonderbeauftragter Grüne Industriepolitik.



MAG. DANIELA FRAISS
IST LEITERIN DES BRÜSSELER BÜROS DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

Der Beitrag wurde redaktionell gekürzt. Lesen Sie den ganzen Bericht auf kommunal.at/demokratischer-nahversorger-zu-besuch-bruessel

POLIZEI 

Polizei. Ein Leben voller Möglichkeiten.

Wichtige Aufgabe. Beste Ausbildung. Spannende Herausforderung.
Vielfältige Chancen. Starker Teamgeist. Kein Tag wie jeder andere.
Mehr Freiheit. Mehr Sicherheit für Österreich.
Wir sind dabei. Du auch? **Bewirb dich. Jetzt.**



Mehr über deine Karriere bei der Polizei auf
polizeikarriere.gv.at

INITIATIVE BREITBAND AUSTRIA 2030

ÖSTERREICHS WEG IN DIE GIGABIT- GESELLSCHAFT

Bis vor Kurzem haben wir die uneingeschränkte Kommunikation als selbstverständlich angesehen. Insbesondere seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie in Österreich ist uns jedoch die Bedeutung einer resilienten, flächendeckenden und leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur stärker ins Bewusstsein gerückt.

Um Arbeitsplätze und Lebensqualität langfristig zu sichern und auszubauen, hat sich die österreichische Bundesregierung daher zum Ziel gesetzt, Österreich zu einer der führenden Digitalnationen innerhalb der Europäischen Union weiterzuentwickeln. Im Bereich der Kommunikationsinfrastruktur – dem Fundament der Digitalisierung – sollen bis 2030 flächendeckend feste und mobile gigabit-fähige Anschlüsse verfügbar sein. Eine flächendeckende Verfügbarkeit von leistungsfähigen Datenverbindungen trägt insbesondere auch zur Chancengleichheit

zwischen Stadt und Land bei. Das ist für die Wirtschaft ebenso wichtig wie für die Menschen.

Neues Kapitel der Breitbandförderung. Das ist ein ambitioniertes Ziel, das nur in gemeinsamer Anstrengung mit den Gemeinden, Ländern und Unternehmen erreicht werden kann. Um den Breitbandausbau in den ländlichen Regionen voranzutreiben, stellt die Bundesregierung 1,4 Milliarden Euro bis zum Jahr 2026 zur Verfügung. Mit dem Start der Ausschreibungen der Förderungsinstrumente der Initiative Breitband Austria

2030 wird ein neues Kapitel in der Breitbandförderung in Österreich aufgeschlagen. Diese unterstützen die flächendeckende Verfügbarkeit von gigabit-fähigen Zugangsnetzen sowie die Stimulation der Nutzung dieser Infrastruktur.

Die Initiative Breitband Austria 2030 umfasst vier Förderungsinstrumente:

- Die Förderungsprogramme **Access** und **OpenNet** richten sich an Betreiberinnen und Betreiber von Telekommunikationsnetzen und Gemeinden. Im Vordergrund steht dabei das Ziel einer flächendeckenden

Versorgung von Haushalten, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen mit gigabit-fähigen Zugangsnetzen und der damit verbundenen Möglichkeit, innovative Dienste zu nutzen.

- Das Förderungsprogramm **Connect** strebt die Verfügbarkeit von symmetrischen Gigabit-Zugängen in Bereichen mit besonderem sozioökonomischem Schwerpunkt an. Zielgruppe sind KMU, EPU, öffentliche Einrichtungen, land- bzw. forstwirtschaftliche sowie Fischer-Betriebe im gesamten Bundesgebiet, die bereits heute Bedarf an einem

Glasfaseranschluss haben.

- Das Förderungsprogramm **GigaApp** ergänzt die Infrastrukturförderungen im Rahmen der Initiative Breitband Austria 2030 um die Förderung des Anwendungsbereichs. Durch die Entwicklung innovativer digitaler Anwendungen und Dienste soll die Nachfrage nach gigabit-fähigen Internetzugängen stimuliert werden.

Regionale Gigabit-Anwendungen entwickeln. Im Förderprogramm „BBA2030: GigaApp“ steht die Entwicklung digitaler Anwendungen und Dienste unter Berücksichtigung lokaler Bedingungen in regional verankerten Konsortialprojekten im Vordergrund.

Das zentrale Förderungsziel bezieht sich auf die Förderung und Entwicklung innovativer digitaler Anwendungen und Dienste auf Basis von gigabit-fähiger Infrastruktur. Zudem ist die Entwicklung innovativer digitaler Anwendungen und Dienste bis zum kommerziellen Prototyp am regionalen Bedarf und auf Basis gigabit-fähiger Infrastruktur ausgerichtet.

KONTAKT & INFOS:

BMLRT - Breitbandbüro:
www.breitbandbuero.gv.at;
breitbandbuero@bmlrt.gv.at

FAIRNESS-BÜRO

Für faire Geschäftspraktiken in der Lebensmittelkette

Bäuerinnen und Bauern und kleine Verarbeitungsbetriebe tragen mit ihrer Arbeit zur Lebensqualität von uns allen bei. Wenn die Marktmacht der Großen aber da oder dort zu bewusstem Missbrauch führt, schadet das der Landwirtschaft und letztlich auch den Konsumentinnen und Konsumenten. Daher ist gesetzlich sichergestellt, dass unfaire Geschäftspraktiken wie unter anderem einseitige Änderungen von Lieferbedingungen oder kurzfristige Stornierungen verderblicher Lebensmittel der Vergangenheit angehören.

Um Betroffene bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus das unabhängige und weisungsfreie Fairness-Büro eingerichtet. An dieses können sich Bäuerinnen und Bauern sowie Erzeugergemeinschaften und Lieferbetriebe wenden. Sämtliche Anliegen werden kostenlos, anonym und vertraulich behandelt.

WEITERE INFOS:

www.fairness-buero.gv.at

FOTO // ArtBuyer.at/BMLRT

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLRT



ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLRT

 **Bundesministerium**
 Landwirtschaft, Regionen
 und Tourismus

Großkonzerne üben großen Druck auf unsere bäuerlichen Familienbetriebe aus. Ein neues Gesetz macht jetzt Schluss mit unfairen Geschäftspraktiken. **Seit 1. März bietet das neue Fairness-Büro des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus** schnelle, kostenlose und anonyme Hilfe für Betriebe. Von unfairen Geschäftspraktiken Betroffene entlang der Lebensmittelkette können einfach und unkompliziert eine Beschwerde einbringen. Harte Arbeit verdient einen fairen Preis! Näheres unter: www.fairness-buero.gv.at

GESTALTEN & ARBEITEN

BAUHOF

Die Fuhrparks der
Gemeinden

Seite 52

INFOGRAFIK

Das sind Typen und
Bestand der Fuhrparks

Seite 54

INVESTITIONEN

Viel Geld in Bildung und
Straßenbau

Seite 62



STRASSENBAU MUSS NEUE WEGE GEHEN

Die Umweltbedingungen ändern sich mehr und mehr – daran kann niemand vorbeigehen. Das betrifft auch alle Bereiche der Gemeinde, so auch den Straßenbau. Mit den vermehrt auftretenden Starkregenereignissen bekommt der Aspekt der Entwässerung immer mehr Bedeutung. Ob es dafür auch einen neuen oder anders bestückten Fuhrpark braucht, haben wir uns in dieser Ausgabe angesehen.

NEUE REGELBLÄTTER DES ÖWAV

ZUKUNFTSORIENTIERTE STRASSENENTWÄSSERUNG

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch in Österreichs Gemeinden durch vermehrte Extremwetterereignisse deutlich spürbar. Hitzetage nehmen zu und manche Regionen Österreichs sind mit Wasserknappheit konfrontiert. Aber auch das Gegenteil tritt oft ein – und zu viel Wasser kann auch zerstörerisch wirken.

TEXT // ELISABETH HABERFELLNER-VEIT/
HEINZ LACKNER/ GÜNTHER KONHEISNER

Starkregenereignisse treten häufiger und intensiver auf und können zu Überflutungen und Überlastungen der Abwassersysteme führen. Die fortschreitende Ausdehnung der Siedlungsgebiete und der Verkehrswege ist mit einer dauerhaften Versiegelung von Flächen und mit einem Eingriff in den natürlichen Wasserhaushalt verbunden.

Anfallende Niederschlagswässer können immer weniger natürlich in den Untergrund versickern, wodurch auch die Grundwasserneubildung und damit die Möglichkeiten der Nutzung des Grundwassers verringert werden. Zudem führt die Flächenversiegelung zu einer Verschärfung des Oberflächenabflusses und erhöht die Folgen dieses sogenannten pluvialen Hochwassers.

Um den mit dieser Entwicklung verbundenen nachteiligen Folgen für das Grundwasser entgegenzuwirken, sollte eine geordnete und den örtlichen Gegebenheiten entsprechende Versickerung in den Untergrund stattfinden. Ist eine Versickerung nicht zulässig oder nicht möglich, ist eine Einleitung in ein Oberflächengewässer erforderlich. Hier ist eine Drosselung des Abflusses in Kombination mit Retentionsmaßnahmen anzustreben, um so eine Überlastung der Gewässer hintanzuhalten und die Überflutungsgefahr nicht weiter zu erhöhen.

Zum Schutz des Grundwassers sowie der Ge-

„**Grundsätzlich sollte eine dezentrale Versickerung der Straßenwässer möglichst breitflächig über die Böschungsschulter oder in begrünten Sickermulden angestrebt werden.**“

wässer vor Verunreinigung und Verschmutzung ist daher sowohl bei Versickerungen als auch bei Einleitungen eine hinreichende Reinigung der anfallenden Niederschlagswässer über sogenannte Gewässerschutzanlagen erforderlich. Hierfür stehen unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung. Neben Systemen mit mineralischem Filter oder Rasen gibt es auch Systeme mit Boden- oder technischen Filtern. Ergänzende Reinigungsmaßnahmen wie z. B. Schlammfänge, Filterschächte oder Absetzbecken, die den Versickerungsanlagen bzw. der Einleitstelle vorgeschaltet werden, können darüber hinaus zum Einsatz kommen. Speziell bei Verkehrsflächen kann auch die Vorschaltung eines Verkehrsflächensicherungsschachtes oder einer Mineralölabscheideranlage zweckmäßig sein.

Im Siedlungsraum kann der Regenwasserabfluss durch eine Vielzahl an Verunreinigungen belastet sein. Insbesondere Verkehrsflächen sind für den Eintrag von Feststoffen (z. B. Reifen- und Bremsabrieb), Schwermetallen, Ölrückständen und organischen Spurenstoffen (z. B. PAK) verantwortlich. Während Rad- und Gehwege nur gering verschmutzt sind, ist bei Siedlungs- und Freilandstraßen eine deutlich höhere Belastung zu erwarten.

Alleine der Straßenbau beansprucht laut Umweltbundesamt seit 2013 rund 4 bis 13,5 km² pro Jahr, das sind etwa 1,1 bis 2,4 ha/Tag. Diese Flächen müssen ordnungsgemäß entwässert und wieder dem natürlichen Wasserkreislauf zugeführt werden.



Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) beschäftigt sich in seinen beiden Regelblättern 35 „Einleitung von Niederschlagswasser in Oberflächengewässer“ sowie 45 „Oberflächenentwässerung durch Versickerung in den Untergrund“ und dem Expert:innenpapier „Pluviales Hochwasser/Oberflächenabfluss“ mit dem breiten Thema einer praxis- und zukunftsorientierten Siedlungs- und insbesondere auch Straßenentwässerung. Beide Regelblätter können über www.oewav.at/publikationen erworben werden. Weiters steht hier das ÖWAV-Expert:innenpapier „Pluviales Hochwasser/Oberflächenabfluss“ zum Gratis-Download zur Verfügung. Diesen Herbst veranstaltet der ÖWAV außerdem ein Praxisseminar zur Versickerung und Einleitung von Niederschlagswässern.

Die qualitative und quantitative Eignung von Oberflächengewässern und des Grundwassers für eine Einleitung bzw. für eine Versickerung muss bereits im Vorfeld der Planung von Entwässerungsanlagen geprüft werden. Hierzu sind insbesondere an möglichen Standorten von Gewässerschutzanlagen die Untergrundverhältnisse (Sickerfähigkeit, freier Sickerraum, maßgebender Grundwasserstand, Hochwasserabflussbereich) zu untersuchen.

Grundsätzlich sollte eine dezentrale Versickerung der Straßenwässer möglichst breitflächig über die Böschungsschulter oder in begrünten Sickermulden angestrebt werden. Ist dies nicht möglich, kann eine Einleitung in zentrale Entwässerungseinrichtungen (Beckenanlagen) erfolgen.

Bei der Planung von Entwässerungsmaßnahmen für Straßenwässer ist neben einer allfällig erforderlichen Reinigung der Wässer und einer Beachtung möglicher Überflutungen auf Nachbargrundstücken durch Einleitung zu großer Regenmengen auch auf Auswirkungen durch Chlorid aus dem Winterdienst auf Oberflächengewässer und das Grundwasser zu achten. Zudem sollten Wässer aus dem Straßeneinzugsgebiet soweit als möglich getrennt vom Niederschlagswasser aus Außen- und Fremdeinzugsgebieten erfasst und abgeleitet werden. >>



●● Straßenentwässerung durch Versickerung über einen Bodenfilter.

● Autobahntwässerung im Bereich Altllengbach.

Ist die Anlage errichtet, ist ein fachgerechter Betrieb und eine regelmäßige Wartung und Kontrolle der Gewässerschutzanlagen essenziell. Dabei sollte vor allem eine regelmäßige Mahd vorgenommen, aufkommende Sträucher entfernt, ein durchgehender Rasenbewuchs sichergestellt und der baulich ordnungsgemäße Zustand überprüft werden. Nur so kann die Funktionstüchtigkeit der Anlage gewährleistet werden. Gegebenenfalls sind auch zusätzlich alle fünf Jahre (bzw. nach Vorschreibung der Wasserrechtsbehörde auch in kürzeren Abständen) Überprüfungen der Ablaufqualität des gereinigten Wassers durchzuführen.

Eine Vermeidung von Schäden durch Oberflächenabfluss kann nur durch eine Kombination

von Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und des Straßen-, Kanal- und Wasserbaus erreicht werden. Insbesondere ist bereits im Rahmen der Raumplanung und des Baurechts auf potenziell gefährdete Bereiche einzugehen. Im Zuge des Straßenbaus ist in diesem Zusammenhang auf eine geordnete Ableitung von Überlaufwässern aus der Kanalisation zu achten. Dies kann z. B. durch ein entsprechendes Quergefälle auf Verkehrsflächen, die passende Anordnung von Bordsteinen, Errichtung von Flutmulden oder die Entflechtung von Kanalnetzen erfolgen. ●



DI **ELISABETH HABERFELLNER-VEIT** IST ÖWAV-BEREICHSLEITERIN DER FACHGRUPPE „BETRIEBLICHER UMWELTSCHUTZ“, DI DR. **HEINZ LACKNER** VOM AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG UND DI **GÜNTHER KONHEISNER** VOM AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG SIND STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DER FACHGRUPPE „BETRIEBLICHER UMWELTSCHUTZ“ IM ÖWAV UND FUNGIERTEN ZUSÄTZLICH ALS LEITER DER FÜR DIE ERSTELLUNG DER REGELBLÄTTER 35 BZW. 45 ZUSTÄNDIGEN AUSSCHÜSSE.

FOTOS // ÖWAV/Titzer // Pflug // privat

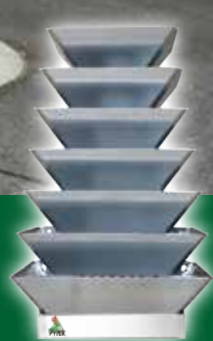


Klima verbessern
Gemeinde verschönern
Verkehr beruhigen

Ausführliche Infos unter:
www.pyra.berlin
Oder am Telefon:
+ 49 30 63 22 71 700



PYRA – Pflanzgestelle für den öffentlichen Raum



PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER



Straßenbau und Fuhrpark – ein kommunales Tandem

In dieser Ausgabe setzt sich KOMMUNAL mit den Bereichen Straßenbau und Fuhrpark auseinander. Zwei Themenfelder, die in den Kommunen laufend diskutiert werden, meist im Zusammenhang mit E-Mobilität, Klimawandel oder aktuell auch mit der ökosozialen Steuerreform. Wenn es in den Gemeinden etwa um den Straßenbau geht, spielen die Finanzen eine tragende Rolle. Es gilt beim Straßenbau sämtliche Stakeholder, wie etwa Bedienstete, externe Firmen oder Anrainer, zu berücksichtigen. Diese Vielfalt an Beteiligten erfordert oft einen komplexen Planungsprozess. Um die Kosten für die Umsetzung niedrig zu halten und die notwendi-

gen Arbeiten durchführen zu können, setzen die Gemeinden zunehmend auf einen optimalen Mix aus eigenen und fremden Fahrzeugen.

Dafür wird ein modernes und effizientes Fuhrparkmanagement benötigt. Dieses muss den ökologischen und ökonomischen Anforderungen entsprechen, da es für vielfältige Aufgaben in den Gemeinden benötigt wird – wie etwa Hochbau, Grabungsarbeiten, Sanierung oder Grünpflege. Durch die unterschiedlichen Nutzungsarten werden diverse Typen von Fahrzeugen benötigt. Laut dem aktuellen Pitters® KOMMUNALTrend setzen die Gemeinden bei der Investition in Maschinen immer öfter auf alternative Antriebstechnologien, be-

sonders nach der Ankündigung der in Zukunft anfallenden CO₂-Bepreisung. Zusätzlich sind die Geräte mit GPS und konkreten Steuereinheiten auszustatten. Im langjährigen Schnitt wird jährlich rund eine Milliarde in die Bereiche Fuhrpark und Straßenbau investiert und die Maßnahmen müssen langlebig, adaptierfähig und verbrauchsarm sein. Diese Vorgehensweise trägt zu einer gezielten Erhöhung der Versorgungsqualität und gleichzeitig zur Kostenreduktion in den Gemeinden bei.

✉ office@pitters.at
www.pitters.at

Cat Baggerlader

432

Mehr Leistung und weniger Verbrauch

Die Cat Baggerlader sind wahre Alleskönner. Nicht nur durch ihre Vielseitigkeit punkten sie auf allen Linien, sondern auch beim Krafteinsatz sind sie für Kommunen eine sehr gute Wahl.

Der Fahrkomfort wurde deutlich verbessert. Die Konsolen für Joysticks und andere Bedienelemente wurden direkt am Sitz angebracht, um dem Fahrer mehr Komfort und Kontrolle bieten. Sie bleiben beim Drehen des Sitzes beim Fahrer, um die Funktionen des Laders und Baggers zu steuern.



zeppelin-cat.at

ZEPPELIN **CAT**

ORTSLEITSYSTEME / STRASSENBEZEICHNUNG / HAUSNUMMERN

WEGWEISENDE BESCHILDERUNG VON BAYER SCHILDER

Die immer komplexer werdenden Probleme stetig steigenden Verkehrsaufkommens in Orten und Gemeinden fordern neben der Anbringung von Verkehrszeichen zusätzliche Informationsträger wie Leitsysteme. Diese ermöglichen die rasche Wegweisung zu Parkplätzen, Gewerbebetrieben, Sport- und Fremdenverkehrseinrichtungen sowie allen öffentlichen Einrichtungen. Langfristige und präzise Planung ist, neben technischer Kompetenz und fachgerechter Montage, der Garant für die Umsetzung perfekter Leitsysteme. Diese

Erfahrung bringen wir als renommiertes Verkehrszeichenerzeuger mit.

Richtungsweisende Schildersysteme für die Außenanwendung erlauben eine fast unbegrenzte Vielzahl an Variations- und Gestaltungsmöglichkeiten. Es gibt verschiedene Säulenformen, Text- und Zusatzprofile. Mit deren Hilfe und zusätzlichen Flächen aus Aluminium, PVC, Acryl oder Lochblech können Aufsteller äußerst variabel gestaltet werden. Diese Aufsteller können beleuchtet oder unbeleuchtet konstruiert werden.

Unsere Materialien in eloxiert oder pulverbeschichtet sind sehr robust und im Außeneinsatz unverwundlich.

Eine einheitliche und übersichtliche Beschilderung mit Straßenbezeichnungen und Hausnummerntafeln ist wichtig für den Ernstfall. Denn gerade bei Notfällen müssen die Rettungsorganisationen sich rasch orientieren können, jede Minute kann lebensrettend sein.



KONTAKT

Bayer Schilder GmbH
 +43 (0)7259 / 2379-0
 E-Mail: office@bayer.co.at
 Internet: www.bayer.co.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



UNSER PICKUP STORE:

Ware online oder über unseren Telefonverkauf bestellen und spätestens nach 15 Minuten bei uns in Gerasdorf abholen!

IHR STARKER SYSTEMANBIETER IM TIEFBAU

UNSER SORTIMENT

- Trinkwassersysteme
- Abwassersysteme
- Schächte & Entwässerung
- Armaturen
- Kabelschutz
- Umwelttechnik
- Gas

DAS BIETEN WIR IHNEN

- Österreichweite Lieferung innerhalb von 24 Stunden auf Ihre Baustelle durch das größte Logistik Netzwerk der Branche
- Online Shop & App
- Verleges Schulungen auf Ihrer Baustelle
- Erstes Tiefbau Abhollager in Gerasdorf



OFFENE RECHNUNGEN

DAS UNGELIEBTE PROBLEM JEDER GEMEINDE

Steuern, gemeindeeigene Leistungen, Mieten usw. – dass diese Forderungen tatsächlich eingehoben werden, liegt in Österreich in der Verantwortung der Gemeinden. Nicht oder nur schleppend bezahlte Gebühren und Abgaben sind für jede Gemeinde nicht nur eine lästige Angelegenheit, sondern belasten teils beträchtlich das Gemeindebudget.

Dabei ist es kein Geheimnis, dass es für Gemeinden aus politischen Gründen oft sehr schwierig ist, die nötige Strenge in der Betreuung der Forderungen einzuhalten.

Es bleibt der Entscheidung der betreffenden Gemeinde



„Bei privatrechtlichen Forderungen ist die Einschaltung des AKV für die Betreuung von Gemeindeforderungen durchaus zulässig“, so Hans Musser, geschäftsführender Direktor des Gläubigerschutzverbands AKV.

überlassen, welche zweckmäßigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Betreuung der Außenstände zur Sicherung der Liquidität der Gemeinde getroffen werden.

Die Tätigkeit des AKV ist allerdings für Gemeinden vorteilhaft, da diese eine Zwischenstufe zwischen den eigenen Mahnungen der Gemeinden und der Exekutionsführung darstellt. Eine aktive außergerichtliche Betreuung durch den AKV ist für die Gemeinde wesentlich effizienter. Sie spart der Gemeinde eigenes Personal und erhöht die Einbringungschancen.

Durch viele professionelle außergerichtliche Interventi-

onen (schriftlich, telefonisch und persönlich) gelingt es meist Zahlung zu erreichen. Die Erfolgsquote ist durch die Spezialisten des Alpenländischen Kreditorenverbands, die mit viel Fingerspitzengefühl jeden Fall bearbeiten, entsprechend hoch.



MEHR INFOS

AKV EUROPA, Alpenländischer Kreditorenverband
 Tel.: +43(0)5 04 1000
 Fax: +43(0)5 04 100-1522
 Schleifmühlgasse 2, 1040 Wien
www.akv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



CONTAINEX

Raum zum Wohlfühlen

- Ideal als langfristige oder temporäre Raumlösung (z.B. Kindergärten und Schulen)
 - Angenehmes Raumklima dank optimaler Wärmedämmung
 - Brandschutz (R)EI30 serienmäßig
- www.containex.com

OIB6 konform +



*U-Werte gem. OIB RL6

KOMMUNAL-UMFRAGE

DIE FUHRPARKS DER GEMEINDEN

Vor fünf Jahren führte KOMMUNAL eine Umfrage unter den Bauhofleitern durch, die sich um den Zustand der gemeindeeigenen Fuhrparks drehte. Nun wurde die Umfrage wiederholt und zeigt interessante Entwicklungen.

Daten, die zu den Fuhrparks der Gemeinden vorliegen, gibt es praktisch nicht. Dieses Erkenntnis war für KOMMUNAL Anlass genug, im Jahr 2017 eine erste, vorsichtige Erhebung durchzuführen. Eine valide und vollständige Datenbank über den Fahrzeugbestand der österreichischen Kommunen wäre nur machbar, wenn diese von sämtlichen Bauhofleitern oder vergleichbaren Verantwortlichen ständig gepflegt und aktuell gehalten würde. Angesichts der Fülle an sonstigen Aufgaben ist das daher gegenwärtig reine Theorie. Um dennoch einen ungefähren Eindruck zu bekommen, haben wir uns bei der Umfrage 2017 auf Gemeinden um die 3.000 Einwohner und Einwohnerinnen (+/- 500) konzentriert. Nun, fünf Jahre später, haben wir neuerlich nachgefragt und zwecks Vergleichbarkeit abermals alle Gemeinden dieser Größenordnung angeschrieben.

Die Rücklaufquote war auch diesmal beeindruckend hoch und von West nach Ost zunehmend, was bedeutet, dass inneralpine Gemeinden leicht unterrepräsentiert sind. Natürlich handelt es sich dabei um keine repräsentative Umfrage, aber die oft sehr ähnlichen Zahlen legen nahe, dass die Datenqualität eine recht präzise ist, da dieses Mal etliche Gemeinden dabei waren, die 2017 nicht mitgemacht haben.

Wie lauten nun die Ergebnisse der Umfrage?

Auf der nächsten Doppelseite sind die Ergebnisse grafisch aufbereitet. Einige Umstände sind allerdings insbesondere im Vergleich zu 2017 eine nähere Betrachtung wert. Konsequenterweise ist der ewige Wunsch der Bauhofleiter nach LKWs mit einem Kranausleger. Kaum eine Gemeinde hat so ein Fahrzeug, bei den Bauhofleitern steht es aber überproportional oft auf der Wunschliste ganz weit oben. Das war 2017 schon so und ist 2022 noch ausgeprägter.

Den Zahlen nach bleibt der Wunsch allerdings in der Regel unerfüllt und es wird zugunsten des Kaufs eines anderen Fahrzeugs entschieden. Die Listen der anzuschaffenden Fahrzeuge sind grundsätzlich kürzer geworden und die Zahl jener Gemeinden, die aktuell gar kein Fahrzeug benötigen, ist deutlich gestiegen.

Bei den Problemen, die es im Zusammenhang mit den Fuhrparks gibt, bleibt die Finanzierungsfrage unangefochten auf Platz eins. Verändert haben sich aber zwei Dinge. Zum einen nehmen die Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden, stetig zu, wobei es häufiger als früher an den erforderlichen Führerscheinen scheitert, zum anderen werden Wartung und Reparaturen langwieriger und teurer, was auf die komplexeren Systeme zurückgeführt wird. In Eigenregie und ohne PC kann kaum noch etwas selbst ausgetauscht oder instand gesetzt werden. Bezüglich Ausschreibungen wird die mangelnde Vergleichbarkeit etliche Male kritisiert.

Bei den meistgenutzten Fahrzeugmodellen bleibt der Unimog über alle Kategorien hinweg unangefochten das meistgenannte Gefährt. Bei den Kleintransportern bzw. Kastenwagen liegt der VW Caddy nur noch hauchdünn voran. Hier zeigt sich in Marken Hinsicht ein deutlich diversifizierteres Bild als 2017. Zwar bleibt VW grundsätzlich eine beliebte Marke, auch was die Pritschen und Kleinbusse anbelangt, andere Hersteller wie z. B. Dacia (in Form von Duster Pick-up oder Dokker) haben aber an Relevanz zugelegt. Bei der E-Mobilität ist die Elektrovariante des Renault Kangoo mit großem Abstand das meistgenutzte Fahrzeug (2017 hingegen Renault ZOE).

„**Die Finanzierung ist schwierig,** da wir als Gemeinde nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind.“

Bauhofleiter
aus Kärnten



Der Muli in diversen Ausführungen ist ein beliebter und vielseitiger Transporter der Reformwerke Wels, der in zahlreichen heimischen Bauhöfen zum Einsatz kommt.

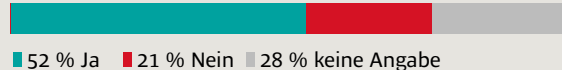


Der Renault Kangoo Z.E. ist das häufigste Elektro-Fahrzeug in Bauhöfen von Gemeinden mit rund 3.000 Einwohnern.

KOMMUNAL FUHRPARK-UMFRAGE

E-FAHRZEUGE

● HAT SICH DER EINSATZ VON E-FAHRZEUGEN BEWÄHRT?



● WOLLEN SIE DEN EINSATZ VON E-FAHRZEUGEN AUSWEITEN?



Weitere Ergebnisse der Fuhrparkumfrage finden Sie auf der nächsten Seite. >>

Die Elektromobilität liefert ohnehin die interessantesten Ergebnisse. Man würde nämlich gerne, kann aber nicht so recht. So gibt es zwar einen Zuwachs von zehn Prozent im Vergleich zu 2017, womit nun mehr als die Hälfte der Gemeinden zumindest ein E-Fahrzeug besitzen. (Meist bleibt es übrigens auch nur eines. Manchmal sind es zwei, mehr als zwei aber nur sehr selten.) Die Einsatzgebiete der E-Fahrzeuge sind allerdings sehr überschaubar. Zumeist sind es PKW, die für „Essen auf Rädern“ oder für Fahrtendienste eingesetzt werden. Auch für Wasserwerk bzw. Wasserwarte wurden sie mehrmals genannt. Daneben gibt es mancherorts auch ein E-Car für Carsharing-Angebote an die Bevölkerung, die mitunter aber mangels Interesse auch schon wieder eingestellt wurden. Grundsätzlich scheint bei den E-PKW ein gewisser Sättigungsgrad erreicht zu sein. Der überwiegende Anteil der Gemeinden plant keine Ausweitung ihrer E-Flotte mehr. Für den ein oder anderen überraschend mag hingegen die Beliebtheit von E-Lastenrädern sein. Einige Gemeinden haben bereits eines, noch mehr planen, eines zeitnah anzuschaffen. Hier scheint noch Luft nach oben vorhanden zu sein. Bei den größeren Nutzfahrzeugen bleibt E-Mobilität die Ausnahme. Hier und da entschloss man sich zu einem E-Pritschenwagen oder E-Transporter. Das war's dann aber auch schon. Die negativen Erfahrungen überwiegen klar. Meistgenannt ist

die zu geringe und unberechenbare Reichweite, hinzu kommt der Leistungsabfall bei Kälte, im Winter. Für Gemeinden mit hügeliger oder bergiger Topografie wird die Nutzung so zu einem Glücksspiel. Der kontinuierliche Leistungsabfall der Akkus im Laufe der Jahre sowie die geringe Belastbarkeit bei Beladung sind weitere Kritikpunkte. Grundlegend bemängelt wird der kaum vorhandene Markt an E-Fahrzeugen, die für den Bauhof geeignet sind, wie z.B. einer Pritsche mit Kipperaufbau. Wenn ein Angebot vorhanden sei, dann zu einem unrealistischen Preis, der in keinem Verhältnis zu einem Benzin/Diesel-Auto stehe und sich auch nach Jahren nicht rentieren könne.

Abgesehen von der Elektromobilität sind die Verhältnisse auf den Bauhöfen recht stabil.

Traktoren bleiben die Arbeitstiere, Kleintransporter und Kastenwägen haben leicht zugenommen. Das Auslagern des Fuhrparks bzw. der Grünraumpflege oder des Bauhofes an externe Firmen ist weiterhin die Ausnahme und sich Fahrzeuge mit anderen Gemeinden zu teilen, bleibt ebenso unbeliebt wie selten. Große Probleme haben weiterhin Bauhöfe mit weniger als einer Handvoll Mitarbeitern. Personalausfälle können sie kaum kompensieren und Fahrzeugausführungen, die eine Person alleine bedienen kann, sind gerade für diese kleinen Gemeinden, die sie am dringendsten benötigen würden, meist unerschwinglich. Zur Umfrage >>

BAUHOFLeiter ÜBER ELEKTRO-NUTZFAHRZEUGE

„Durch die E-Motoren kann der benötigte Öldruck (Nebenantrieb) nicht erzeugt werden, um die Zusatzgeräte zu betreiben.“

„Der Einsatz des Elektroautos für Essen auf Rädern hat sich sehr gut bewährt. Nur die Akkuleistung lässt jedes Jahr mehr nach.“

„Wir haben ein E-Auto für Essen auf Rädern und eines für Car-Sharing (Eigentümer und Betreiber ist ein regionaler Verband). Weil sie teuer sind und ihre Reichweite nicht zufriedenstellend ist, ist eine Ausweitung nicht beabsichtigt.“

„Das Vergaberecht ist schlecht anwendbar, wenn man ein bestimmtes Gerät bevorzugt.“

Bauhofleiter
aus Salzburg

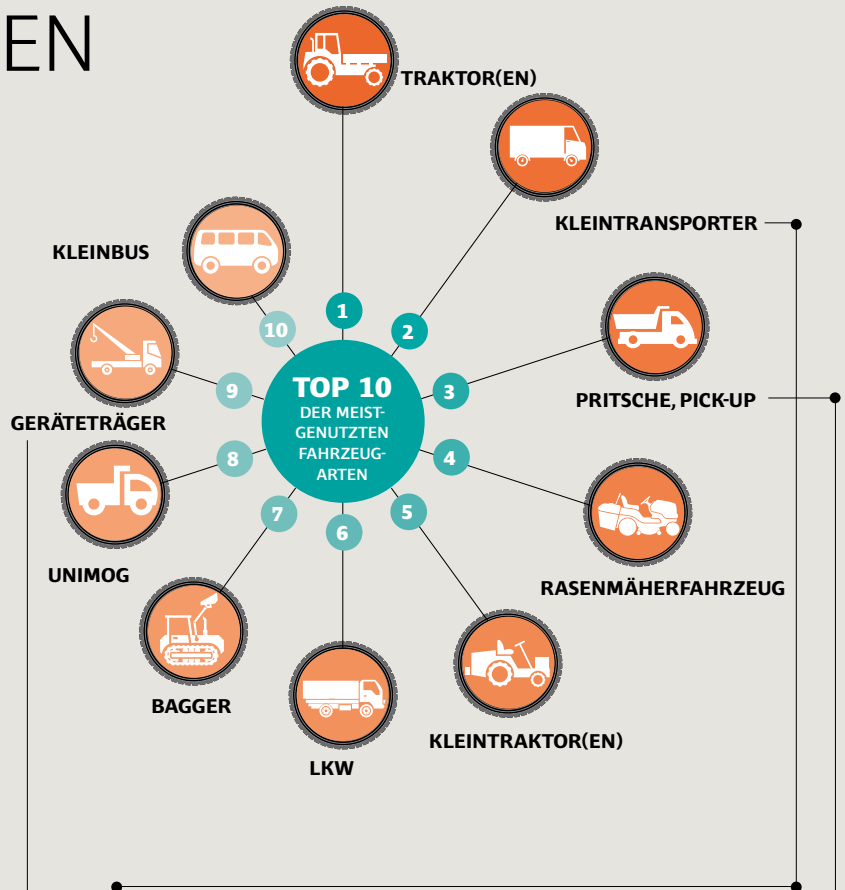
KOMMUNAL-INFOGRAFIK

DIE FUHRPARKS DER GEMEINDEN

FAHRZEUGTYPEN & -BESTAND

● DIE MEISTGENUTZTEN FAHRZEUGTYPEN IN ÖSTERREICHS GEMEINDEN

Der klassische Traktor ist nicht nur das häufigste Gemeindefahrzeug, sondern auch das weitestverbreitete. Knapp drei Viertel aller Gemeinden haben zumindest einen, einige sogar bis zu vier. Gemeinden die keinen besitzen, haben fast immer einen Bagger und/oder eine überdurchschnittliche Zahl an Kleintraktoren.



○ BELIEBTESTE FAHRZEUG-MODELLE IN DEN KATEGORIEN



RENAULT KANGOO



VW CADDY

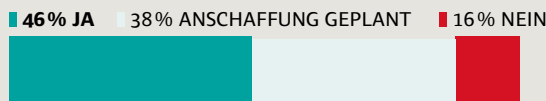
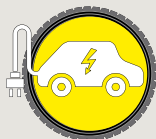


UNIMOG



MITSUBISHI L200

● NUTZEN GEMEINDEN ELEKTRISCH ANGETRIEBENE FAHRZEUGE?



Knapp die Hälfte der Gemeinden hat bereits E-Fahrzeuge in Gebrauch – zumeist eines, manchmal auch zwei. Mehr kaum. Ein Drittel jener Gemeinden, die keine haben, überlegen eine Anschaffung in absehbarer Zeit.

CAR-SHARING

● **TEILT SICH DIE GEMEINDE FAHRZEUGE MIT EINER ODER MEHREREN ANDEREN GEMEINDEN?**

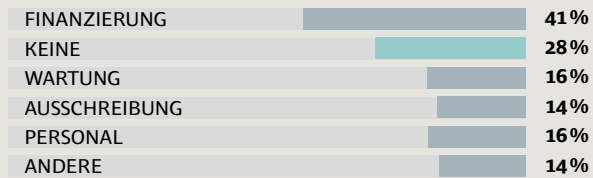


■ 5,3 % Ja ■ 94,7 % Nein

Es gibt kaum Gemeinden, die eigene Fahrzeuge mit anderen Gemeinden gemeinsam nutzen. Wenn doch, ist es in der Regel im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit, vorwiegend sind es Kehrmaschinen oder Schneestangensetzgeräte. Mancherorts werden gemeindeübergreifend die gleichen E-Cars genutzt, dies jedoch immer im Rahmen eines regionalen Car-Sharing-Angebots für die Bürger.

PROBLEME

○ **WELCHE AKUTEN PROBLEME STELLEN SICH DER GEMEINDE BEZÜGLICH DES FUHRPARKS?**



(Mehrfachnennung möglich)

Wenig Veränderung zur Umfrage 2017. Das Geld bleibt das größte Problem. Zunehmend problematischer wird es, qualifiziertes Personal zu finden. Knapp ein Drittel der Gemeinden geben an, mit keinerlei Problemen konfrontiert zu sein.

● **EINE ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE HAT IN EIGENBESITZ DURCHSCHNITTLICH:**

1-2



TRAKTOR(EN)

1



PRITSCHEN

1



MÄHFahrZEUG

1



KLEIN-LKW

1



LASTEN-TRANSPORTER

1



BAGGER ODER KLEIN-TRAKTOR

1



GERÄTETRÄGER

Im Schnitt verfügt die Gemeinde darüber hinaus über zumindest die Anbaugeräte:
2 Schneepflüge, 1 Streugerät

Hier sind nur annähernd ganzzahlige Ergebnisse angeführt. Sich errechnende halbe Multifunktionsfahrzeuge oder z. B. halbe Anhänger wurden weggelassen.

BEDARF

● **WIE VIELE FAHRZEUGE WÜRDEN DIE GEMEINDE IN SUMME BENÖTIGEN?**

Nur rund halb so viele Gemeinden wie 2017 (13 %) gaben heuer an, drei oder mehr Fahrzeuge anschaffen zu müssen. Bemerkenswert auch: Ein gutes Drittel der Bauhofleiter wünscht sich nur ein neues Fahrzeug (2017 noch 64 %). Fast ebenso viele scheinen mittlerweile wunschlos glücklich zu sein.



KEINE

1

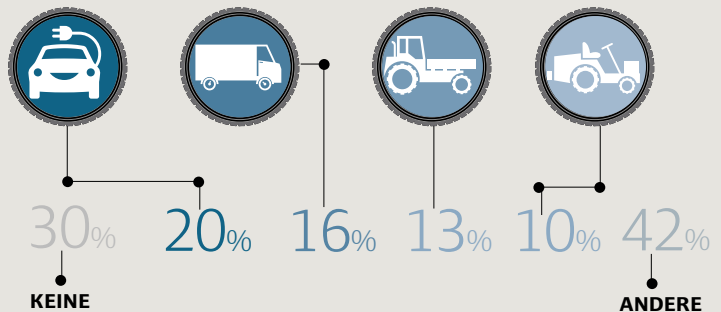
2

3+

ANZAHL BENÖTIGTER FAHRZEUGE

● **FÜR WELCHE FAHRZEUGE BESTEHT AKTUELL BEDARF?**

E-FAHRZEUG KLEINTRANSPORTER TRAKTOR KLEINTRAKTOR



Während 2017 nur die Hälfte der Gemeinden Anschaffungsbedarf meldeten, waren es heuer über zwei Drittel. Mehrfachnennungen bei Fahrzeugbedarf waren möglich.

FINANZIERUNGSSERVICE

FRC AUSSCHREIBUNGSSERVICE MIT EFFIZIENTEN ERGEBNISSEN

Hohe Unsicherheiten zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe bei Kreditausschreibungen führen zu höheren Aufschlägen auf die Referenzsätze und damit zu höheren absoluten Zinszahlungen für die Kommunen. Das trifft sowohl auf variable als auch auf fixe Zinssätze zu.



» Eine jährliche Bestandsanalyse des Finanzierungsportfolios und eine Berichterstattung runden das FRC Ausschreibungsservice ab.“

Heinz Hofstaetter, Geschäftsführer von FRC Finance & Risk Consult

Eine sorgfältige Vorbereitung, exakte Vorgaben und der FRC Pooling-Effekt aus unseren Gesamtaktivitäten führen zu attraktiven Angeboten, unabhängig ob „analog oder digital“ abgewickelt wird.

FRC Leistungen:

- Vorbereitung/Erstellen/Versenden der Ausschreibung
- Einholen/Auswertung der Angebote
- Angebotsspiegel inkl. Empfehlung
- Durchsicht der Verträge
- Berichterstattung/Nachbetreuung

Zusätzlich erhalten Sie einen Überblick über aktuelle Marktentwicklungen sowie eine Begleitung bei der vertraglichen Umsetzung.

Als FRC bevorzugen wir den Weg der personalisierten Digitalisierung, der Sie von operativen Tätigkeiten befreit,



» Für die Gemeinden in Österreich sind **Einsparungen von einigen hundert Millionen Euro möglich.**“

Werner Lehner, Geschäftsführer von FRC Finance & Risk Consult

ohne auf die Entscheidungshoheit und regionale Partnerschaften zu verzichten. Dabei spielen unterschiedliche Ausnutzungszeitpunkte, tilgungsfreie Perioden, Laufzeiten, verminderte Anfangsbelastungen und spezielle Vertragsklauseln eine wichtige Rolle.

Dadurch sind Einsparungen von einigen hundert Millionen Euro über alle Gemeinden in Österreich möglich. Der Kostenfaktor ist wegen der langen Laufzeiten bei Kommunalfinanzierungen von untergeordneter Bedeutung.

Eine jährliche Bestandsanalyse des Finanzierungsportfolios und eine umfassende Berichterstattung runden das FRC Ausschreibungsservice ab.

Interesse? Fragen Sie Ihr persönliches Angebot unter support@frc.at an.



KONTAKT
 FRC – Finance & Risk Consult GmbH
Mail: support@frc.at
Web: www.frc.at
Web: <https://onair.frc.at>

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BILDUNGS- INFRA- STRUKTUR- TAG

Das detaillierte Programm finden Sie unter interpaedagogica.at/BIT

3. BILDUNGS- INFRASTRUKTURTAG

FREITAG, 13. MAI 2022

8.30 – 13.00 Uhr • Messe Wien

**SCHULE UND
DIGITALE BILDUNG:**
 Chancen und Herausforderungen
 des **8-Punkte-Plans**

ANMELDUNG
 bis **22. April 2022**
 unter
BIT@expo-experts.at





Die flexible Lenkung und die Wendigkeit des SYN TRAC gehören zu den Vorzügen, die Fahrer Johannes Strahberger besonders gefallen haben – neben dem flexiblen Docking-System, das vor allem in eisigen Winternächten die Arbeit deutlich erleichtert.

FÜR WINTERDIENST UND CO

NEUE FAHRZEUGKATEGORIE IM PRAXISTEST

Die Straßenmeisterei im bayrischen Freyung testete letzten Winter ein neues Fahrzeug. Der System- und Geräteträger der österreichischen Firma SYN TRAC ist für ähnliche Einsatzbereiche wie der klassische Unimog konzipiert, verfügt jedoch über ein flexibles Docking-System, das die Arbeit der Straßenwärter deutlich erleichtert.

Innovatives Fahrzeugkonzept. Auf einer Messe in Wels hatten sich Josef Bernkopf, zuständig für die zentrale Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten, sowie die beiden Leiter der Gerätehöfe in Passau und Deggendorf, Herbert Art und Erwin Weber, über das innovative Fahrzeugkonzept informiert. Der Geräteträger mit 420-PS-CAT-Motor und einer Allradlenkung, die sich auf Frontlenkung sowie Hundegang umstellen lässt, bietet gute Voraussetzungen für den Betriebsdienst-Einsatz. Die

Besonderheit jedoch steckt im Docking-System: Per automatischer Steuerung kann der Fahrer sämtliche Anbaugeräte an Front oder Heck andocken. Dabei kann er in der Kabine sitzen bleiben, was die Arbeit zu Nachtstunden im Winter deutlich angenehmer macht.

Schneller Wechsel von Schneepflug auf Schneefräse. „Das ist ein einzigartiges Konzept“, erklärt Hauptstraßenmeister Rainer Piser, der Leiter der Straßenmeisterei Freyung. „Es ist eine deutliche Zeitersparnis, wenn sich zum Beispiel der Wechsel von Schneepflug auf Hochleistungs-Schneefräse innerhalb von zwei Minuten von der Fahrerkabine aus erledigen lässt.“

Die Anbaugeräte können je nach Kundenbedarf in den SYN TRAC integriert werden – die Straßenwärter in Freyung testeten Schneeschleuder, Schneefräse, Pflug und Streugerät. „Die Anbau-

geräte sind für den hochalpinen Einsatz konzipiert“, berichtet Rainer Piser – ihre Aufgabe, einige Forststraßen im Bereich Philippsreut vom verharschten, eisigen Schnee zu befreien, haben sie so einwandfrei erledigt.

„Da steckt Power dahinter, das Schneeräumen hat super funktioniert“, erklärt Fahrer Johannes Strahberger, der den SYN TRAC ausgiebig getestet hat. Auch zum Salzstreuen hat er das Fahrzeug schon eingesetzt. Ihm gefallen die 360°-Rundumsicht und die Wendigkeit des Fahrzeugs, das auch auf schmalen Straßen dank „Hundegang“ sehr flexibel rangieren kann.

KONTAKT

SYN TRAC GmbH
Gschwandt 163
4822 Bad Goisern
Tel. 06135/211 00
E-Mail: office@syn-trac.at
www.syn-trac.at

**WIR WOLLEN
DEINE
VERPACKUNGEN
ROHSTOFFE
ZURÜCK!**



Unsere PET Flaschen bestehen zu 100% aus Altplastik und können wieder zu 100% recycelt werden.



PAPPAS NUTZFAHRZEUGE

EFFIZIENTE LÖSUNGEN FÜR 365 TAGE IM JAHR

Wenn es um den Fuhrpark in Gemeinden und Städten geht, ist Pappas mit den Kommunal- und Sonderfahrzeugen der Marken Mercedes-Benz Unimog und Eonic, Bucher-Municipal und HANSA der perfekte Partner für Ihren Bauhof. Ergänzt mit einer Vielzahl an österreichischen und internationalen Aufbau-partnern finden wir für jede Aufgabe die passende Lösung für 365 Tage im Jahr.

Mercedes-Benz. Das kommunale Urgestein ist dabei seit mehr als 75 Jahren der

Unimog mit fast grenzenlosen Einsatzmöglichkeiten im Kommunalbereich, egal ob im Winterdienst-, Kehr- oder Wasch- und Gießseinsatz, beim Transportieren und Kanalspülen oder beim Baumschnitt. Im Segment Entsorgung ergänzt der Eonic mit Low-Entry-Konzept – ab 2022 auch als vollelektrischer eEonic – die Kommunalfahrzeugpalette von Mercedes-Benz bei Pappas.

Bucher-Municipal. Die Kehrmaschinen und -aufbauten des Schweizer Marktführers Bucher-Municipal sind seit



Ideal für den Frühjahrsputz: Bucher Kehrmaschine V20



Der HANSA APZ 1003 ist ein Alleskönner für den Ganzjahreseinsatz, egal ob Winterdienst, Sommerdienst oder im Transporteinsatz.

MOBIL-JUMBO JETZT 100 % ELEKTRISCH.

BESUCHEN SIE UNS!
HALLE A5 | STAND 300



GRÜNER WIRD'S NICHT:
Extrem effizient.
Extrem flexibel.
Extrem grün.

BERGMANN
Roll-Packer
MOBIL-JUMBO
RP 7700 M-E-I

BERGMANN-
ONLINE.COM



vielen Jahren ebenfalls im Angebot von Pappas in Österreich und bieten nicht nur Kehrlösungen von 2 bis 14 m³ Kehrvolumen, sondern auch serienreife Elektro-Kehrmaschinen wie die CityCat V20e und V65e. Dazu kommt noch heuer der vollelektrische V50e.

HANSA. Ergänzt wird das Angebot durch den HANSA APZ 1003. Der flexible Mehrzweckgeräteträger aus Selsingen/ Deutschland mit vollgefedertem Fahrwerk, leistungsstarken Motoren bis zu 175 PS, hydrostatischem Fahrtrieb, Load-Sensing-Arbeitshydraulik und hydrostatischem Allradantrieb mit Allradlenkung ist ein Alleskönner für den Ganzjahreseinsatz, egal ob Winterdienst, Sommerdienst oder im Transporteinsatz.

Die Kommunalprofis von Pappas stehen Ihnen im Vertrieb und Aftersales in ganz Österreich und an den 19 Pappas-Standorten jederzeit zur Verfügung. **Weitere Infos unter www.pappas.at/kommunal-und-sonderfahrzeuge oder der kostenlosen Pappas-Hotline 0800 727727.**

PAPPAS
HOLDING

KONTAKT & WEITERE INFORMATIONEN
Gerhard Netbal, Marketingleitung Nutzfahrzeuge
Tel. **0662/4484-2620**
E-Mail:
gerhard.netbal@pappas.at

KOMMUNALVERTRIEB PIRKER

GRÜNE ENERGIE OHNE EIGENES KAPITAL

Die Strompreise schnellen in die Höhe. Die Versorgung mit Erdgas ist gefährdet. Wie können Gemeinden und Städte in dieser Situation reagieren?

Darauf gibt es heute praktisch nur eine Antwort: komplette grüne Energie-Systeme! Denn die stehen nicht nur bei den Bürger:innen hoch im Kurs, sondern sind praktisch auch die einzige Chance, unabhängiger von globalen Entwicklungen zu werden.

Realistisch? Wie soll man als Gemeinde oder Stadt schnell ein Budget aufbringen, um den Bau solcher Anlagen zu projektieren, zu planen und letztendlich zu finanzieren? Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Es ist möglich! Es gibt die Betreiber-Modelle, mit denen sich diese Projekte ohne Eigenkapital umsetzen lassen! Bei Kommunalvertrieb Pirker zeigen wir Ihnen Umsetzungsmodelle, ohne eigenes Kapital einsetzen zu müssen, und noch einiges mehr.

Komplette Energie-Systeme binnen 12 Monaten. Dass die Zeit drängt, weiß man. Aber die Planung und der Bau derartiger Anlagen erfordern doch Zeit? Stimmt. In Wirklichkeit kann man aber grüne dezentrale Energie-Systeme in rund 12 Monaten in Betrieb nehmen. Wir reden hier von der Erzeugung, der Speicherung und dem Management erneuerbarer Energie. Und wir reden



Die Altstadt von Freistadt gehört zu den ältesten noch komplett erhaltenen Stadtensembles Österreichs – und ganz bestimmt zu den schönsten.

auch von der Ausschöpfung aller verfügbaren Förderungen!

In Freistadt steht der Beweis. In Freistadt steht Österreichs größtes grünes dezentrales Energie-System vor der Finalisierung. In der ersten Ausbaustufe werden dabei auf sieben Dächern der Stadtgemeinde PV-Anlagen errichtet, mit Speichern ausgestattet und in ein intelligentes Energiemanagement-System integriert. Projektdauer: rund ein Jahr! Die Energieautarkie Freistadts steigt dadurch auf 80 Prozent. Und man hat die Weichen gestellt, um zukünftig auch den sicheren Strom, der bei einem Blackout für den Betrieb der lebenswichtigen kommunalen Infrastruktur notwendig ist, zur Verfügung zu haben.

Ein Partner für alle Phasen des Projekts. Kommunalvertrieb Pirker stand in Freistadt in allen Projekt-Phasen unterstützend zur Seite. Wir haben die Daten erhoben, die eine exakte Planung erlaubten. Wir haben bei den Ausschreibungen zusammen mit unserem Netzwerkpartner innerhalb der ARGE Kommunale Energie mitgewirkt. Wir haben nach den passenden Betreibern gesucht und Expertise für die Kommunikation eingebracht.

KOMMUNALVERTRIEB
PIRKER

MEHR INFOS

kommunalvertrieb-pirker.at

Und in der Umsetzung konnten regionale Firmen mit eingebunden werden.

Aktuell sind wir dabei, zusammen mit einem weiteren Netzwerkpartner innerhalb der ARGE Kommunale Energie den Aufbau einer Erneuerbaren-Energie-Gemeinschaft (EEG) zu unterstützen.

Jetzt unabhängig werden?

Sind Sie bereit, die Ärmel hochzukrempeln und Ihre Gemeinde oder Stadt unabhängiger von den aktuellen Entwicklungen zu machen? Und wollen Sie an dieser Unabhängigkeit auch Ihre Einwohner:innen, Landwirte, Klein- und Mittelbetriebe teilhaben lassen? Dann nehmen Sie Kontakt mit uns auf! E-Mail: office@kommunalvertrieb-pirker.at

MASCHINENRING

EINSATZ BEI LUCHSEN, UMGEFEGTEN BÄUMEN UND AM BAUHOF

Bäume brauchen überall Pflege – auch in den Gehegen von Luchsen oder Wölfen. Der Maschinenring erledigt auch solche Sonderaufträge schnell und zuverlässig.



Die Baumpflege im Innsbrucker Alpenzoo und im Wolf Science Center Ernstbrunn übernahm der Maschinenring. In Linz wiederum musste ein umgestürzter Baum schnell vom Parkplatz entfernt werden, und in Gnesau braucht der Bürgermeister Ersatz für einen ausgefallenen Mitarbeiter, der unter anderem die Kulturlandschaft pflegt.

Baumpflege zwischen Wildtieren. Im Innsbrucker Alpenzoo, dessen naturnah gestaltete Gehege, Terrarien

und Aquarien rund 2.000 Alpentiere beherbergen, betreut der Maschinenring Tirol den Baumbestand. Als einen der ersten Bäume untersuchten die Baumpfleger den „Schlafbaum“ im Luchsgehege, eine stattliche Fichte. Fazit: Der Baum ist alt, aber gesund. Es mussten lediglich einige Totäste, die über den Gehweg ragten, entfernt werden.

Im Wolf Science Center im Wildpark Ernstbrunn in Niederösterreich wiederum wird seit 2008 das Verhalten von vergleichbar aufgezogenen

Wölfen und Hunden erforscht. Das hilft zu verstehen, was im Laufe der Domestikation passiert ist und wie der Wolf zum Haustier wurde. Hier leben 13 Wölfe und 5 Hunde in kleinen Gruppen oder als Paare. Der gesamte Wildpark ist eingebettet in alte Eichenwälder. Die Bäume in den Gehegen des WSC wurden vom Maschinenring Region Weinviertel gepflegt, damit die Tiere sicher herumstreifen können.

Umgestürzter Baum rasch entfernt. Starke Windböen

feigten am 17.2.2022 einen Baum am Parkplatz der Landwirtschaftskammer Oberösterreich um. Der erfahrene Einsatztrupp des Maschinenring Granitland war innerhalb kürzester Zeit vor Ort: Er sicherte die Unfallstelle und räumte binnen weniger Stunden alles weg. Zum Glück blieb es hier bei einem Sachschaden.

Ersatz für ausgefallenen Bauhof-Mitarbeiter. Vor einer ganz anderen Herausforderung stand der Bürgermeister in Gnesau im Oberen Gurktal.

FOTOS // Maschinenring



**Die Wacker Neuson Mietflotte.
Für jedes Projekt die passende
Mietmaschine.**

www.wackerneuson.com



**WACKER
NEUSON**
all it takes!



Die Baumpfleger des Maschinenring Region Weinviertel schlossen die Arbeiten im Gehege des Wolf Science Centers in Ernstbrunn ab.



Den umgestürzten Baum am Parkplatz der Landwirtschaftskammer Oberösterreich räumte der Einsatztrupp des Maschinenring Granitland binnen weniger Stunden weg

Denn eine Vollzeit-Arbeitskraft am Bauhof fiel langfristig aus, der zweite Mitarbeiter konnte die Arbeit alleine nicht bewältigen. Ein Anruf beim Maschinenring Feldkirchen brachte Erleichterung: Seither erledigt ein Maschinenring-Mitarbeiter die Pflege der Kulturlandschaft und hilft beim Winterdienst. Ein zweiter unterstützt im Frühjahr das Vorbereiten der Gemeindeinfrastruktur wie Sitzgarnituren und Wanderweg-Rastbänke.

Der Baum im Alpenzoo war alt, aber gesund. Es mussten lediglich einige Totäste, die über den Gehweg ragten, entfernt werden. Jetzt ist der „Luchs-Schlafbaum“ auf Herz und Nieren geprüft. Diese fachmännische Kontrolle übernahmen die Baumpfleger des Maschinenring Innsbruck-Land.



MEHR INFOS
und alle Kontakte in Ihrer Region unter
www.maschinenring.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



BARBIERI Böschungsmulcher

- Elektro-hybrid Antrieb
- Funkfernsteuerung mit GPS Option
- Bis 100% / 45° Neigung
- Sichel- oder Y-Mulcher

Neuheit!!! Vollelektrisches Modell **E-ROT 70**

Sommersguter GmbH • A-8654 Fischbach Nr. 3 • Tel.: +43 3170 225 • Fax: DW-4 • Mail: info@soma.at • www.soma.at

GEMEINDEINVESTITIONSBERICHT 2022

IN BILDUNG UND STRASSEN SOLL VIEL GELD FLIESSEN

Zu Jahresbeginn fand im Vorfeld des Kommunalwirtschaftsforums wieder die Befragung über die Investitionspläne der Gemeinden statt. Die Ergebnisse kurz zusammengefasst: Die Stimmung ist nicht so rosig. Und das war noch vor Putins Angriff auf die Ukraine. Wir haben die Details der Erhebung für Sie.

TEXT // HANS BRAUN

Die im Bericht gezeigte Einschätzung der finanziellen Lage zeigt, dass in den Gemeinden gegenüber 2019 eine pessimistischere Stimmung herrscht, was nicht zuletzt auch durch die gegenwärtig auferlegten Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie erklärt werden kann. Für 2022 schätzen 44 Prozent (minus 11 Prozentpunkte gegenüber 2019 und in etwa gleich mit 2020) der Gemeinden ihre finanzielle Lage als „sehr gut“ oder „eher gut“ ein und 56 Prozent (plus 10 Prozentpunkte gegenüber 2019) als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Geplante Investitionen bis Ende 2022. Am häufigsten werden Investitionen in den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen bzw. zur Verkehrssicherheit geplant: 94 Prozent der Gemeinden planen, bis Ende 2022 in diesem Bereich zu investieren. Der Investitionswert beläuft sich dabei für zwei Drittel der Gemeinden (70 Prozent) auf bis zu 500.000 Euro, für 12 Prozent auf bis zu eine Million und für weitere 12 Prozent sogar auf mehr als eine Million Euro.

Am zweithäufigsten geplant werden Investitionen im Bereich „Katastrophen- und Naturschutz/ Feuerwehr/ Rotes Kreuz/ Bergrettung“ (79 Prozent). Auf den weiteren Plätzen folgen geplante Investitionen in den „Erhalt und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft“ (78 Prozent) sowie in „Bildungseinrichtungen“ (73 Prozent), wobei jedoch die Investitionssumme in Bildungseinrichtungen in absoluten Zahlen am höchsten ist. Ebenfalls sind von noch mehr als jeder zweiten Gemeinde in Österreich Investitionen in den Bereichen „Fuhrpark und Geräte“ (66 Prozent), „Erhalt und Bau kommunaler Bauten“ (65 Prozent),

„Energie, Umweltschutz und Klima“ (64 Prozent), „Freizeit und Tourismuseinrichtungen, Kunst & Kultur“ (61 Prozent) und „EDV, Computer IT & E-Government, Hard- und Software“ (59 Prozent) geplant. Im EDV-Bereich liegen die geplanten Investitionskosten am niedrigsten (48 Prozent bis unter 100.000 Euro). In den Katastrophen- und Naturschutz planen 67 Prozent der Gemeinden maximal 500.000 Euro zu investieren, in Fuhrpark und Geräte 61 Prozent. In den Erhalt und Bau kommunaler Bauten planen immerhin 22 Prozent mehr als 500.000 Euro bis Ende 2022 zu investieren. Insgesamt zeigt sich erneut, dass die geplanten Investitionen gegenüber den Vorjahren angestiegen sind.

Von etwa der Hälfte der Gemeinden sind Investitionen in Personalwirtschaft sowie Aus- und Weiterbildung geplant, wobei die Investitionen nur selten (7 Prozent) die 100.000-Euro-Grenze übersteigen dürften. In allen anderen abgefragten Bereichen planen im Schnitt nur 40 Prozent der Gemeinden, bis Ende 2022 überhaupt Investitionen zu tätigen. Auffällig dabei ist die geringe Investitionsfreudigkeit im Bereich Gesundheit und Soziales sowie Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen: Nur 37 Prozent der Gemeinden wollen hier weiter investieren.

Vergleich der geplanten Investitionen gibt Aufschlüsse. Die kommunalen Entscheidungsträger wurden befragt, in welcher Höhe Investitionen bis zum Jahresende 2022 geplant sind – demgegenüber wurde der Mittelwert der letzten fünf Jahre (2016–2021) gestellt. Die größten Investitionsvorhaben betreffen wie in den Vorjahren die Bildungseinrichtungen (das Investitionsvolumen liegt 2022 bei rund 1.857 Millionen Euro, somit 32 Prozent über dem Mittelwert), „Erhaltung

DAS KWF

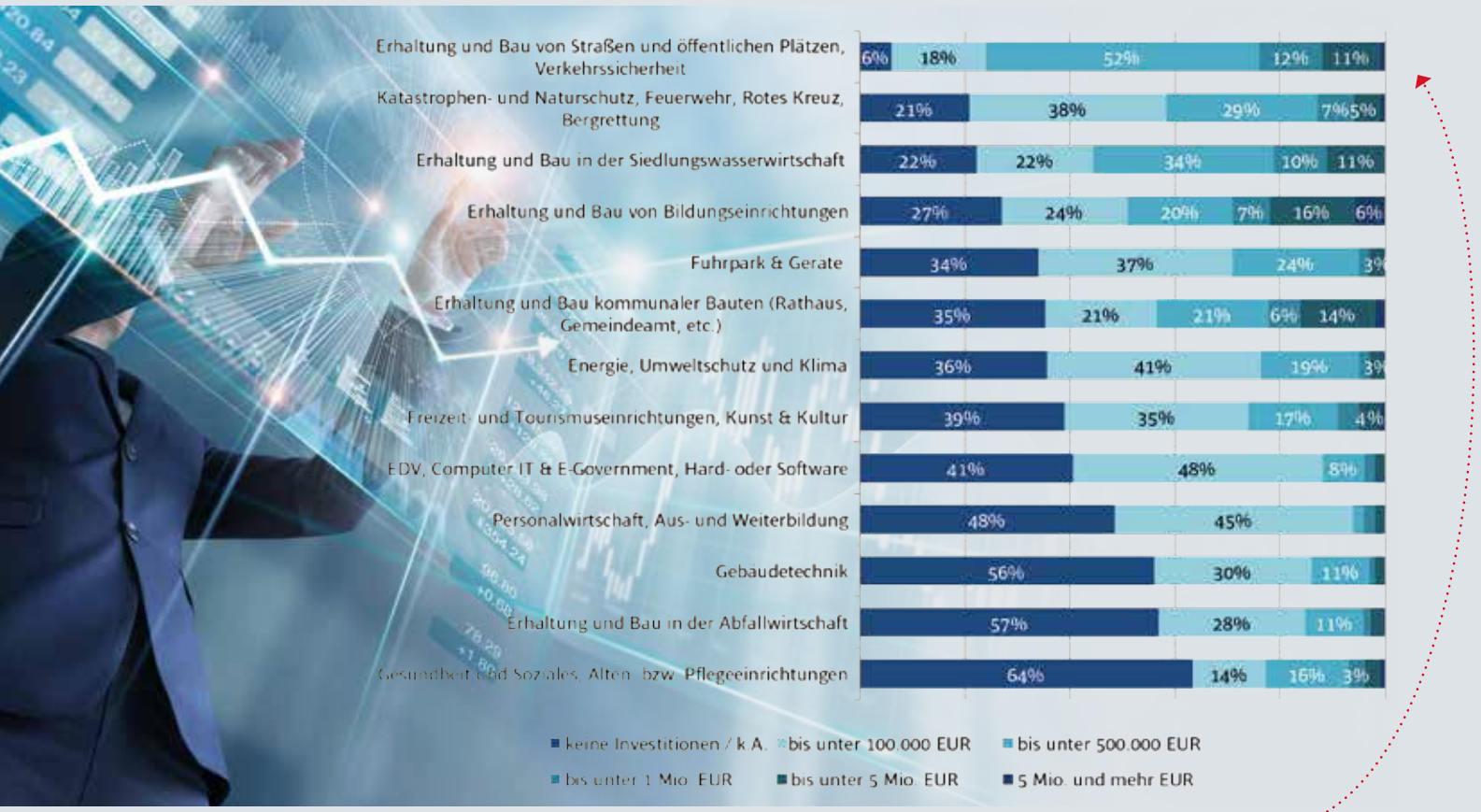
Das Kommunalwirtschaftsforum soll den Austausch aller Entscheidungsträger auf Kommunalebene mit Privaten forcieren. Es ist ein Netzwerktreffen der besonderen Art, mit hochkarätigen Vorträgen, die den Blick über den Teller ermöglichen. Mittlerweile hat sich das KWF als Expertentreff etabliert und findet jährlich an wechselnden Orten statt.

Veranstaltet wird das KWF durch die Initiatoren Deloitte, Siemens, Raiffeisen und Swietelsky.

Mehr über das Kommunalwirtschaftsforum 2022 am 31. März und 1. April lesen Sie in der kommenden Ausgabe von KOMMUNAL und auf den Websites kommunal.at und kommunalwirtschaftsforum.at

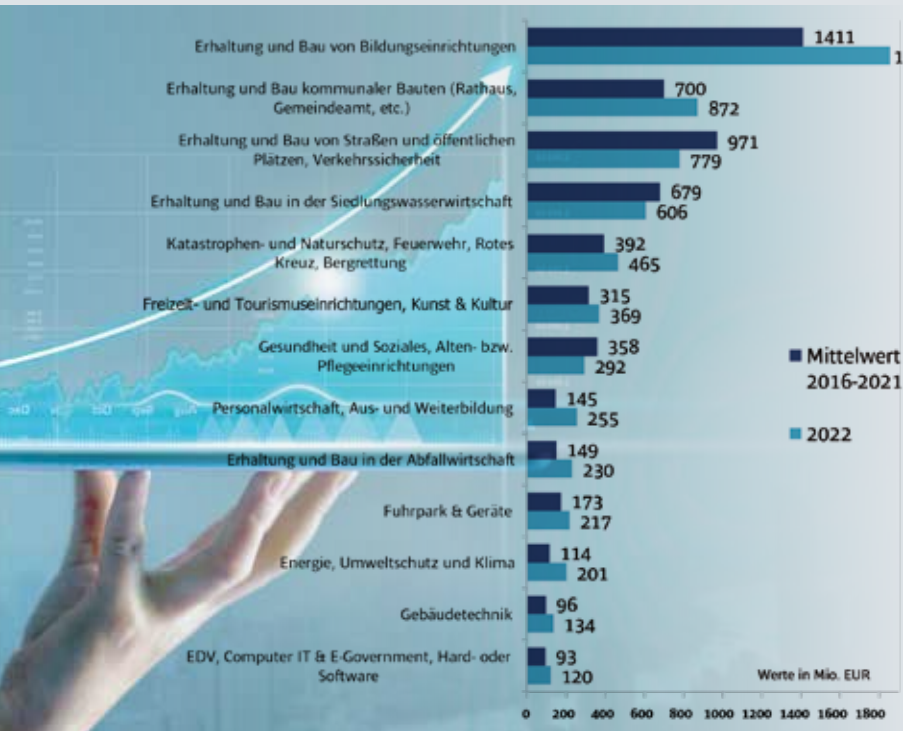


GEPLANTE GEMEINDEINVESTITIONEN BIS ENDE 2022



Die Investitionssumme in Bildungseinrichtungen ist in absoluten Zahlen am höchsten: Die Gemeinden wollen mehr als 1,8 Milliarden Euro in den Erhalt und den Bau von Bildungseinrichtungen investieren.

GEMEINDEINVESTITIONEN IM VERGLEICH 2016-2021 UND 2022



94 Prozent der Gemeinden planen, in die Erhaltung und den Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen und zum Thema Verkehrssicherheit zu investieren.

und Bau kommunaler Bauten“ (872 Millionen, +25 Prozent) sowie die Bereiche „Erhaltung und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen, Verkehrssicherheit“ (779 Millionen, dieser Wert liegt 20 Prozent unter dem Mittelwert der letzten fünf Jahre) und „Erhaltung und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft“ (606 Millionen, -11 Prozent).

Ebenso erwarten die kommunalen Entscheidungsträger einen Anstieg der geplanten Investitionen bis Ende 2022 in den Bereichen „Katastrophen- und Naturschutz“ (465 Millionen, +19 Prozent) und „Freizeit- und Tourismuseinrichtungen“ (369 Millionen, +17 Prozent) sowie einen Rückgang bei Investitionen in „Gesundheit und Soziales, Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen“ (292 Millionen, -18 Prozent). Die geplanten Investitionen in „Personalwirtschaft, Aus- und Weiterbildung“ (255 Millionen, +76 Prozent) und „Fuhrpark & Geräte“ (217 Millionen, +25 Prozent) wachsen deutlich an. Die Investitionen im Bereich „EDV, Hard- und Software“ (120 Millionen, +29 Prozent) werden laut Auskunft der kommunalen Entscheidungsträger ebenso zulegen. Die Ausgaben für „Erhaltung und Bau

in der Abfallwirtschaft“ liegen 2022 rund 54 Prozent über dem Mittelwert (230 Millionen), der Bereich „Energie, Umweltschutz und Klima“ darf auch mit einem wesentlichen Budget rechnen, die Ausgaben werden voraussichtlich rund 201 Millionen betragen (+76 Prozent).

Finanzierung ist größtes Hindernis für die Gemeinden. Die geplanten Investitionen der Gemeinden legen zum Teil beträchtliche Kosten und daher auch Anforderungen an die Finanzen offen. Folgerichtig sind „fehlende Finanzierung“ und „fehlende Förderung“ auch die größten Hindernisse für kommunale Investitionen.

EU-Förderungen werden von 50 Prozent der Gemeinden als wichtige Finanzierungsquelle für die geplanten Investitionen genannt, für 40 Prozent spielen sie hingegen keine Rolle. Dass 10 Prozent der Gemeinden sich zu EU-Förderungen nicht äußern bzw. diese nicht kennen, zeigt den Informationsbedarf, der diesbezüglich noch besteht. Daneben eine Rolle spielen Leasingangebote (14 Prozent) und private Investoren (6 Prozent).

DIE UMFRAGE

Im Rahmen dieser Untersuchung führte Pitters® Trendexpert von Dezember 2021 bis Jänner 2022 insgesamt 308 Online-Interviews (CAWI) mit Verantwortlichen auf Gemeindeebene (Bürgermeister, Amtsleiter u.a.) durch. Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei rund 12 Minuten. Zentrale Fragen der Studie waren die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinden sowie Hindernisse und Möglichkeiten künftiger Investitionen. Aufgrund von Rundungsdifferenzen ergeben sich dabei Prozentsummen von 99 bis 101 Prozent.



AS MOTOR ELECTRIC

AS 63 Electric

AS 470 Electric



AS 30 Electric



AS 21 Electric



Eine neue Generation von Akku-Geräten für Profis.

Stark, robust, ohne Abgase und Lärm.



AS 531 Electric



AS 510 Electric



Die ausbaufähige Relevanz von sogenannten „Public-private-Partnerships“ ist auch auf mehrere Hindernisse zurückzuführen, allen voran offene Rechtsfragen in Bezug auf Haftung und Abwicklung (77 Prozent). Rund zwei Drittel der befragten Gemeinden sehen zudem keine geeigneten Projekte in ihrer Gemeinde (67 Prozent). Für einige Gemeinden stellen fehlende Informationen bzw. fehlendes Know-how (65 Prozent), lange Verfahrensdauern (64 Prozent) und teure Vergabeverfahren (60 Prozent) entsprechende Hindernisse dar. Auch hohe Transaktionskosten (54 Prozent) und lange Vertragsbindungsdauern (53 Prozent) stellen für die Gemeinden Hindernisse bei der Realisierung von öffentlich-privaten Partnerschaften dar. Am seltensten genannt wurden „mangelndes Vertrauen in den/die Partner“ (42 Prozent) und „keine regionale Wertschöpfung“ (36 Prozent).

Ein (gewagtes) Resümee. Vergleicht man die Zeitreihen und die verwendeten Mittelwerte, stellt sich heraus, dass die Gemeinden 2022 wieder das Investitionsniveau von 2018 erreicht haben. Die teils massiven Einbrüche, die der Pandemie geschuldet sind, scheinen damit überwunden. Ohne Frage werden die Kommunalen Investitionspakete (KIG) mit ihren fast zweieinhalb Milliarden Finanzierungshilfe für Gemeinden das Ihre dazu beigetragen haben, dass in dieser kurzen Zeit die Investitionen der Gemeinden wieder gestiegen sind.

Die Zuwächse zwischen 110 bis hin zu 446 Millionen Euro bei geplanten Investitionen heuer in den Bereichen „Aus- und Weiterbildung Personal“ und „Erhalt und Bau von Bildungseinrichtungen“ lassen sich so auch schlüssig erklären. Gerade bei der massiven Steigerung bei den Bildungseinrichtungen muss man vermutlich aber auch eine gewissen Unschärfe der Fragestellung in Rechnung stellen. Was den Bereich Bildung betrifft, haben die Gemeinden ganz stark in den Breitbandausbau investiert, damit in den Zeiten der Lockdowns das Distance-Schooling funktionieren konnte. Diese Investitionen sind noch lange nicht abgeschlossen und werden weiter zu Buche schlagen.

Anmerkung zum Schluss: Wie sich der Krieg in der Ukraine auf die Gemeindefinanzen auswirken wird, ist zu Redaktionsschluss noch nicht absehbar. Auf Seite 19 dieser Ausgabe finden Sie eine erste Einschätzung. 📌



Expertenwissen für Gemeinden in zahlreichen Bereichen zu fairen Preisen:

- Finanzen
- Online-Präsenz
- Recht
- Best Practices uvm.

Hier finden Sie stets alle
aktuellen KOMMUNAL-Webinare:

kommunal.at/webinare

Melden Sie sich dort auch direkt für
unseren Webinar-Newsletter an, um
keine Termine zu verpassen!



AUF JEDEN ÖSTERREICHER KOMMEN 13 METER STRASSE

KEINE STRASSE OHNE
MINERALISCHE ROHSTOFFE

In Österreich werden jährlich rund 66 Millionen Tonnen an Sand, Kies und Naturstein für die Erhaltung und den Neubau von Straßen, Hoch- und Tiefbauten benötigt.

Eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Durch den Ausbau des Straßennetzes werden nicht nur Erreichbarkeitsverhältnisse verbessert, eine gut ausgebaute Infrastruktur dient auch dazu, den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken und gleichzeitig die regionalen Unterschiede sowie

In Österreich werden jährlich über 100 Millionen Tonnen an Sand, Kies und Naturstein benötigt. Umgelegt auf die Gesamtbevölkerung ergibt dies einen jährlichen pro Kopf-Verbrauch von ca. 12 Tonnen.

Der Großteil – knapp 80 % – der in Österreich gewonnenen mineralischen Rohstoffe wird in der Bauwirtschaft verwendet. Hierbei spielen Infrastrukturbauten die größte Rolle. Denn nur mit mineralischen Gesteinskörnungen lassen sich Straßen, Radwege, Brücken, Tunnel, Wasserstraßen, Schienenwege und Gleisanlagen dauerhaft bauen bzw. sanieren. Auch unsere öffentlichen Gebäude wie Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten sowie Sportstätten und auch alle anderen gewerblichen Bauten sind ohne den Einsatz von Naturstein, Sand und Kies undenkbar.

das Erreichbarkeitsgefälle zwischen den Bundesländern zu reduzieren.

Österreich verfügt über ein gut ausgebautes Straßennetz. Betrachtet man die Gesamtnetzlänge des österreichischen Straßennetzes von rund 115.000 Kilometern genauer, sieht man, dass mit 69 Prozent der Großteil auf Gemeindestraßen entfällt, gefolgt von Landesstraßen mit 29 Prozent. Lediglich 2 Prozent sind hochrangige Straßen wie Autobahnen und Schnellstraßen, was einer Länge von rund 2.200 km entspricht. Dies ergibt pro Einwohner im österreichischen Durchschnitt eine Straßenlänge von rund 13 Metern. (Quelle: BMVIT, Generalverkehrsplan Österreich 2002 – Herry Verkehrsplanung Consulting)

Woher kommen die für den Straßenbau notwendigen Rohstoffe? Gewonnen werden die für den Bau und die Erhaltung von Straßen und Wegen benötigten mineralischen Rohstoffe zum Großteil in Österreich. Als Rohstoff-Nahversorger ist es das Ziel der heimischen Unternehmen, den Rohstoff nicht weiter als 30 Kilometer zum Einsatzort zu transportieren. Dies schont Umwelt und Straßen. Damit

das so bleibt, ist es für jede Gemeinde wichtig, die Eigenversorgung mit mineralischen Rohstoffen sicherzustellen. Diese Ortsgebundenheit von Lagerstätten spielt eine große Rolle, denn Sand, Kies und Naturstein können nur dort gewonnen werden, wo sie vorkommen. Jedoch wird die Versorgung der heimischen Wirtschaft mit mineralischen Baurohstoffen aufgrund langer Verfahren und einer fehlenden Sicherung der vorhandenen Rohstoffvorkommen zunehmend zu einer Herausforderung für die Branche.

Welche Rohstoffe werden für den Straßenbau benötigt? Straßen bestehen normalerweise aus Asphalt, Beton oder Pflastersteinen. Doch das ist nur die Oberfläche. Denn die Fahrbahndecke wird niemals direkt auf das vorhandene Erdreich aufgebracht, sondern ruht auf mehreren Tragschichten aus unterschiedlich großen Gesteinskörnungen. Diese werden teilweise mit Bindemitteln oder auch lose verarbeitet. Diese Schichten bilden zusammen mit der Fahrbahndecke den sogenannten Oberbau der Straße. Der Straßenbau ist damit ein bedeutender Nutzer mineralischer Rohstoffe. Nach Berech-

nungen des Bundesverbands Mineralische Rohstoffe (MIRO) e.V. werden für einen Kilometer Autobahn rund 216.000 t, für einen Kilometer Bundesstraße rund 87.000 t und für einen Kilometer Landstraße rund 23.000 t benötigt. Und wenn in Zukunft die Bahn und das Rad stärker in den Fokus der Mobilität rücken: Auch hier geht der Ausbau und der Betrieb nicht ohne Rohstoffe. Für einen Kilometer Schienenweg sind rund 35.000 t, für eine Brücke im Durchschnitt 21.000 t und für einen Kilometer Radweg immerhin noch 11.000 t Gesteinskörnungen notwendig. (Quelle: <https://www.bv-miro.org/verwendung/verwendung-fakten/>)

Oberbau besteht weitgehend aus Gesteinskörnungen. Je nach Straßenart ist der Oberbau in Österreich sowohl im Asphaltstraßenbau als auch im Betonstraßenbau zwischen 40 und 90 cm stark. Die Dicke des Oberbaus variiert von Straße zu Straße und hängt nicht zuletzt von der Verkehrsbelastung auf den jeweiligen Flächen ab. Bei Autobahnen summiert sich das Schichtpaket meist zu einer Höhe von bis zu 90 cm, während kleine Straßen im ländlichen Raum oft nicht einmal einen halb so dicken



Porphyrit, Granulit. Asphaltbefestigungen sind meist mehrschichtig aufgebaut und bestehen aus einer Deckschicht sowie einer darunter liegenden bituminösen Tragschicht.

Bindemittel sichert den Zusammenhalt des Gesteins.

Wird Bitumen als Bindemittel verwendet, erhält man Asphalt. Kommt dagegen Zement zum Einsatz, spricht man von Betonbauweise. Mit nur wenig „Klebstoff“ kann der Zusammenhalt des Gesteins und somit die Lebensdauer der Straße deutlich gesteigert werden. Die untersten Tragschichten benötigen in der Regel jedoch kein Bindemittel. Moderne Aufbereitungsanlagen ermöglichen es, die Materialeigenschaften des Schotters so weit zu steuern, um eine Funktion als Frostschuttschicht zu garantieren. Zwischen den groben Gesteinskörnungen gibt es noch ausreichend Hohlräume, sodass gefrorenes Wasser im Boden nicht zu irreversiblen Frostschäden wie etwa Absackungen führt. Mineralische Rohstoffe werden aber nicht nur für den Straßenbau verwendet. So sind natürlich auch die Streusplitt für den Winterdienst ein wichtiges Einsatzgebiet von mineralischen Rohstoffen. Dafür werden vor allem gebrochene und verschleißfeste Materialien wie Hartgesteine, Dolomite etc. benötigt.



Oberbau aufweisen. Alle Schichten des Oberbaus bestehen letztlich aus Gesteinskörnungen, wobei sowohl die Schichtdicke als auch die Korngröße von unten nach oben immer mehr abnehmen. Der Unterbau besteht entweder aus dem Material vor Ort oder aus Schüttmaterialien aus heimischen Rohstoffgewinnungsstätten. Wichtig ist, dass der Unterbau ausreichend tragfest ist, was durch Verdichtung vor Ort oder bodenverbessernde Maßnahmen erreicht wird. Je nachdem, welches Bindemittel den oberflächennahen Schichten zugesetzt wird, spricht man von Asphalt- oder Betonstraßenbauweise.

Straßen bestehen aus mehreren Schichten. Straßen enthalten unterschiedliche mineralische Rohstoffe: In den Deckschichten wird sehr hochwertiges Material verwendet. Dieses muss eine große Festigkeit aufweisen und zudem sehr verschleißfest sein. Dafür muss das Einzelkorn viele Bruchflächen und scharfe Kanten aufweisen. Typische Gesteine für Straßendeckschichten (Beton oder Asphalt) sind sogenannte Hartgesteine: Diabas, Basalt, Granit, Amphibolit, Serpentin,



- S7 Fürstenfelder Schnellstraße, Blickrichtung Westportal Tunnel Rudersdorf
- S7 Fürstenfelder Schnellstraße, Knoten / Anschlussstelle Fürstenfeld
- S7 Fürstenfelder Schnellstraße, Knoten / Anschlussstelle Rudersdorf

MEHR INFOS

Forum mineralische Rohstoffe
 Wiedner Hauptstraße 63
 1045 Wien
 Tel.: 05 90 900 3533
info@ForumRohstoffe.at
www.ForumRohstoffe.at

RENATE HAMMER / ARGE QUALITÄTSGRUPPE WÄRMEDÄMMSYSTEME

BESTANDSERHALTUNG MACHT DEFINITIV SINN

Die globalen Treibhausgasemissionen haben nach dem kurzen pandemiebedingten Tief 2021 einen neuen Höchststand erreicht. Ein Beitrag zur Lösung dieses schwerwiegenden Umweltproblems ist konsequente Gebäudesanierung.

50 Prozent des österreichischen Gebäudebestands gelten aus energetischer Sicht als dringend sanierungsbedürftig. So ist der Gebäudesektor für etwa ein Viertel des heimischen Energieverbrauchs verantwortlich. Eine thermische Optimierung im Zuge der Bestandssanierung ist aus ökologischer und langfristig auch aus ökonomischer Sicht unerlässlich. Die Vorteile konsequenter Gebäudesanierungen liegen auf der Hand. Architektin Dr. Renate Hammer vom Institute of Building Research & Innovation und Jury-Vorsitzende des ETHOUSE Award 2022 beschreibt sieben gute Gründe, den Gebäudebestand zu erhalten und für die Zukunft zu entwickeln.

Konsequente Gebäudesanierung ...

- ⊕ ... verringert den Energiebedarf durch thermische Optimierung und setzt auf saubere Energiebereitstellung wodurch...
- ⊕ ... Treibhausgasemissionen reduziert werden und

- ⊕ ... ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann. Dieser ist unerlässlich, wenn wir den Klimawandel in einem erträglichen Rahmen halten wollen. Darüber hinaus bedeutet ein minimierter Energieverbrauch auch die Import-Reduktion von fossilen Energieträgern.
- ⊕ ... lenkt Investitionen in die lokale Energieproduktion. Durch eine energetisch wirksame Sanierung kann der Energiebedarf so reduziert werden, dass eine Deckung durch lokale und regionale Quellen gelingen kann.
- ⊕ ... trägt zu einer umweltverträglichen Mobilität bei. Der Neubau auf dem billigen Grundstück an der Peripherie unserer Siedlungen verlangt nicht nur nach einer Neuerrichtung von Infrastrukturen wie Wasserleitung, Kanal, Straße, Stromnetz, ... sondern erzeugt dauerhaft neuen Verkehr. Der Verkehrssektor ist bekanntlich der größere und in seiner dynamischen



FOTO // Architekturbüro Angelo Kaunat

Sieger ETHOUSE AWARD 2022 Kategorie „Öffentliche Bauten“: Volksschule Brixlegg; Energiekennzahl: 30,3 kWh/m²a (169,9 kWh/m²a vor Sanierung).

Entwicklung weit problematischere Klimasünder als der Gebäudesektor. Ein qualitätsorientierter Erhalt der baulichen Bestände im Siedlungsverband...

- ⊕ ... hebt ungenutztes Potenzial von Leerständen. Schätzungen des Umweltbundesamtes besagen, dass in Österreich rund 400.000.000 m² – sprich 400 Millionen (!) – an verbauter Fläche ungenutzt brachliegen. Das sind über 40 m² pro Kopf!
- ⊕ ... leistet einen wesentlichen Beitrag zur Etablierung der Kreislaufwirtschaft in der Immobilienbranche. Wer Gebäude pflegt und erhält, verlängert deren Lebensdauer. Materialressourcen können so geschont, Flächenneuanspruchnahme verringert, der Einsatz grauer Energie reduziert und Abfälle vermieden werden.



MEHR INFOS

2019 beliefen sich die CO₂-Emissionen in Summe auf 80,4 Millionen Tonnen Treibhausgase, wovon zirka 26,8 Tonnen auf Gebäude zurückgehen. Wer 1 m² Fassade thermisch-energetisch saniert, kann 100 kWh Energie (zehn Liter Heizöl) einsparen, was eine Reduktion von 25 kg CO₂-Ausstoß bedeutet. Der ETHOUSE Award wird seit 2008 ausgeschrieben und kürt Österreichs beste energieeffiziente Gebäudesanierungen. Alle Siegerinnen und Sieger zeigen deutlich, wie Vergangenheit zukunftsfähig gemacht werden kann. Alle Siegerprojekte finden Sie unter: **ethouse.waermedaemmsysteme.at**



VERDÄMMT

Wärmedämmsysteme von RÖFIX sorgen für ein angenehmes, behagliches Wohngefühl – Sommer wie Winter.

ANGENEHM!



Holen Sie sich Ihre Förderung mit dem Sanierungsscheck.

Gleich Termin mit einem RÖFIX Planungsberater vor Ort vereinbaren!

Eine thermische Sanierung zahlt sich immer aus.

Ökologisch Dämmen mit unseren perfekt aufeinander abgestimmten Systemen: Das **RÖFIX FIRESTOP LIGHT System** verwendet den ökologischen Dämmstoff Mineralwolle. Damit spart man Energie ein und sorgt gleichzeitig für ein angenehmes Raumklima.

Unsere Dämmprofis beraten Sie gerne.

Neue Regeln für Gemeinden und Bauherren

Die Sanierung von Bau- und Raumordnung der Steiermark steckt nach einem Bericht der „Kleinen Zeitung“ in der Endphase: Der Bodenverbrauch wird erschwert, aber ist das ausreichend? Vorrangig soll Bauland in Zentrumsnähe mobilisiert werden.

Und das schon ab einer Fläche von 1.000 Quadratmeter. Der Chef des Gemeindebundes Steiermark und neue Vizepräsident des Österreichischen



Gemeindebundes, Erwin Dirnberger, erwartet sich von den neuen

Abgaben auf Leerstand und Zweitwohnsitze einen Effekt: „In Kombination mit der Raumordnungsnovelle kann das etwas bewegen. Ich weiß aber auch, alle Wünsche wird man nie erfüllen können“, so Dirnberger.



FOTO // Gemeindebund

Gemeindebund-Austausch mit Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer

Gemeindebund-Präsident Riedl pflegt mit den politischen Spitzenvertretern im Bund einen regelmäßigen Austausch über kommunale Anliegen und Themen. Am 17. März traf er gemeinsam mit Generalsekretär Walter Leiss die grüne Klubobfrau Sigrid Maurer (im Bild rechts) und Nationalratsabgeordnete Elisabeth Götze. Gesprächsthemen waren der Krieg in der Ukraine und die Unterbringung der Vertriebenen. Weitere Themen waren die Kompetenzbereinigung, das Informationsfreiheitsgesetz, die Verhandlungen zum Finanzausgleich, der Ausbau der Kinderbetreuung, die Pflegereform und das Thema 15a-Vertragsfähigkeit der Gemeinden.

EU-Fördertöpfe für Breitband

Die EU-Kommission veröffentlichte eine Broschüre, die einen Überblick über europäische Fördermöglichkeiten für den Breitbandausbau gibt. Dabei handelt es sich nicht um Projektförderungen, die von Gebietskörperschaften direkt beantragt werden können, sondern um einen Überblick bestehender Fördermöglichkeiten etwa im Rahmen der Kohäsionspolitik oder der Aufbau- und Resilienzfazilität. Das heißt, es liegt vor allem an der Prioritätensetzung der Mitgliedstaaten, welche EU-Mittel wo zum Breitbandausbau beitragen.

Mehr Infos unter: <https://bit.ly/36lWaxz>

BEST PRACTICE IN ALLER KÜRZE

Ausbau von Windstrom

Auf zwei Prozent der Landesfläche könnte mehr Elektrizität produziert werden, als derzeit verbraucht wird – von der Energiemenge entsprechen das etwa dem gesamten Gasverbrauch in Österreich, heißt es aus der IG Windkraft, die einen rascheren und schnelleren Ausbau fordert.

EU-Datengesetz: Vorschlag liegt am Tisch

Ende Februar präsentierte die EU-Kommission den Vorschlag für den sogenannten Data Act. Aus kommunaler Sicht interessiert vor allem Kapitel V, das den Zugang von Behörden zu Unternehmensdaten regelt. Im Katastrophenfall sollen Unternehmen z.B. relevante Daten mit den zuständigen Behörden teilen. Auch zur Erfüllung eines Dienstleistungsauftrags oder statistischer Datensammlung können Unternehmensdaten angefordert werden.



SYN TRAC
SYSTEM & GERÄTETRÄGER

SYSTEME ZU ENDE DENKEN

TECHNOLOGIE EFFIZIENZ WIRTSCHAFTLICHKEIT SICHERHEIT





Oberösterreichische Ingenieurskunst:
Mehr erfahren auf www.syn-trac.at



„**Die Zeit**, in der in der Pflege über Finanzierung, Zuständigkeiten und Kompetenzen diskutiert wird, **haben wir nicht mehr.**“

Günther Mitterer, Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes, über die dramatische Situation in der Seniorenpflege

12,3%

Der Häuserpreisindex (HPI) weist für das Jahr 2021 laut Statistik Austria eine Preissteigerung von 12,3 % im Vergleich zum Vorjahr auf. Dies ist der höchste jährliche Anstieg seit Beginn der Indexreihe im Jahr 2010 und liegt deutlich über den Werten der Vorjahre.

FOTO // efoto - stock.adobe.com



Sonderförderung „Klimagrüne Ortszentren“ bis Ende 2022

Landesrat Martin Eichtinger: „Die Sonderförderung ‚Klimagrüne Orts- und Begegnungszentren in NÖ Gemeinden‘ soll Gemeinden unterstützen, Ortskerne klimafit zu gestalten. Die Sonderförderung wurde bisher gut angenommen, es stehen für das Jahr 2022 bis zu **36.000 Euro pro Gemeinde bereit**. Der kommende Sommer wird wieder eine Reihe von außergewöhnlichen Hitzetagen sowie Trockenheit und lokale Starkregenereignisse mit sich bringen. Eine effektive Maßnahme ist es, die innerörtlichen Grünräume klimafit zu gestalten und so die Aufenthaltsqualität in Ortszentren weiter zu verbessern.

Das Land Niederösterreich und die Umweltbewegung „Natur im Garten“ fördert Projekte aktiv mit: „Öffentliche Grünräume auf Plätzen, Straßen oder Wegen beeinflussen das Mikroklima positiv und erhöhen die tierische und pflanzliche Vielfalt. Mit dieser Begrünungsoffensive gestalten wir die Gemeinden klimafit und nachhaltig“, informiert Landesrat Martin Eichtinger und weiter: „Die Grünräume auszubauen und neu zu gestalten, schafft für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger langfristig Aufenthalts- und Erholungsräume zur Steigerung der Lebensqualität und zum Wohlfühlen in Niederösterreich.“ Für die mögliche Förderung stehen im Jahr 2022 bis zu 36.000 Euro pro Gemeinde zur Verfügung.

Alle Informationen finden Sie unter naturimgarten.at/unser-angebot/gemeinden/forderungen.html oder www.noel.gv.at/NiG-Sonderfoerderung

Erstes flächen-deckendes E-Carsharing

Maximal fünf Minuten – so lange gehen laut einem Bericht in ORF-Tirol die Kufsteinerinnen und Kufsteiner bis zum nächsten E-Auto, das sie dann über eine App in Betrieb nehmen können.

Kufstein ist die erste Stadt Österreichs, die flächen-deckendes E-Carsharing anbietet. Unter Carsharing versteht man die organisierte gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen. Über eine Buchungsplattform wird das gewünschte Fahrzeug gebucht und kann dann im ausgewählten Zeitraum genutzt werden.

Mehr Infos unter: tirol.orf.at/stories/3148694/

VERGABE INSIGHTS

Der Podcast für Vergabe-Interessierte

Einblicke & Erfahrungen statt Paragrafen & Theorie.

Im Gespräch mit Manuel Aghamanoukjan von auftrag.at teilen AuftraggeberInnen und UnternehmerInnen Wissen und Erfahrung aus ihrem Vergabealltag.

Mehr unter auftrag.at/podcast



a. auftrag.at

URBAN FUTURE

„Citychanger“ vernetzen
sich in Helsingborg
Seite 86

**DAS AMT UND
SEINE TRÄGER*INNEN**

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2.098 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? Eine KOMMUNAL-Porträtserie über Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

NAHAUFNAHME MICHAEL RIEDHART

EIN WAHLKÄMPFER VOLLER TATENDRANG

Der frischgebackene Bürgermeister von Wörgl hat bereits eine bemerkenswerte Politlaufbahn hinter sich und brennt darauf, Wörgl wieder jene Lebensqualität zurückzugeben, die in den letzten Jahren abhanden gekommen ist.

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Da die Bürgermeisterin, die Wörgl zwölf Jahre regierte, nach einem veritablen Absturz im ersten Wahlgang das Handtuch geworfen hat, bezieht ihr Kontrahent, der 33-jährige Michael Riedhart, bereits eine Woche vor dem nunmehr obsoleten Stichwahl-Termin das Bürgermeisterbüro. Der Weg dahin war kein leichter. Für Tiroler Verhältnisse eher untypisch, befand sich der ÖVP-Politiker Riedhart in seiner bisherigen politischen Laufbahn durchgehend in der Oppositionsrolle. Die Erfahrungen daraus möchte er nun in die künftige Einbindung anderer Listen in die Stadtregierung einfließen lassen. Doch der Reihe nach.

Im Jahr 2010 arbeitet der junge Michael Riedhart bei der Firma Vertex in Bruggäusl als Disponent für Großbritannien und Italien, als er eines Tages den Staatssekretär Kurz auf Puls4 sieht. Kurz ist nur zwei Jahre älter als Riedhart, dem dadurch bewusst wird, dass man auch als

Junger einiges bewegen kann. Gleichwohl sich seit seinem Urgroßvater, der vor gut 120 Jahren Dorfvorsteher von Wörgl-Rattenberg war, niemand in Riedharts Familie politisch engagiert hat, stellt sich der junge Disponent bei der Bezirksstelle der ÖVP vor – zu einer schwierigen Zeit. Nach der Wahl 2010 hat man gerade den langjährigen Bürgermeister Arno Abler verloren und auch bundespolitisch ist zur Zeit Michael Spindeleggers die Situation recht durchwachsen. Riedhart kümmert das nicht. Er kennt die Strukturen gar nicht, weiß nichts von den sechs Teilorganisationen der ÖVP, sondern will einfach nur mithelfen: „Ich war ganz stolz, als ich bei der Jungen ÖVP Ortsgruppe Wörgl sehr bald zweiter Stellvertreter sein durfte. Rückblickend betrachtet ist das ja ganz nett, aber unbedarft wie ich damals war, war das für mich unglaublich toll!“ Der Obmann ist nicht gerade der aktivste, Riedhart dafür aber voller Tatendrang. Er organisiert eigenständig Veranstaltungen wie eine Fahrradtauschbörse, eine Wintertauschbörse, ein Street-Soccer-Turnier oder ein Fifa-Turnier





NAME: **MICHAEL RIEDHART**

ALTER: **33**

GEMEINDE: **WÖRGL**

EINWOHNERZAHL: **14.179** (2021)

BÜRGERMEISTER SEIT: **14. MÄRZ 2022**

PARTEI: **WÖRGL BEWEGEN**



● **Wörgl liegt im Inntal an der Einmündung des Brixentals und ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort und Verkehrsknotenpunkt des Unterlandes.**

auf der Playstation. „Ich war überall dabei und habe Kontakte geknüpft.“ 2011 wird Riedhart für das Bundesmentoring der ÖVP ausgewählt und weitet seine Kontakte über die Landesgrenzen hinaus aus. Nach der Landtagswahl 2013 wird er Bezirksgeschäftsführer der Tiroler Volkspartei im Bezirk Kufstein und bleibt es fünfeinhalb Jahre lang.

In der Stadt Wörgl ist 2016 Hedi Wechner mittlerweile seit sechs Jahren SPÖ-Bürgermeisterin, allerdings ohne Mandatsmehrheit. Die ÖVP geht mit drei Listen in den Wahlkampf und verliert eindeutig. Wechner verdreifacht ihre Mandate, geht eine Themenpartnerschaft mit der FPÖ ein und Riedhart erfährt, „wie es ist, wenn alle deine Ideen aus Prinzip abgeschmettert werden“. 2019 setzt er alles auf eine Karte, kündigt seinen Job und führt bei der ersten Nationalratswahl nach Ibiza einen Vorzugsstimmenwahlkampf. Unglücklicherweise hat der Tiroler Landwirtschaftskammerpräsident Josef Hechenberger die gleiche Idee und Riedhart zieht den Kürzeren. Der Wettbewerb zwischen den beiden ist allerdings derart fair und respektvoll, dass Hechenberger zu einem politischen Freund und Förderer wird. Für Riedhart ist der Wahlkampf dennoch ein Erfolg. Sein Team absolvierte allein 20.000 Hausbesuche im Wahlkreisbezirk Kufstein und Kitzbühel und machte ihn auf diese Weise ordentlich bekannt.

2017 wird Riedhart Stadtparteiobmann in Wörgl, vereint die drei Listen und holt die Bünde aktiv dazu. Er stellt ein Team aus den besten Köpfen aller Listen zusammen, achtet auf Ausgewogenheit nach Berufs- und Altersgruppen sowie der Herkunft nach. Über Monate hinweg notieren sich Riedharts Mitstreiter alle Wünsche und Anliegen der Bevölkerung.

„Wir haben jeden der 6.300 Haushalte in Wörgl zweimal besucht und damit haben wir nicht erst im Intensivwahlkampf angefangen“, erklärt der neue Stadtchef. „Unser Wahlprogramm hat sich dann aus all diesen Anliegen geformt. Wir haben nicht gesagt: Wir haben selbst die besten Ideen – wir sind die Gescheitesten in der Stadt! Stattdessen haben wir die Bevölkerung unser Wahlprogramm gestalten lassen. Der Auftrag, den uns die Leute so gegeben haben, ist nun auch mein Auftrag.“

Am häufigsten geäußert wurden übrigens Wünsche nach leistbarem Wohnen, nach mehr Lebensqualität durch bessere Freizeiteinrichtungen, nach mehr Sicherheit und in den Ortsteilen, die es betrifft, auch nach Hochwasserschutz. Zudem gibt es das Dauerthema Nordtangente. Die Umfahrungsstraße sollte von der Stadt gebaut und dann ins Eigentum des Landes übergeben werden. Doch nach circa der Hälfte des Baus ging vor vielen Jahren das Geld dafür aus. Seitdem steht das Projekt still. Bei mittlerweile 25.000 Fahrzeugen täglich, die durch das Ortszentrum rauschen, hat die Fertigstellung für Riedhart nun aber höchste Priorität. Überhaupt ist in Sachen Straßenbau einige Initiative gefordert: „In Wörgl gibt’s das Sprichwort: ‚Wörgl, dein Laster ist das Pflaster.‘ Das hat sich leider über Jahrzehnte hinaus bewahrheitet. Wenn du nur lange genug in Wörgl unterwegs bist, brauchst du neue Stoßdämpfer.“ Den Straßenbau und den Hochwasserschutz, der auch schon seit 20 Jahren ungelöst ist, möchte Riedhart sofort angehen, weil es Projekte sind, die viel Zeit benötigen werden. Zu solchen zählt auch ein neu zu errichtendes Regionalbad, nachdem Riedharts Vorgängerin das stadteigene Erlebnisbad „WAVE“ schließen ließ, obwohl sich die Bürger in einer Volksbefragung bei 30 Prozent



● **Das traditionelle und äußerst beliebte Stadtfest in Wörgl wurde auch 2022 coronabedingt abgesagt. Bürgermeister Riedhart möchte es nun doch stattfinden lassen.**

Wörgl, dein Laster ist das Pflaster.“

Michael Riedhart zitiert ein Sprichwort über die bekannt schlechten Straßenzustände in seiner Heimatgemeinde.



FOTO // Stadtmaking Wörgl



●●Die ursprünglich als Kaffeehaus geplante „Villa Edelweiß“ beherbergt heute die Stadtapotheke und gilt als schönstes Bauwerk Wörgls.

Beteiligung mit 70 Prozent für dessen Erhalt ausgesprochen hatten. Mehr als 1.000 Mitglieder von Schwimmvereinen verloren infolge der Schließung die Möglichkeit zu trainieren.

Wenn Riedhart „die Lebensqualität von früher“ beschwört, ist das keine verklärte Reminiszenz an „die gute alte Zeit“. Vielmehr spielt er auf einen der meistgenannten Kritikpunkte der Bevölkerung an, den Verlust von Freizeiteinrichtungen. Nicht nur die Wörgler Wasserwelten wurden geschlossen. Auch der Skilift ging verloren, es gibt keinen vernünftigen Eislaufplatz mehr und ehemals öffentlich zugängliche Sporteinrichtungen wurden abgesperrt. Häufiger von den Bürgern kritisiert wurde nur noch die Entwicklung im Wohnbau. Zwar wurde in den vergangenen Jahren in den sozialen Wohnbau investiert, anstatt in einen Wohnungsmix allerdings ausschließlich in Mietwohnungen, die vor allem bei zugezogenen Arbeitern der zahlreichen Wirtschaftsbetriebe Anklang fanden. An den Bedürfnissen der alteingesessenen Wörgler und ihrer Kinder ging das vorbei. Sie sehnen sich nach leistbarem Eigentum oder zumindest Miet-Kauf-Optionen. Die spärlichen Kaufangebote am Markt haben jedoch auch wegen des starken Zuzugs unerschwingliche Preishöhen erreicht. „Die Folge war, dass Wörgler, die von zu Hause ausziehen wollten, in die Umlandgemeinden abgewandert sind“, bedauert Riedhart.

Wörgl ist nicht auf Tourismus ausgelegt und hat kaum Hotels. Dafür ist es aber Verkehrsknoten, Handelszentrum und Einkaufsstadt. Die Bahnhofstraße ist sogar Tirols zweitlängste Einkaufsstraße. Ihr unterer Teil zum Bahnhof hin sollte eine Fußgängerzone werden. Riedhart möchte diesen Beschluss jedoch aufheben und sie zu einer Begegnungszone machen: „Nicht

Die Bahnhofstraße in Wörgl ist Tirols zweitlängste Einkaufsstraße. Statt einen Teil davon in eine Fußgängerzone umzuwandeln, will Bürgermeister Riedhart eine Begegnungszone daraus machen.

nur, weil es gar kein Parkleitsystem gibt, sondern auch weil sich dort teilweise Häuser mit bis zu 40 Parkplätzen befinden und wir große Probleme mit den Zufahrtsberechtigungen haben.“ Im Vergleich zur Errichtung des einzigen Hallenbads im Umkreis von 30 bis 40 Kilometern sollte diese Änderung aber verhältnismäßig schnell gehen. Die wirklich großen Projekte werden länger als eine Legislaturperiode brauchen. Deswegen stellt Riedhart auch klar: „Ich habe nicht vor, nur eine Periode lang Bürgermeister dieser Stadt zu sein, sondern will Wörgl die nächsten 20 bis 30 Jahre entwickeln.“

Ob ihm das gelingt, wird die Zukunft zeigen.

Zum Beginn seiner ersten Amtszeit hat Riedhart jedenfalls den Vorsatz gefasst, themenbezogene Mehrheiten im Gemeinderat zu finden: „Ich möchte eine Stadt der besten Ideen und lade jeden dazu ein mitzumachen. Ich möchte keiner Seite mehr antun, dass aus Prinzip einfach alles abgeschmettert wird, selbst wenn die Ideen gut sind. Das habe ich jetzt selbst sechs Jahre lang erleben müssen. Jeder, der mitarbeiten will, soll die Möglichkeit dazu haben. Dafür werde ich auf das ein oder andere Stimmrecht meiner Partei im Ausschuss verzichten, sodass Listen, die nicht im Ausschuss mitstimmen könnten, auch ein Stimmrecht erhalten. Von der Tiroler Gemeindeordnung aus geht das. Ich habe bereits mit fast jeder Liste gesprochen und bisher hatten wir noch mit allen gewisse Schnittmengen. Und da unsere Liste allein schon neun Mandate hat, bin ich sehr zuversichtlich, dass das gut funktionieren wird.“

FOTO //Evil moe CC BY-SA 3.0

STICHWAHLEN IN TIROLER BÜRGERMEISTERWAHL

SCHWARZE ERFOLGE TROTZ ZWEI ÖVP-SCHLAPPEN

Seit 13. März steht in allen Tiroler Gemeinden fest, wer künftig an der Spitze steht: Damit sind die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen geschlagen. Die Ergebnisse sind durchaus bemerkenswert – und wenn man sich die Wahlbeteiligung ansieht, nicht immer positiv.

Ursprünglich hätte es in 31 Tiroler Gemeinden eine Stichwahl geben sollen. Am Tag der Stichwahl kam es schließlich aber nur in 27 Gemeinden zum Zweikampf, da in Nassereith, Völs, Wattens und Wörgl jeweils ein Kandidat bzw. eine Kandidatin vorzeitig auf die Stichwahl verzichtete.

Die Stichwahlen brachten teilweise spannende Ergebnisse: Für die ÖVP gab es zwei Schlappen in wichtigen Städten, nämlich in der Bezirkshauptstadt Schwaz (ging an die SPÖ) und Hall in Tirol. In Kufstein und Imst konnten sich der parteifreie Martin Krumschnabel bzw. ÖVP-LAbg. Stefan Weirather durchsetzen. In Kramsach wiederum wird der einzige deklarierte FPÖ-Bürgermeister in die Gemeindestube einziehen.

Die größte Überraschung ereignete sich wohl in Schwaz: SPÖ-Kandidatin Victoria Weber (Team Zukunft – Victoria Weber) setzte sich mit 58,50 Prozent gegen den ÖVP-Bürgermeister Hans Lintner durch. Der 71-Jährige hatte die Bezirkshauptstadt seit 1997 regiert.

Auch in Hall in Tirol musste die ÖVP eine empfindliche Niederlage einstecken. Der Polit-Neuling Werner Hackl von der Volkspartei war angetreten, um die langjährige ÖVP-Bürgermeisterin Eva-Maria Posch zu beerben. Er scheiterte jedoch am parteifreien Christian Margreiter (Für Hall), der ein Ergebnis von 57,50 Prozent einfahren konnte.

In Kufstein und Imst bleibt alles beim Alten.

In den Bezirkshauptstädten Kufstein und Imst bleibt indes alles beim Alten: Weirather verteidigte sein Amt mit 65,66 Prozent gegen seine Konkurrentin Andrea Jäger, die mit 16,21 Prozent

in die Stichwahl gegangen war. In Kufstein, der zweitgrößten Stadt Tirols, blieb Krumschnabel Stadtchef. Gegen ihn ins Rennen ging die einzige NEOS-Kandidatin, die es in eine Stichwahl geschafft hatte. Birgit Obermüller holte 30,55 Prozent der Wählerstimmen ab.

Die FPÖ darf sich über einen Erfolg in Kramsach freuen. In der Unterländer Gemeinde mit 4.121 Wahlberechtigten wird künftig Bezirksparteiohmann Andreas Gang an der Spitze des Dorfes stehen. Der ÖVP-nahe Bürgermeister Bernhard Zisterer unterlag mit 48,76 Prozent.

Jüngster Bürgermeister Patrick Holzknicht in Wens.

Bemerkenswert war die Stichwahl in Wens (Bezirk Imst). Beide Kandidaten überzeugten jeweils exakt 631 Wähler von sich. Bei einer solchen Pattsituation entscheidet am Ende jener Kandidat die Wahl für sich, dessen Liste beim ersten Wahlgang mehr Mandate erhielt. Damit wird es in Wens mit dem 29-jährigen Patrick Holzknicht (ÖVP) künftig den jüngsten Ortschef in Tirol geben.

20 Bürgermeisterinnen – geringe Wahlbeteiligung. Frauen im Bürgermeisterinnenamt bleiben in Tirol weiter in der absoluten Minderheit: Zukünftig wird es 20 Ortschefinnen in Tirol geben – gerade einmal zwei mehr als vor den Gemeinderatswahlen.

Auch die Wahlbeteiligung war niedrig: Nur 56,86 Prozent der aufgerufenen Bevölkerung schritt zu den Wahlurnen, am 27. Februar waren es noch rund 66 Prozent. Die höchste Wahlbeteiligung gab es in Ainet in Osttirol (75,51 Prozent).

GEMEINDERATS- & BÜRGERMEISTERWAHLEN TIROL

Bei den Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahlen am 27. Februar (bzw. bei den Stichwahlen am 13. März) wurden insgesamt

273

BürgermeisterInnen neu gewählt, unter ihnen 20 Frauen.

3650

Mandate waren zu vergeben.

Die nächsten Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahlen werden 2028 stattfinden.



● Die für die nächsten sechs Jahre gewählten Bürgermeisterinnen in Tirol – am Bild u.a. mit LHStv. Ingrid Felipe und LT-Präsidentin Sonja Ledl-Rossmann sowie weiteren Vertreterinnen der Landespolitik.

● Victoria Weber landete mit dem Erfolg in Schwaz den wohl größten Coup dieser Wahlen.

●● Patrick Holzknicht ist der jüngste Bürgermeister Tirols.



Gemeindebund mit dem Wahlergebnis zufrieden. Erfreut kommentiert Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, das Wahlergebnis. „Nicht die Einzelergebnisse sind es im Besonderen, sondern mir gefällt vor allem die Verjüngung – in vielen Gemeinden hat es einen Generationswechsel gegeben, sowohl was die Bürgermeister betrifft als auch in den Gemeinderäten. Das zeigt, dass von Politikverdrossenheit nicht wirklich die Rede sein kann.“ Das sei sich auch an der Vielzahl von Listen ersichtlich, die kandidiert haben. In Sölden, der Heimatgemeinde Schöpfs (der übrigens mit dem Traumergebnis von 88,6 Prozent schon im ersten Durchgang im Amt bestätigt wurde), haben allein acht Listen kandidiert.

Bedenklich findet er allerdings die relativ magere Wahlbeteiligung von lediglich 56,8 Prozent bei den Bürgermeister-Stichwahlen. „Das könnte schon mehr sein, wir sind aber mit dem Ergebnis zufrieden.“

Was auf die Politik, und hier meint er nicht nur die Gemeindepolitik, zukommen wird, ist der Umgang mit den Jungen. „Hier wird sich wohl einiges ändern. Man muss mit den Jungen anders reden, aber die alten Schlachtrösser“, wie er es scherzhaft ausdrückt, „schaffen das schon.“ Was er damit im Kern meint, ist mit den Jungen deren Themen zu besprechen und sich anzusehen, was für die nachrückende Generation wichtig ist. „Die Entwicklungen bedenken“, wie er es nennt. ❁

» Für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heißt es nach der Zeit des Wahlkampfes nun ein **friedvolles Miteinander in den Gemeinden zu gewährleisten.**“

Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, bei der Angelobung der neuen Ortschefs und -chefinnen

Eindrucksvolles kreatives Engagement von Jugendlichen für unser Wasser

BEST PRACTICE
IN ALLER KÜRZE

Der Trinkpass

Umgesetzt wird der Trinkpass durch die Projektpatenschaft zwischen dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und dessen Wasser-Jugendplattform Generation Blue sowie AQA und wurde 2021/22 zusätzlich von der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW), dem Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden und der Trinkwasserversorger Wels (eww ag) unterstützt.

Weitere Informationen: www.generationblue.at

Das Schulprojekt „Trinkpass“ konnte mit **14.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfolgreich durchgeführt werden und die besten Einreichungen wurden gekürt.** „Gewonnen haben eigentlich alle, die sich an der Trinkpassaktion beteiligt haben – denn sich mit unserem Trinkwasser auseinanderzusetzen, schafft Bewusstsein für unsere wertvolle Ressource und führt in Folge auch zu einem nachhaltigen Umgang damit“, zeigt sich Wolfgang Nöstlinger, Vizepräsident der ÖVGW (Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach), von der Wirkung der Trinkpassaktion überzeugt. Dennoch wurde von einer Fachjury ein Beitrag ausgewählt, der den Hauptpreis – einen Erlebnistag mit der ganzen Klasse in einem österreichischen Nationalpark – erhält.



Die 12 Jahre junge Hannah aus der 2a der MS Maishofen konnte mit ihrem Zeichenbeitrag „Wofür ich unser Wasser am liebsten verwende“ überzeugen.

FOTO // © Hannah, MS Maishofen, Klasse 2A

Mehr Infos auf www.trinkpass.org



BAUMnavigator

Mit wenigen Klicks zum standortgerechten Baum in Ihrer Gemeinde!

www.willBAUMhaben.at

Nähere Informationen am
„Natur im Garten“ Telefon +43 (0)2742/74 333
oder unter www.naturimgarten.at

Gemeinsam für ein gesundes Morgen.

www.naturimgarten.at



DER ÖSTERREICHISCHE STAATSPREIS WALD

ÜBERARBEITET UND NEU – JETZT EINREICHEN!

Der internationale Tag des Waldes am 21. März war der Startschuss für die Einreichphase des Staatspreises Wald. Die Einreichung erfolgt online und ist bis 30. April möglich.

FOTO // Smileus - stock.adobe.com


Der Staatspreis für beispielhafte Waldwirtschaft wurde 1994 ins Leben gerufen. Aufgrund geänderter Herausforderungen und vielfältiger Problemstellungen rund um die Themen Klimawandel, Artenvielfalt, Nutzungskonflikte oder den Schutz vor Naturgefahren sowie neuer forstpolitischer Zielsetzungen wurde der Staatspreis überarbeitet und adaptiert. „Unsere Wälder und Waldbewirtschafterinnen sowie Waldbewirtschafter stehen vor großen Herausforderungen. Innovative Ideen helfen uns, die Wirkungen des Waldes auch in Zukunft sicherzustellen. Der Staatspreis Wald zeigt, wie viele vorbildliche und nachhaltige Initiativen es in diesem Bereich gibt“, so Forstministerin Elisabeth Köstinger anlässlich des Bewerbungstarts. „Je nach Auszeichnungskategorie basiert der Preis insbesondere auf Aspekten der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit sowie der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und Steigerung der Wertschöpfung. Ich freue mich auf zahlreiche Einreichungen in den sechs neuen Kategorien“, so Köstinger weiter.

Der österreichische Staatspreis Wald wird vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus ausgeschrieben und in folgenden Kategorien verliehen:

WERTSCHÖPFUNGSKETTE WALD UND HOLZ

Die heimische Forst- und Holzwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. 172.000 Betriebe und Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette Forst-Holz-Papier sichern Arbeitsplätze für rund 300.000 Menschen in Österreich. Der Produktionswert der heimischen Forst- und Holzwirtschaft betrug 2018 rund 2,4 Milliarden Euro.

- Nachhaltige Waldbewirtschaftung
- Klimaangepasste Waldbewirtschaftung
- Schutzwaldmanagement
- Wald-Wild-Management
- Innovation
- Jugend

Die Teilnahme steht einem breiten Teilnehmerkreis offen und reicht von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, (sonstigen) Unternehmen (Start-ups), Projektteams, wissenschaftlichen Einrichtungen bis hin zu Einzelpersonen oder Schulklassen. Für die Auswahl der Preisträger und Preisträgerinnen innerhalb der einzelnen Auszeichnungskategorien ist jeweils eine Fachjury zuständig, die aus anerkannten Experten bzw. Expertinnen aus Forschung und Praxis besteht. Die öffentliche Präsentation der ausgezeichneten Projekte und die feierliche Überreichung der Preise erfolgt im Rahmen einer Festveranstaltung im Herbst 2022. 

Die Einreichung zum österreichischen Staatspreis Wald erfolgt digital noch bis 30.4.2022 unter: www.staatspreis-wald.at

KOMMUNAL-SCHWERPUNKT „BODEN G’SCHWEIT NUTZEN“ 5/8

BAUKULTURGEMEINDE 2021: ANDELSBUCH

Die baukulturelle Haltung von Andelsbuch in Vorarlberg zeigt sich vor allem im Miteinander der Bürger:innen sowie bei der Initialzündung innovativer, bodensparender Bauprojekte.

Andelsbuch ist eine der ältesten Gemeinden des Bregenzerwaldes und von bäuerlichen Strukturen geprägt. Das bunte Vereinsleben ist spürbar, das Handwerk hat große Tradition und bei Neubauten wird traditionelles Bauen auf hohem Niveau ins Heute transferiert.

Miteinander füreinander bauen. Mit der zentrumsnahen Wohnanlage „Wohnen Hof“ hat die Gemeinde eine Erfolgsgeschichte für gelungene Nachverdichtung den Boden bereitet. Die auf Initiative engagierter Bürger:innen entstandenen 35 Wohneinheiten holen das Leben in den Ortskern zurück.

Ein ansässiger Baumeister war für sich selbst auf der Suche nach einer Wohnform jenseits des Einfamilienhauses. Um die Besitzerin einer zentrumsnahe Wiese vom Verkauf des Grundstückes zu überzeugen, reiste der Bauherr in die USA. Die Frau konnte für den Plan gewonnen werden – und zwar so sehr, dass sie gleich selbst in die Vorarlberger Wohnanlage einzog. Die Gemeinde hat eines der vier Häuser für betreubares Wohnen adaptiert. Zudem treffen einander die Generationen auf den Plätzen zwischen den Häusern sowie im Gemeinschaftshaus mit Pizaofen, Gartenküche und Glashaus.

Raum fürs Handwerk. Der „Werkraum Bregenzerwald“ ist ein Schauraum für das lokale Handwerk. Es ist den Bürger:innen zu verdanken, dass das multifunktionale Gebäude zu einem Vorzeigeprojekt mit internationaler Strahlkraft wurde. Handwerker haben für die Planung den Stararchitekten Peter Zumthor engagiert und das Haus aus eigener Kraft gebaut.

Wiese oder Straße? Die geplante Umfahrung einer Straßen-Engstelle erregte Widerstand – vor allem wegen des Durchschneidens landwirt-



Ziel ist vernünftiges Wachstum und möglichst **geringer Bodenverbrauch.**“

Anton Wirth, Bürgermeister a. D., und Bernhard Kleber, Bürgermeister von Andelsbuch

schaftlicher Flächen. Gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeiteten die Gemeindeverantwortlichen eine Lösung mit weniger Bodenverbrauch.

Und das sagt die Jury: Die Gemeinde Andelsbuch erhält eine Anerkennung, weil ...
 ... sie die Bedürfnisse ihrer Bewohner:innen erkennt und maßgeschneiderte Angebote mit hoher Umsetzungsqualität schafft.
 ... ihr Vereinsleben, ihre Gemeinschaft und ihre Kultur aktiv und spürbar sind.
 ... mit dem Werkraumhaus ein regionales Projekt mit großer Strahlkraft nach außen beheimatet ist.

Die Jury empfiehlt Andelsbuch, weiterhin die hohen Ansprüche an Bauprojekte zu verfolgen. Gleichzeitig sollte eine integrative und partizipative Raumplanung mit aktiver Bodenpolitik weiter vorangetrieben werden. 📍

LANDLUFT

LandLuft, der Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen, vergibt den Baukulturgemeinde-Preis. Der Fokus der Vereinstätigkeit ist die Baukulturvermittlung auf kommunaler Ebene.

LANDLUFT BAUKULTUR-GEMEINDE- PREIS 2021

PREISTRÄGERINNEN

- Feldkirch (Vorarlberg)
- Göfis (Vorarlberg)
- Mödling (Niederösterreich)
- Thalgau (Salzburg)

ANERKENNUNGEN

- Andelsbuch (Vorarlberg)
- Innervillgraten (Tirol)
- Nenzing (Vorarlberg)
- Trofaich (Steiermark)

Der LandLuft-Sonderpreis geht an neun private Initiativen im Bereich Bodenpolitik, Raumordnung und Baukultur.

WANDERAUSSTELLUNG

Die prämierten Projekte werden in einer buchbaren Wanderausstellung präsentiert. Die Tour führt durch ganz Österreich.

PUBLIKATION „BODEN G’SCHWEIT NUTZEN“

Das Buch über die Baukulturgemeinden ist bei LandLuft zum Preis von 24 Euro erhältlich.

servus@landluft.at
www.landluft.at

KOMMUNAL-SCHWERPUNKT

„BODEN G’SCHIEIT NUTZEN“

Mit der Schwerpunkt-Reihe „Boden g’schieit nutzen ...“ stellt KOMMUNAL die acht frisch prämierten Baukulturgemeinden Österreichs vor. Sie wurden vom Verein LandLuft für ihr baukulturelles Engagement und ihren nachhaltigen sowie innovativen Umgang mit der Ressource Boden ausgezeichnet.



Andelsbuch hat rund 2.800 Einwohner:innen und die Nachfrage nach Bauflächen ist groß. Doch die bäuerliche Weilerstruktur soll erhalten bleiben, während der Ortskern verdichtet wird. Die autofreie, zentrumsnahe Wohnanlage „Wohnen Hof“ vereint öffentliche Flächen, ein Gemeinschaftshaus und betreutes Wohnen in vier Gebäuden.

CHECK-LISTE

- Örtliches Entwicklungskonzept
- Aktive Bürger*innenbeteiligung
- Baukultur in der Gemeindestrategie
- Gestaltungsbeirat

FACTS

ORT

- Gemeindefläche: 19,56 km²
- Einwohner:innen: 2.775
- Hauptwohnsitze: 2.625
- Nebenwohnsitze: 150
- Arbeitsplätze (2011): 900
- Nächtigungen (2019): 22.514



Der „Werkraum Bregenzerald“ lockt internationale Besucher:innen nach Andelsbuch, die sich mit dem lebendigen Handwerk der Region auseinandersetzen wollen. Die Idee und die hochwertige Umsetzung stammen von den örtlichen Handwerker:innen, geplant hat das Gebäude der Schweizer Pritzker-Preisträger Peter Zumthor.



Für neues Leben im alten Bahnhof sorgt der Kulturverein. Oft wurde der Abriss des langjährigen Leerstands diskutiert, doch dann übernahm eine Kulturinitiative das Objekt und sanierte es eigenhändig – politisches Hin und Her inklusive. Heute organisiert der Kulturverein jährlich rund 70 Konzerte, Kabarett-Vorstellungen etc.

BEHEBUNG VON WINTERSCHÄDEN

START FÜR STRASSENSANIERUNGEN

Der Winter hinterlässt auch im kommunalen Straßennetz seine Spuren wie beispielsweise Risse und Schlaglöcher. Für den verkehrssicheren Zustand dieser Straßen sind meist die Gemeinden verantwortlich.

Den Gemeinden obliegt damit auch die Aufgabe, den Straßenzustand regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls sanieren zu lassen. Aufgrund von Baustellendiebstählen und oft damit verbundenen Bauverzögerungen ist bei Sanierungsarbeiten auf eine gute Absicherung der Baustellen zu achten.

Wenn sich der Winter verabschiedet und Frühlingsboten die neue Jahreszeit einläuten, sind die Folgen der Kältemonate im Straßenbild deutlich erkennbar. Risse und Schlaglöcher zieren nun – vor allem in höher gelegenen Regionen – oft die bislang von Schnee und Eis bedeckten Straßen und können von diversen Beschädigungen am Fahrzeug bis hin zu Unfällen führen. Die Fahrbahndecken werden insbesondere durch Frost, starke Temperaturschwankungen und Tauwetter angegriffen. „Spätestens nach der kalten Winterzeit sollten dadurch entstandene Straßenbeschädigungen baldigst behoben werden. Denn im Allgemeinen gilt: Je länger man mit solchen Reparaturarbeiten zuwartet, desto höher fallen dann die Kosten für eine entsprechende Sanierung aus“, so Dr. Armin Kaltenegger, Leiter des Bereichs Eigentumsschutz im KFV.

„Eine laufende Kontrolle der zu verantwortenden Wege und die Dokumentation derselben ist **aus Haftungsgründen dringend empfehlenswert und notwendig.**“

Gemeinden haften auch als Erhalter von Wegen. Wenn Gemeinden die Kosten der Errichtung und Erhaltung von Verkehrsflächen wie Gemeindestraßen oder Wanderwegen tragen und die Verfügungsmacht darüber haben, müssen sie auch für einen ordnungsgemäßen Zustand dieser „Wege“ sorgen. „Kommt es zu einem Personen- oder Sachschaden, weil der Zustand eines Weges mangelhaft ist, haftet somit rechtlich gesehen die jeweilige Kommune“, erklärt Kaltenegger. Eine laufende Kontrolle der zu verantwortenden Wege und die Dokumentation derselben ist somit aus Haftungsgründen dringend empfehlenswert und notwendig. Wie oft diese Kontrollmaßnahmen erfolgen sollten, hängt von folgenden Faktoren ab: von der Art der Wegfläche (z. B. stark befahrene Hauptstraße oder entlegener Wanderweg), der Leistungsfähigkeit des Wegehalters (große Stadt oder Kleingemeinde), den Umständen im Einzelfall (z. B. Wanderweg, gefährdet durch Steinschlag), der Nutzungsdichte etc. Die Haftung besteht allerdings nicht, wenn die Benützung des Weges unerlaubt oder widmungswidrig erfolgt ist. Zudem kann die Haftung durch die Beauftragung selbstständiger Unternehmen ausgelagert werden.

FOTO // Photographee.eu - stock.adobe.com





Vorsicht vor Projektverzögerungen durch Baustellendiebstahl. Auf den Straßenerhalter kommt neben arbeits- und kostenaufwendigen Straßensanierungen meist noch eine weitere Herausforderung zu: „Durch den aktuellen Bau-boom und die damit verbundenen steigenden Kosten sowie Engpässe an Rohstoffen werden die Unternehmen zunehmend mit Baustellendiebstählen konfrontiert. Das kann die Fertigstellung von Straßensanierungsprojekten stark verzögern“, erläutert Kaltenegger.

Eine aktuelle KfV-Studie hat ergeben, dass 88 Prozent der Unternehmenden in der Bau-branchen bereits davon betroffen waren. Bei zwei Drittel (69 Prozent) ereignete sich der letzte Diebstahl sogar im Jahr 2020 oder 2021. Die Art der dabei gestohlenen Güter variiert. Es zeigt sich allerdings, dass tendenziell immer mehr hochwertigere Güter entwendet werden. Am häufigsten werden nach wie vor Kleingeräte wie Bohrmaschinen, gefolgt von Kleinwerkzeugen, Wertstoffen und Metallen wie Kupfer gestohlen.

Die Art der entwendeten Güter hängt meist aber auch von der jeweiligen Marktsituation und der zeitlichen Nachfrage ab.

Hinsichtlich der Absicherung von Baustellen herrscht im Allgemeinen noch Optimierungsbedarf: Ergebnisse einer aktuellen KfV-Beobachtung von über 100 Baustellen zeigen, dass ein Großteil der Baustellen nur unzureichend gesichert ist.

Obacht auf Baustellenabsicherungen. Um den reibungslosen Ablauf von Bauprojekten und Sanierungen zu fördern, sollten die jeweiligen Gemeindevertretenden darauf achten, dass eine entsprechende Sicherung der Baustellen seitens der Bauunternehmung erfolgt – solche Maßnahmen können Dieben ihr Handwerk nämlich erheblich erschweren. Hinsichtlich der Absicherung von Baustellen herrscht im Allgemeinen aber noch Optimierungsbedarf: Ergebnisse einer aktuellen KfV-Beobachtung von über 100 Baustellen zeigen, dass ein Großteil der Baustellen nur unzureichend gesichert ist. Auf 82 der 117 beobachteten Baustellen wurde ein Schild mit „Betreten verboten“ als Sicherungsmaßnahme montiert, was Diebe in der Regel nicht abschreckt. Ein die Baustelle vollständig umschließender Bauzaun kam bei nur etwa zwei Drittel der Baustellen zum Einsatz – wobei auch dieser in vielen Fällen Lücken aufwies, die oftmals nur mit einem losen Absperrband „verschlossen“ wurden. Überwachungskameras kamen etwa bei nur acht Baustellen zum Einsatz.

Mehr auf www.kfv.at

NEXT GENERATION EU

GELDER FÜR DIE AUFWERTUNG HISTORISCHER ORTSCHAFTEN

Im Rahmen des europäischen Wiederaufbaupakets „Next Generation EU“ hat die Europäische Kommission Italien im vergangenen Sommer rund 191 Milliarden Euro zugewiesen. Die Gelder müssen für festgelegte Ziele und Projekte in Anspruch genommen werden.

Der italienische Wiederaufbauplan sieht unter anderem auch Finanzierungen für die Aufwertung von historischen Ortschaften vor. Es handelt sich dabei um den Aktionsbereich A der Maßnahme 2.1 im Bereich Tourismus und Kultur mit der Bezeichnung „Attraktivität der Ortschaften“. Über das Kulturministerium werden 21 Pilotprojekte zur Aufwertung von abwanderungsgefährdeten Ortschaften oder Ortsteilen finanziert. Für jedes der Projekte, je eines für jede Region und autonome Provinz, stellt der Staat Italien bis zu 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Damit auch eine Südtiroler Ortschaft in den Genuss dieser Maßnahme kommt, hat die Landesregierung beschlossen, die Gemeinden über eine öffentliche Bekanntmachung zu einer Interessenbekundung für die Vorlage eines Pilotprojekts aufzufordern. Bis zum 21. Februar 2022 konnten Gemeinden Projekte für die Aufwertung einer historischen Ortschaft einreichen. Gemäß den vom Staat definierten Leitlinien müssen die förderwürdigen Projekte der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Wiederbelebung historischer Ortschaften oder Ortsteile mit Bevölkerungsrückgang dienen. Ziel der Maßnahme sind die Erhaltung und Wiederbelebung von Kulturstätten sowie des kulturellen Erbes.

Innerhalb der vorgegebenen Frist haben acht Gemeinden einen Vorschlag eingereicht. Eine



Für jedes der Projekte, je eines für jede Region und autonome Provinz, **stellt Italien bis zu 20 Millionen Euro zur Verfügung.**“



FOTO // Marco Taliani - stock.adobe.com



FOTO // Inka - stock.adobe.com



Das Projekt der Gemeinde Stils im Vinschgau wurde mit 580 Punkten zum Sieger bestimmt. Dabei wurde vor allem auf Aspekte wie die Beschäftigung junger Menschen, die Einbindung der lokalen Bevölkerung, die Erhöhung der Wohnattraktivität sowie auf infrastrukturelle, strukturelle und digitale Maßnahmen Wert gelegt.

Bewertungskommission aus Vertretern des Landes und des Südtiroler Gemeindenverbandes hat die Projektvorschläge bewertet. Das Projekt der Gemeinde Stils im Vinschgau wurde mit 580 Punkten zum Sieger bestimmt. Dabei wurde vor allem auf Aspekte wie die Beschäftigung junger Menschen, die Einbindung der lokalen Bevölkerung, die Erhöhung der Wohnattraktivität sowie auf infrastrukturelle, strukturelle und digitale Maßnahmen Wert gelegt. Der von der Kommission ausgewählte Vorschlag wird nun der Landesregierung vorgelegt, die das Südtiroler Projekt dem Kulturministerium in Rom zur endgültigen Entscheidung übermittelt.

Über eine weitere Investitionsschiene, den so genannten Aktionsbereich B, können kleinere Aufwertungsprojekte finanziert werden. Die entsprechende Bekanntmachung hat das italienische Kulturministerium veröffentlicht.

Die Finanzmittel sind für Projekte zur kulturellen und sozialen Wiederbelebung von kleinen historischen Ortskernen bestimmt. Bewerben können sich Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohner:innen. Für die Provinz Bozen belaufen sich die verfügbaren Finanzmittel auf 4,1 Millionen Euro. ●

Mehr Informationen:
Südtiroler Gemeindenverband
 Tel. +39 0471 304655; presse@gvcc.net

INSPIRIERENDSTES EVENT FÜR STÄDTEGESTALTUNG

DIE ZUKUNFT IST ZURÜCK – CITYCHANGER AUCH

Nach zwei covidbedingten Absagen ist die Urban Future dieses Jahr mit den drängendsten Themen, spannendsten Ausstellungen, potenten Referenten und motivierten Gästen zurück. Die „Urban Future 22“ im schwedischen Helsingborg verspricht ein Event der Superlative zu werden. Noch ist Zeit zum Anmelden.

Nach drei Jahren, in denen das Team der Urban Future ihr bislang bestes Programm zusammengestellt hat, nimmt der Event für CityChanger Gestalt an. Die Themen werden sich auf jene Bereiche konzentrieren, die für eine urbane Transformation von entscheidender Bedeutung sind. „Wir richten unsere Themen normalerweise auf jene Hauptanliegen aus, die CityChanger beim Vorantreiben von Nachhaltigkeit in Städten und Gemeinden antreiben“, sagt Gerald Babel-Sutter, Mitbegründer der Urban Future.

Ein Thema und Event-Highlight wird Helsingborgs beeindruckende Transformationsgeschichte sein. Innerhalb von zehn Jahren hat sich die kleine Stadt an der Südküste Schwedens als öffentliche Organisation vollständig gewandelt. Sie zieht jetzt die talentiertesten Menschen an, die die ambitionierten Ziele der Stadt vorantreiben und mit ihren Projekten ändern. In Zusammenarbeit mit Unternehmen, Innovatoren, Hochschulen und anderen Beteiligten entwickelt sich Helsingborg zur innovativsten Stadt Europas. „Uns hat sofort gefallen, dass Helsingborg so offen mit dem umgegangen ist, was es versucht hat und was funktioniert hat und was nicht“, fährt Babel-Sutter fort.

„Helsingborg hat verstanden, dass es experimentieren muss, um seine Ziele zu erreichen, dass es auf dem Weg auch Fehler machen wird und dass es aus diesen Fehlern lernen wird. In Schwedens erstem kommunalen Innovationszentrum ‚Hbg Works‘ kann jede Idee zur Verbes-

serung der Stadt getestet werden (**innovation.helsingborg.se/en/hbgworks/**). Ein unverbindlicher Visionsfonds lädt Anwohner:innen ein, mitzumachen und ihre Stadtentwicklungsträume zu verwirklichen. Für uns sind Themen der Kern. Hier konzentrieren sich die Energie und das gesammelte Know-how, die die Entwicklung einer Kommune wirklich beeinflussen können. Beim Event in Helsingborg hoffen wir, dass jeder den Geist einer der innovativsten und sich am schnellsten verändernden Städte in Europa spüren wird“, so Babel-Sutter.

Welche Ansprüche stellen Bürger:innen an Entscheidungsprozesse in ihren Gemeinden überhaupt? Wie viel Mitgestaltungsrecht sollte ihnen eingeräumt werden – und wie?

Auch solche Fragen werden Thema der Urban Future sein. Ein Blick nach Finnland zeigt, was gerne übersehen wird und was man auf jeden Fall beachten sollte. Anna Huttunen, verantwortlich für die Entwicklung des ersten nachhaltigen Mobilitätsplans in Lahti, weist auf die Rolle der (sozialen) Medien in der Meinungsbildung hin. Es ist verführerisch für politische Entscheider:innen und Medienvertreter:innen, Stimmungsbilder aus sozialen Medien aufzugreifen und als Abbild der Meinung der Gesamtbevölkerung zu sehen.

Das bedeutet aber, dass man einer verhältnismäßig kleinen Gruppe das größte Gehör gibt: Naturgemäß schreien die, die nicht einverstanden sind, am lautesten; zudem werden Diskus-

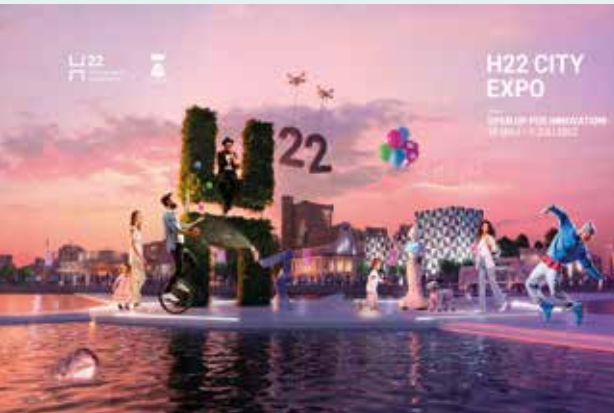
URBAN FUTURE 22

1. bis 3. Juni 2022
Helsingborg, Schweden

UF22 ist Europas größte Wissensplattform für nachhaltige Städte. Wenn Sie erfahren möchten, wie Vorreiterstädte und -kommunen auf der ganzen Welt Nachhaltigkeit umsetzen, dann sind Sie hier richtig.

Denn die rund 2.000 Teilnehmer:innen aus ganz Europa nehmen sich kein Blatt vor den Mund, wenn darüber berichtet wird, was funktioniert und was nicht. Hier trifft man all jene, die die Zukunft von nachhaltigen Städten maßgeblich beeinflussen.

- ⊙ Leadership
- ⊙ Interne Strukturen verändern
- ⊙ Nachhaltige Unternehmer
- ⊙ Wiederbelebung von Stadtvierteln
- ⊙ Neue Bezirke entwickeln
- ⊙ Skills für Veränderer



Die H22-City Expo wird eines der Highlights der Urban Future 22 werden.

sionen in sozialen Medien stark emotions- und nicht faktenbasiert geführt. Was in den Hintergrund rückt, ist die leise Mehrheit, die mit den vorgeschlagenen Veränderungen einverstanden ist oder sie begrüßt. Bei Gegenwind empfiehlt Huttunen daher, die Störenfriede im Verhältnis mit der leisen Mehrheit zu betrachten und letztere zu aktivieren.

Um weitere Informationen zur Urban Future Helsingborg 22 und zum Programm zu erhalten und um schon vorab einige von jenen zu treffen, die nachhaltige Städte verwirklichen, besuchen Sie: <https://urban-future.org/helsingborg22>

Mit dabei sind auch diesmal wieder die „Young Leaders“, ein Urban-Future-Programm für junge City Changer im Alter von 30 und jünger. Informationen zum „Young Leaders“-Programm finden Sie unter: www.urban-future.org/Young-Leaders

„Helsingborg hat verstanden, dass es experimentieren muss, um seine Ziele zu erreichen.“

Gerald Babel-Sutter,
Mitbegründer der Urban Future

PERSONALIA



Kleinste Gemeinde hat erstmals eine Bürgermeisterin

GRAMAIS // Die nach Einwohnern kleinste Gemeinde Österreichs wird seit Kurzem von einer Frau regiert. Bei den Bürgermeisterwahlen in der Lechtaler Gemeinde Gramais waren 37 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt.

Die 36-jährige Stefanie Krabacher konnte 100 Prozent der 35 gültigen Stimmen auf sich vereinigen.

In Gramais wurde erstmals seit zwölf Jahren gewählt. 2016 war die Kommunalwahl ausgefallen, weil sich niemand im Ort beworben hatte. Gemeinderat und Bürgermeisteramt wurden daher behördlicherseits einfach fortgeschrieben und Bürgermeister Michael Fasser blieb im Amt. Für die diesjährige Wahl stellte er sich aber nicht mehr zur Verfügung.

TERMINE

07-08 / September

Treffpunkt Bäderwirtschaft

Die Bereitstellung bzw. der Erhalt zeitgemäßer Bade- und Schwimminfrastruktur stellt Kommunen und Betreiber oftmals vor große Herausforderungen. Zeitgleich tragen Bäder aber zu einer hohen Lebensqualität in der Gemeinde bei und sichern darüber hinaus auch dringend notwendige Schwimmfläche für Schwimmkurse – ein angesichts der vom KfV präsentierten Zahlen zu den Schwimmkenntnissen der Österreicher:innen nicht zu unterschätzendes sicherheitsrelevantes Thema.

Bis 2018 trafen einander Bäderbetreiber, Kommunalpolitiker, Anlagenbauer sowie Planer, Architekten und Zulieferer über 30 Jahre lang einmal jährlich beim sogenannten Bäderkongress. 2022 wird dieser Kongress unter neuem Namen und mit aufgewertetem Konzept am 7. und 8. September in der Wiener Hofburg wieder aufleben!

Unter anderem werden wissenschaftliche Erkenntnisse zum energieeffizienten Bau und Betrieb eines Bades präsentiert und es wird ein Blick in die Zukunft bzw. auf eine sich schnell wandelnde Gesellschaft mit den damit verbundenen Herausforderungen und Potenzialen für öffentliche Bäder geworfen. Wie muss sich das Angebot verändern, um nach der Pandemie wieder mehr Gäste begrüßen zu können, und kann Digitalisierung dazu wirklich einen Beitrag leisten?

www.baederforum.at/

Ort: Kongresszentrum Hofburg, Wien



30 / April

Staatspreis Wald – jetzt einreichen

Der internationale Tag des Waldes am 21. März war der Startschuss für die Einreichphase zum **Staatspreis Wald**. Der Preis für innovative und nachhaltige Waldbewirtschaftung wurde 1994 ins Leben gerufen und erscheint 2022 mit sechs neuen Kategorien.

Die **Einreichung erfolgt online** und ist bis **30. April** möglich.

www.staatspreis-wald.at

Preisverleihung: Wien, Herbst 2022

03-05 / Mai

Österreichische Abfallwirtschaftstagung

Die **Abfallwirtschaftstagung 2022 (AWT)** steht im Licht der bevorstehenden Umsetzung des EU-Kreislaufwirtschaftspakets und dessen Richtlinien. In Kooperation mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) und dem Land Oberösterreich werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in insgesamt vier Veranstaltungsböcken über die aktuellen Technologien sowie Sammel- und Recyclingmaßnahmen informiert, mit denen die ambitionierten Ziele der EU erreicht werden sollen.

www.oewav.at

Ort: Messezentrum Wels



Um Klassen besser – zu machen!

Wien

11. Mai 2022

Salon
SCHULBAU
kompakt

- Netzwerken auf höchstem Niveau
- Zu den Top Themen 2022 auf Wien/Österreich ausgerichtet
- Kompakt an einem Tag
- Für alle Entscheidungsträger aus dem Schulbau, wie öffentliche und private Investor*innen, Architekt*innen, Fachplaner*innen, Schulleiter*innen
- Mit Unterstützung der Stadt Wien, der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) sowie der Kammer der ZiviltechnikerInnen | ArchitektInnen und IngenieurInnen

Mehr Infos auf www.schulbau-messe.de



Auch als Magazin erhältlich.

DAS BESTE ZUM SCHLUSS

SUPERLATIVEN AUS ÖSTERREICHS GEMEINDEN

Österreichs Gemeinden können mit einer Vielzahl an Einzigartigkeiten aufwarten. Manche sind gar Europa- oder Weltrekorde. In jeder Ausgabe stellt KOMMUNAL einige der weniger bekannten Höchstwerte und die dazugehörigen Gemeinden vor.



FOTO // gemeinfrei

Der **größte Europäer**, der je gelebt hat, war 2,58 Meter groß und hieß Franz Winkelmeier (1860–1887). Dem „Riesen von **Lengau**“ (Bezirk Braunau am Inn) ist in seiner Heimatgemeinde ein eigenes Museum gewidmet.

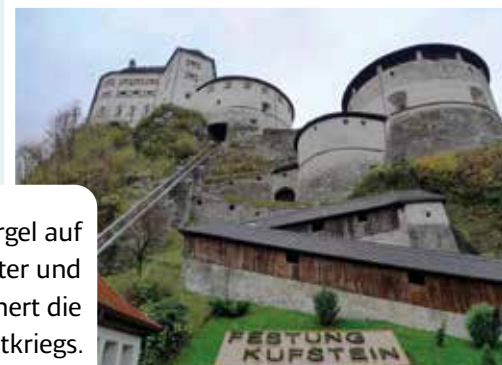


FOTO // Dnalor 01 CC BY 3.0

Die **größte Orgel der Welt** ist die Freiluftorgel auf der Festung **Kufstein** in Tirol. Sie besitzt 65 Register und fast 5.000 Pfeifen. Als tönendes Denkmal erinnert die „Heldenorgel“ an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs.



FOTO // Marktgemeinde Altmelon

Altmelon im niederösterreichischen Waldviertel ist statistisch gesehen die „**österreichischste Gemeinde**“. Nur eine einzige Person, die hier gemeldet ist, hat nicht die österreichische Staatsbürgerschaft. Das entspricht dem bundesweit niedrigsten Ausländeranteil in der Bevölkerung von 0,12 Prozent.

IMPRESSUM

Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH, Löwelstraße 6, 2. Stock, 1010 Wien
 Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88;
 Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion), hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl – DW 515, helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak – DW 537, andreas.hussak@kommunal.at

Adressverwaltung Regina Philipp – DW 518, regina.philipp@kommunal.at
 oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
<http://kommunal.at/leserservice/>



Grafik Thomas Max – DW 542
thomas.max@kommunal.at
Fotos stock.adobe.com; www.bilderbox.at

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88;
 Martin Pichler (Leitung) – DW 511, martin.pichler@kommunal.at;
 Martin Mravlak – DW 528, martin.mravlak@kommunal.at;
 Oliver Vogel – DW 512
oliver.vogel@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfel;
Druckauflage KOMMUNAL: 35.048
 (Durchschnitt 2. Halbjahr 2021)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.
Hinweis zu Gender-Formulierung
 Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.



DER ONLINE MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT



DER FRÜHLING

KANN KOMMEN!

**FRÜHLINGS-
BEGINN!**

Große Auswahl
an Produkten!

Bei KOMMUNALBEDARF.AT findet man viele Produkte zu den Themen Outdoor-Fitness, Radanlagen oder auch E-Bike Ladestationen!

Gibt es in Ihrer Gemeinde schon E-Bike Ladestationen? Benötigen Sie neue Radüberdachungen oder Radabstellplätze? Oder machen Sie Ihre Gemeinde mit unseren Outdoor-Fitness Geräten zur fittesten in ganz Österreich! Finden Sie bei uns alles, was Sie für den perfekten Start in den Frühling benötigen.

Gerne können wir Ihnen ein Angebot erstellen.

Rufen Sie uns einfach unter **01 / 532 23 88 535** an oder schreiben Sie uns eine Nachricht unter **info@kommunalbedarf.at**

Einfach. Alles. Beschaffen. **KOMMUNALBEDARF.AT**



SPORT-THIEME

SCHULSPORT · VEREINSSPORT · FITNESS · THERAPIE

Sport-Thieme ist **seit über 70 Jahren** engagierter und kompetenter Partner des Sports. Unsere Kunden in Österreich und mittlerweile über 80 Ländern weltweit profitieren dabei von unserem **umfangreichen Qualitätsangebot**.

In unserem Katalog und Online-Shop bieten wir über **19.000 Artikel** an. Wir bedanken uns für Ihr Vertrauen mit **100 Tagen Rückgaberecht** und mindestens **3 Jahren Garantie!** Sollten Sie dennoch einen Artikel nicht finden, rufen Sie uns an – wir kümmern uns darum.

Wir sind Ihr Team!



sport-thieme.at
info@sport-thieme.at
Tel. 0732 903 24 77